

Mit der deutschen Wiedervereinigung stand auch eine Neustrukturierung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern an. Im Einigungsvertrag gesetzlich vorgegeben, begutachtete der Wissenschaftsrat 1990/91 die Institute und Einrichtungen der drei großen Akademien der ehemaligen DDR, die Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften, die der Landwirtschaftswissenschaften und die der Bauakademie. Ziel der Evaluationen war es, leistungsfähige wissenschaftliche Potentiale in den Einrichtungen zu identifizieren und auf dieser Grundlage Vorschläge zur inhaltlichen, organisatorischen und personellen Neuordnung der außeruniversitären Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern abzugeben – schlechthin eine zur Disposition stehende Forschungslandschaft völlig neu zu ordnen.

Die Akademieinstitute stellen, sieht man von der Wirtschaft ab, die größte Forschungs- und Entwicklungsressource der damaligen DDR dar. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates sehen erhebliche strukturelle und personelle Veränderungen vor. Nur ganz wenige Institute bzw. Arbeitsbereiche blieben in ihrer bisherigen organisatorischen Form erhalten. Mehr als die Hälfte des Akademiepersonals verlor seinen Arbeitsplatz. Inwieweit die nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates neu gegründeten Einrichtungen sich bei steigender Konkurrenz um knappe Forschungsmittel werden behaupten können, bleibt fraglich.

ISBN: 3-928172-66-2

Albert Over
Christian Tkocz

AUSSERUNIVERSITÄRE FORSCHUNGSEIN- RICHTUNGEN IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

Zu den Empfehlungen des
Wissenschaftsrates

Werkstattberichte 43



Wissenschaft-
liches Zentrum
für Berufs- und
Hochschul-
forschung der Universität
Gesamthochschule Kassel

Reihe WERKSTATTBERICHTE

Albert Over
Christian Tkocz

**AUSSERUNIVERSITÄRE
FORSCHUNGSEINRICHTUNGEN IN
DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN**

Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates

WERKSTATTBERICHTE - BAND 43

Wissenschaftliches Zentrum
für Berufs- und Hochschulforschung der
Universität Gesamthochschule Kassel

Kassel 1993

WERKSTATTBERICHTE

Herausgeber: Wissenschaftliches Zentrum für
Berufs- und Hochschulforschung
Universität Gesamthochschule Kassel

Redaktion: Dagmar Mann

Diese Studie wurde initiiert und gefördert von der Abteilung
Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung.

© Alle Rechte vorbehalten 1993
Wissenschaftliches Zentrum für
Berufs- und Hochschulforschung
Universität Gesamthochschule Kassel
Henschelstr. 4, 34109 Kassel

Druck: Druckwerkstatt Bräuning + Rudert GbR, Espenau

ISBN: 3-928172-66-2
Verlag Jenior & Pressler
Lasallestr. 15, 34119 Kassel

INHALT

Vorwort	7
1 Einleitung	11
2 Umbruchsituation	15
2.1 Wissenschaft und Forschung in der ehemaligen DDR: Der Weg zur Vereinheitlichung	17
2.2 F&E-Potentiale in der ehemaligen DDR	24
3 Die Evaluationen des Wissenschaftsrates	35
3.1 Das Verfahren der Evaluation	35
3.2 Ziele und Kriterien der Evaluation	39
3.2.1 Erneuerung	40
3.2.2 Erhalt leistungsfähiger Einrichtungen	44
3.2.3 Einpassung	45
3.3 Zur Kritik des Verfahrens	48
4 Die Stellungnahmen und Empfehlungen des Wissenschaftsrates	51
4.1 Empfehlungen zur institutionellen Neuordnung	53
4.2 Empfehlungen zu einzelnen Fachbereichen	59
4.3 Empfehlungen zur Personalstruktur	70
5 Zur Umsetzung der Empfehlungen	79
5.1 Institutionelle Neuordnung	79
5.2 Personelle Neuordnung	88
6 Resümee	89
Literatur	99
Anhang	107
Übersichten zu ausgewählten Instituten	

Vorwort

Der Prozeß der deutsch-deutschen Vereinigung führte auch im Wissenschafts- und Forschungssystem der bisherigen DDR zu einem Umbruch von erheblicher Intensität und Reichweite. Die Neustrukturierung des Hochschulbereiches, verbunden mit einem drastischen Personalabbau, der massive Abbau von Forschungs- und Entwicklungskapazitäten (F&E) in der Industrie, schließlich aber auch die Neuordnung der politischen und administrativen Zuständigkeiten im Wissenschafts- und Forschungsbereich veränderten die Wissenschaftslandschaft in den neuen Bundesländern in beträchtlichem Maße.

Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang auch die Auflösung der Forschungseinrichtungen der drei großen Akademien, der Akademie der Wissenschaften, der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und die der Bauakademie. Sieht man vom Wirtschaftssektor ab, dann waren die Akademien die bedeutendste und personell stärkste Forschungsressource der ehemaligen DDR. Mit dem Einigungsvertrag war dem Wissenschaftsrat die Aufgabe übertragen worden, diese im Bereich öffentlicher Zuständigkeiten liegenden Einrichtungen zu begutachten, leistungsfähige Potentiale zu identifizieren und Vorschläge zu deren 'Einpassung' in die gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik zu erarbeiten (Einigungsvertrag Art. 38, Ziffer 1).

Nach vorangegangenen schriftlichen Befragungen und einer Begehung der Institute hat der Wissenschaftsrat am 5.7.1991 seine "Allgemeinen Empfehlungen" vorgelegt und damit die ihm übertragene Aufgabe abgeschlossen. Nach anfänglicher Skepsis wird die Arbeit des Wissenschaftsrates selbst bei den betroffenen Instituten überwiegend positiv eingeschätzt.

Ob jedoch von einem gelungenen Umbau der außeruniversitären Forschung in den neuen Bundesländern gesprochen werden kann, bleibt fraglich. Problematisch ist beispielsweise, daß sich der Wissenschaftsrat der politischen Prämisse der "Einpaßbarkeit" des östlichen Systems gefügt hat. Die Strukturen und Organisationsformen von Wissenschaft und Forschung in den alten Bundesländern blieben damit letztlich die wesentlichen Prüfkriterien für die Evaluationen. Die Entwicklung einer konzeptionellen Alternative, die - in Anbetracht der vom Wissenschaftsrat auch für das westdeutsche Wissenschafts- und Forschungssystem festgestellten Mängel - die beiden bisherigen Teilsysteme integriert hätte, blieb aus.

Die Aussage des Bundesforschungsministers vom Januar 1992, daß die aufgrund der Empfehlungen vorgenommenen Umstrukturierungen nahezu abgeschlossen seien, verkennt, daß bis heute große Schwierigkeiten bei der Schaffung und Stabilisierung arbeitsfähiger Einheiten bestehen. Die fiskalischen und administrativen Rahmenbedingungen - insbesondere durch die Länder - sind häufig ungeklärt. Für den Bestand eines Teils der neuen Einrichtungen könnte darüber hinaus eine sich in den nächsten Jahren verschärfende Konkurrenz auf dem gesamtdeutschen F&E-Markt bedrohlich werden. Die Zahl der öffentlich geförderten Einrichtungen ist bei gleichzeitig nicht proportional erhöhten Forschungshaushalten gestiegen. Bereits heute zeichnet sich eine Konkurrenz um die Mittel zwischen den Einrichtungen in Ost- und Westdeutschland ab. Dabei müssen die neuen Einrichtungen ihre Leistungsfähigkeit auf einem etablierten Forschungsmarkt erst unter Beweis stellen.

Die Umstrukturierung ist vor allem auch da problematisch, wo aufgrund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates andere Segmente der Wissenschafts- und Forschungslandschaft tangiert werden. Der Umbau der Hochschulen kommt nur sehr langsam voran, so daß die Umsetzung ehemals in Akademieinstituten beschäftigter Wissenschaftler an die Universitäten nur schleppend vorangeht. Die Empfehlungen zur Ansiedlung von Forschungspotentialen in der Industrie geht da ins Leere, wo mit dem nahezu vollständigen Zusammenbruch der industriellen Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland Beschäftigungsmöglichkeiten absehbar nicht vorhanden sind.¹ Nach wie vor gibt es auch einen Mangel an Knowhow beim Wissenschaftsmanagement unter den Bedingungen der neuen föderalen Strukturen.

Eine Reihe von ehemaligen Wissenschaftsbeschäftigten wird daher nicht mehr in ihr angestammtes Tätigkeitsfeld zurückkehren. Vor diesem Hintergrund stellt sich nicht nur die Frage nach den individuellen Schicksalen, sondern auch - was besonders für die Politik des Staates und der Wirtschaftsverbände relevant ist - die Frage nach den strukturellen Auswirkungen.

Für Gewerkschaften ist die Umwandlung der außeruniversitären Forschungslandschaft, neben dem Interesse an den Mitgliedern, vor allem aus folgenden Gründen interessant:

- als institutionelle Ressource für die Strukturentwicklung in den neuen Bundesländern;

¹ In diesem Zusammenhang ist auf eine weitere Veröffentlichung der Hans-Böckler-Stiftung hinzuweisen: Ulrike Fischer: Zur Situation industrienahe selbständiger F+E-Einrichtungen in den neuen Bundesländern. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung 1993 (Manuskripte, 106).

- als personelle Ressource, d.h. als ein regional kundiges Potential von Fachkräften, die als PartnerInnen für den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbauprozess in den neuen Bundesländern gewonnen werden sollten;
- als regionaler Beschäftigungsfaktor, der über seine quantitative Bedeutung hinaus auch zur politischen Stabilisierung der Gesellschaft beiträgt;
- als Quelle für gewerkschaftlichen Wissenstransfer und als Beobachtungs- und Begleitinstanz des gesellschaftlichen Umbauprozesses.

Gerade unter den Vorzeichen der fortschreitenden Deindustrialisierung Ostdeutschlands und den riesigen Aufgaben der Neustrukturierung der Wirtschaft müßte ein öffentliches Interesse daran bestehen, die vorhandenen Fachkräfte für den Umbauprozess einzusetzen, statt solche Ressourcen brachliegen zu lassen. Dabei stellt sich jedoch für die überkommenen Wissenschaftsstrukturen der Bundesrepublik ein neuartiges Problem: Innovationsimpulse aus der Wissenschaft sind an eine enge Wechselwirkung mit der Wirtschaft gebunden. In den neuen Bundesländern fehlt es auf der Seite der Wirtschaft zur Zeit jedoch sowohl an Adressaten als auch an realistischer Nachfrage. Da dieser Zustand noch länger andauern dürfte, wäre hier ein neuartiges Modell wissenschaftlicher Aufbauhilfe vor Ort zu entwerfen und in Kooperation mit den Wirtschaftsakteuren zu realisieren. Ein integratives und öffentlich zu finanzierendes wirtschafts- bzw. wissenschaftspolitisches Strukturprogramm 'Wissenschaft-Wirtschaft', das auf regionale Bezüge abhebt, wäre einzufordern.

Um ein genaueres Bild über den Ablauf des Transformationsprozesses in diesem Segment der Wissenschaftswelt zu erhalten und möglicherweise daran Konzepte zur Nutzung der Potentiale für den Neuaufbau in den neuen Bundesländern anzusetzen, hatte die Hans-Böckler-Stiftung bei der Kasseler "Gesellschaft für Empirische Studien"² ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Ergebnisse der Wissenschaftsbegutachtung der ehemaligen ADW-Institute auswertet. Sie wollte damit einen nicht nur für Gewerkschaften interessanten Einblick in die Dimensionen des Umbauprozesses von Wissenschaft und Forschung im vereinigten Deutschland geben.

Es bleibt zu hoffen, daß am Ende des Umbauprozesses der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft nicht nur die bittere Erkenntnis eines Verlustes wertvoller Potentiale steht. Zu wünschen ist, daß es zu einer gesamtdeutschen Weiterentwicklung im Wissenschafts- und Hochschulbereich kommt, die vor den derzeitigen gesellschaftlichen Anforderungen Bestand hat.

² GES - Gesellschaft für Empirische Studien bR Maiworm/Over, Wilhelmshöher Allee 123, 34119 Kassel

Abschließend ist an dieser Stelle allen zu danken, die bei der Entstehung der vorliegenden Arbeit mitgewirkt haben - an erster Stelle sicherlich den vielen Kollegen in den neuen Bundesländern für ihre Informations- und Kooperationsbereitschaft. Bedanken möchten wir uns auch für den fachlichen Rat von Roland Schneider, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Technologie/HdA und insbesondere für die wissenschaftliche und organisatorische Kooperationsbereitschaft des 'Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung' an der Universität/Gesamthochschule Kassel. Unser ganz besonderer Dank gilt Frau Mann, die das Lektorat und die technische Realisierung der Studie übernommen hat.

Düsseldorf, im Juli 1993
 Hans-Böckler-Stiftung
 Abteilung Forschungsförderung
 Norbert Kluge

1

Einleitung

In 1990/ 1991 begutachtete der Wissenschaftsrat (WR) die außeruniversitären, im Zuständigkeitsbereich der öffentlichen Hand befindlichen Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern. Er folgte damit der im Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der damaligen DDR festgeschriebenen Aufgabe: "Der notwendigen Erneuerung von Wissenschaft und Forschung unter Erhaltung leistungsfähiger Einrichtungen dient eine Begutachtung von öffentlich getragenen Einrichtungen durch den Wissenschaftsrat..."¹.

Gegenstand dieser Evaluation waren im wesentlichen die Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften (AdW), der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (AdL) und der Bauakademie (BA).² Mit dem Einigungsvertrag waren die Akademien faktisch aufgelöst worden, ihre Institute und Einrichtungen gingen in die Hoheit der jeweiligen Sitzländer über. Bis zur endgültigen Entscheidung über deren Fortführung oder Auflösung übernahm der Bund eine Bestandsgarantie, längstens aber bis zum 31.12.1991. Ziel des Begutachtungsverfahrens war es, leistungsfähige wissenschaftliche Potentiale in den ehemaligen Akademieeinrichtungen zu identifizieren und Vorschläge zur inhaltlichen, organisatorischen und personellen Neuordnung zu erarbeiten.

Von Begutachtungen vorheriger Art unterschied sich die Evaluation nicht nur durch die Besonderheit der historischen Umstände. Zwar verlief das formale Verfahren ähnlich anderen. Bei der "Beurteilung der bisherigen wissenschaftlichen Leistungen" und der "Einschätzung der künftigen Leistungsfähig-

¹ Einigungsvertrag Art.38, Ziff.1

² Hinzu kamen Ressortforschungseinrichtungen verschiedener Ministerien.

keit³ ging es jedoch nicht allein um die Identifikation eines auch nach bundesrepublikanischen Maßstäben wissenschaftlich hochrangigen Potentials: Vielmehr hatte die Begutachtung nach Maßgabe des Einigungsvertrages ebenfalls zu berücksichtigen, ob bzw. mit welchen Modifikationen die zur Weiterführung empfohlenen Forschungsbereiche in die gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik "einzupassen" seien.⁴ "Die Qualitätsbewertung war damit von vorneherein noch stärker mit strukturellen und organisatorischen Aspekten verknüpft, als dies bisher bei ähnlichen Begutachtungen der Fall war."⁵

Mit seinen 'Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen - Allgemeiner Teil' vom 5. Juli 1991 konnte der WR die ihm gestellte Aufgabe weitgehend abschließen.⁶ Nach vorhergegangenen schriftlichen Befragungen waren zwischen September 1990 und Juni 1991 über 130 Forschungseinrichtungen besucht worden.⁷ Neben einem allgemeinen Teil wurden weitere Stellungnahmen zu Einrichtungen bestimmter Forschungsbereiche, zu Serviceeinrichtungen etc. vorgelegt. Die darin ausgesprochenen Empfehlungen sehen erhebliche strukturelle und personelle Veränderungen vor. Im Januar 1992 konstatierte der Bundesforschungsminister, daß die aufgrund dieser Empfehlungen vorgenommenen Umstrukturierungen nahezu abgeschlossen seien.

Die Gutachten des WR und die auf der Grundlage seiner Empfehlungen in Gang gesetzten Umstrukturierungen markierten den offensichtlichsten - weil in öffentlicher Verantwortung liegenden - sowie wissenschafts- und forschungspolitisch wesentlichsten Einschnitt in der Wissenschafts- und Forschungslandschaft der ehemaligen DDR.

Dies begründet sich einmal mit dem zu verhandelnden Gegenstand, meint andererseits aber auch die tendenzielle Reichweite des Verfahrens selbst: Die Akademien waren, sieht man vom Wirtschaftssektor ab, die bedeutendste und personell stärkste Forschungs- und Entwicklungs-(F&E)-Ressource der früheren DDR. Mit den bislang im Kontext solcher Evaluationsverfahren entwickelten Instrumentarien galt es, diese Potentiale fachlich zu bewerten, unter

³ WR: Allgemeine Stellungnahmen, S.4. Wo nicht ausdrücklich anders vermerkt, werden die 'Allgemeinen Stellungnahmen' immer in der Fassung vom 27.09.91 zitiert.

⁴ Vgl. Einigungsvertrag, Art.38, Ziffer 1.

⁵ WR: Allgemeine Stellungnahmen, S.8.

⁶ WR: 'Allgemeine Stellungnahmen' in der Fassung vom 5. Juli 1991. Hier fehlen noch die Empfehlungen zur Akademie der Landwirtschaftswissenschaften. Ergänzt um diese Empfehlungen wurde der Text im September des gleichen Jahres nochmals als Drucksache 400/91 herausgegeben.

⁷ WR: Allgemeine Stellungnahmen, S.7.

forschungstechnischen Gesichtspunkten neu zu ordnen bzw. zu koordinieren und Empfehlungen für eine Überführung in adäquate Organisationsformen abzugeben - d.h., eine faktisch zur Disposition stehende Forschungslandschaft völlig neu zu strukturieren.

Hinzu kam jedoch, daß bereits seit der 'politischen Wende' und in der Folge der dadurch ausgelösten politischen, vor allem aber auch wirtschaftlichen Umwälzungen Entwicklungen eingesetzt hatten, die eine Erosion bisheriger Organisationsformen im hochschulischen, außeruniversitären und industriellen Wissenschafts- bzw. Forschungsbereich einleiteten. Die Auswirkungen zeigten sich vor allem in einem mehr oder minder raschen Abbau personeller F&E-Kapazitäten und sächlicher Ressourcen. Im Akademiebereich hatten erste Umstrukturierungen, geplante oder bereits vorgenommene Personalreduzierungen⁸ und - mit zunehmend deutlicherer Perspektive auf eine deutsch-deutsche Vereinigung - die insgesamt ungewissen personellen Verbleibsmöglichkeiten zu Abwanderungstendenzen und Motivationsverlusten beim verbliebenen Personal geführt. In verschiedenen Instituten zeigten sich erste organisatorische Auflösungserscheinungen.

Wesentlich dramatischer verlief die Entwicklung im Wirtschaftsbereich: In der Folge eines rasanten wirtschaftlichen Abwärtstrends setzte hier ein nicht minder rasanter Abbau des F&E-Personals ein. Die Freisetzungsquote dieser Beschäftigtengruppe lag höher als die gesamte Personalreduktion. Innerhalb eines Jahres gingen im Wirtschaftssektor, dem weitaus größten Beschäftigter von F&E-Personal, weit mehr als die Hälfte der entsprechenden Arbeitsplätze verloren.

Von dem unmittelbar ordnenden Zugriff politischer und wissenschaftspolitischer Instanzen waren nun eindeutige und verbindliche Aussagen über den Umfang und die zukünftige Gestalt der aus öffentlichen Mitteln geförderten Forschungseinrichtungen zu erwarten: Die Akademienrichtungen hofften auf die Beendigung unsicherer Zukunftserwartungen, sowohl organisatorisch als auch auf der individuellen Ebene des involvierten Personals.

Vor dem Hintergrund des massiven und absehbar zunehmenden Verlustes von F&E-Potentialen gerade im industriellen Bereich kam der Neustrukturierung der in der Verantwortung der öffentlichen Hand liegenden Forschung jedoch auch eine darüber hinausgehende Orientierungsfunktion und Signalwirkung zu. Bei dem als Resultat der Evaluationen absehbaren Personalabbau auch im staatlichen Forschungsbereich stellte sich die strukturpolitische Frage, ob und in welchem Umfang u.U. innovationsträchtige und für den Aufbau der neuen Länder benötigte Forschungspotentiale aus der öffentlichen Förderung

⁸ Vgl. z.B. die Bauakademie, Übersicht in Kapitel 2.2.

dann entlassen werden können, wenn außerhalb liegende Kompensationsmöglichkeiten nicht gegeben sind bzw. weiter abgebaut werden.

Vor diesem Hintergrund werden in der nachfolgenden Arbeit die Stellungnahmen und Empfehlungen des WR zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern beschrieben und analysiert.

Um die Bedeutsamkeit des Verfahrens zu verdeutlichen, sollen dazu im folgenden Kapitel zuerst die historischen Umstände bzw. auch diejenigen politisch bedingten Systemgrenzen zwischen den Wissenschafts- und Forschungssystemen der ehemaligen beiden deutschen Staaten kurz skizziert werden, die der Arbeit des WR als Rahmenbedingungen vorgegeben waren.

Dazu gehört ebenfalls eine Beschreibung der F&E-Potentiale in der ehemaligen DDR, insbesondere eine Bestandsaufnahme der Personalbestände in den hier zur Disposition stehenden Akademien. Erst im Vergleich mit dieser Ausgangssituation sind die vom WR empfohlenen Umstrukturierungen zu bewerten.

Obwohl die Evaluation und Bewertung fachwissenschaftlicher Forschungspotentiale eine lediglich der jeweiligen Fachdisziplin verpflichtete Beurteilungsweise nahelegt, dürften die historischen Umstände, eben die postulierte Vereinheitlichung der bis dahin unterschiedlichen Wissenschaftssysteme und die im Hinblick darauf vorgegebenen gesetzlichen Bestimmungen das Verfahren wesentlich mitbestimmen. Im dritten Kapitel wird daher versucht, diejenigen Kriterien näher zu bestimmen, die den Evaluationen des WR richtungsweisend zugrundeliegen.

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die einzelnen Stellungnahmen und Empfehlungen des WR zu den ehemaligen Akademieeinrichtungen und -instituten. Unterschieden nach institutionellen, personellen und fachwissenschaftlichen Gesichtspunkten werden die Empfehlungen systematisch aufgearbeitet und analysiert.

Soweit dazu Unterlagen und vor Ort recherchierte Informationen vorliegen, sind im fünften Kapitel die aufgrund der Empfehlungen bereits vorgenommenen Umstrukturierungen dokumentiert.

2

Umbruchsituation

Die politische 'Wende' in der ehemaligen DDR, die schließliche Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten und die damit verbundenen Prozesse der Umstrukturierung, der politischen und organisatorischen Neuordnung, veränderten die Wissenschafts- und Forschungslandschaft in den nun neuen Bundesländern in ganz erheblichem Maße. Die inhaltliche, innerorganisatorische und administrative Neuordnung von Hochschulen und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen, die Aufhebung ganzer Einrichtungen, wie die der Akademie der Wissenschaften, der Landwirtschaftswissenschaften und der Bauakademie, der rapide Abbau von Forschungskapazitäten im Wirtschaftsbe- reich, massive Personalreduzierungen und -umsetzungen sind nur einige Aspekte, die schlaglichtartig die erheblichen Veränderungen deutlich machen.

Ausgelöst wurden diese Umbrüche durch einen vielschichtigen Komplex politisch intendierter oder auch mittelbar resultierender administrativer, wirtschaftlicher oder finanzieller Faktoren. So waren bereits vor dem Inkrafttreten des Einigungsvertrags im Oktober 1990 - und damit vor Beginn der darin festgeschriebenen Umstrukturierungsprozesse - durch die zwischenzeitlichen politischen und wirtschaftlichen Wandlungsprozesse Entwicklungen ausgelöst worden, die eine Erosion bisheriger Organisationsformen im hochschulischen, außeruniversitären und industriellen Wissenschafts- und Forschungsbereich einleiteten und nicht ohne Auswirkungen gerade auch auf personelle F&E-Kapazitäten blieben.

Augenfällig wurde dies zuerst im Wirtschaftssektor: Hier, wo 1989 mehr als 60 Prozent aller F&E Beschäftigten arbeiteten¹, waren die Betriebe vielleicht noch willens, - vor dem Hintergrund der nun offenliegenden wirtschaftlichen

¹ F&E-Beschäftigte (VbE), nach OECD-Kriterien. Vgl. BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.48, Tabelle 13.

Probleme, den einsetzenden Umstrukturierungen, Auflösungen und Verkäufen - jedoch oftmals kaum noch in der Lage, ihre F&E-Kapazitäten durch Auftragsvergaben und finanzielle Zuweisungen abzusichern.²

Im Hochschulsektor und im außeruniversitären Forschungsbereich setzten die Veränderungen mit einem politisch ideologischen Revirement auf personeller und fachwissenschaftlicher Ebene und einer damit einhergehenden Reorganisation von Aufgabenstellungen und Organisationsformen ein. Hinzu kam, daß sich im Zuge der Rekonstruktion einer föderalen Verfassung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR auch die politisch-administrativen und finanzhoheitlichen Zuständigkeiten für diesen Bereich änderten.

Mit der zunehmend konkreteren Perspektive einer deutsch-deutschen Vereinigung war allerdings auch der Wissenschafts- und Forschungsbereich zunehmend in das Blickfeld gesamtdeutscher politischer Planungen gerückt. Während verschiedene Gremien in Hochschulen, einzelnen Forschungseinrichtungen und Institutionen, vor allem im Bereich der Akademien, sich noch um eine inhaltliche und vor allem organisatorische Reorganisation bemühten, waren auf politischer Ebene bereits Weichen gestellt worden, die die Ansätze und Ergebnisse dieser Erneuerungsprozesse in vielen Teilen hinfällig werden ließen.³ Die Presseerklärung der beiden Forschungsminister von BRD und DDR, Riesenhuber und Terpe, vom Juli 1990 kann wohl schon als definitives Resultat der politischen Überlegungen angesprochen werden.⁴ Sie enthält im wesentlichen bereits alle Formulierungen, die dann in Artikel 38 des Einigungsvertrages eingingen: Die Schaffung einer einheitlichen Forschungsland-

² Eindeutige Zahlen lassen sich nicht beibringen. Zwar stellten ISI und Prognos AG im Sommer und Frühherbst 1990 fest, daß ein prognostizierter dramatischer Abbau noch nicht erfolgt sei, mußten aber konstatieren, daß für den bloßen, statistisch-zahlenmäßigen Erhalt die Kurzarbeiterregelung Voraussetzung sei: "Viele von ihnen sind ... in sogenannter Null-Prozent-Kurzarbeit." Vgl. BECHER, G. 1991, S.51 f.; vgl. auch: Untersuchung des Fraunhofer Instituts f. Systemtechnik und Innovationsforschung, Karlsruhe (ISI) und der Prognos AG, Basel, BECHER, G. u.a. 1990.

³ Bereits seit der Wende hatten sich verschiedene Einrichtungen vor allem im Bereich der Akademien um eine personelle, organisatorische und forschungsthematische Reorganisation bemüht. Zu Beginn des Jahres 1990 legte die AdW-Leitung einen Entwurf für ein neues Akademie-Statut vor, das jedoch nicht mehr verabschiedet wurde. Vgl. auch AdW: Kurzcharakteristik Juni 1990. Erwähnt sei als weiteres Beispiel die Selbstevaluation der Bauakademie. Vgl. dazu BAUAKADEMIE o.J. (Jan.1991), STROTHMANN 1991. Weiterhin wird in beinahe sämtlichen Stellungnahmen des WR zu den besuchten Einrichtungen auf voraufgegangene Umstrukturierungen und zukunftsgerichtete Planungen hingewiesen. Im Zuge der Herstellung demokratischer Strukturen bildeten sich ansatzweise Gremien der Selbstverwaltung, Mitarbeiter- und Interessenvertretungen bzw. auf Landesebene Personalräteforen. Vgl. dazu SCIINEIDER 1991, S.695 f.

⁴ Vgl.: BMFT: Pressemitteilung v. 5.Juli 1990.

schaft für Gesamtdeutschland mit allen strukturellen Merkmalen, die für die alte Bundesrepublik kennzeichnend sind. Während die Einpassung der Akademie der Wissenschaft in eine solche Forschungslandschaft - hier als 'zentrale' Aufgabe benannt - noch unvoreingenommen als Integration des Gesamtgebildes AdW verstanden werden konnte, verfügte der Einigungsvertrag dann faktisch deren Auflösung.⁵

2.1 Wissenschaft und Forschung in der ehemaligen DDR: Der Weg zur Vereinheitlichung

Die von den Ministern der damals noch selbständigen deutschen Teilstaaten erklärte Absicht, "eine einheitliche Forschungslandschaft für Gesamtdeutschland anzustreben"⁶, kennzeichnete zuerst nur die Tatsache einer mit der Vereinigung anstehenden und angestrebten Veränderung - das tatsächliche Ausmaß und die Intensität des zwischenzeitlich bereits in Gang gekommenen - und noch andauernden - Wandels ist damit alleine nur schwerlich zu erklären.

Für die Intensität des Umbruchs lassen sich drei wesentliche Umstände ausmachen:

(a) Vereinheitlichung ordnungspolitisch divergierender Wissenschaftssysteme

Eine erster und wesentlicher Grund liegt sicherlich in den ordnungspolitisch und organisatorisch stark voneinander abweichenden Strukturen der Wissenschafts- und Forschungssysteme in den ehemaligen beiden deutschen Teilstaaten:

- Der föderalen Verfassung der Bundesrepublik entsprechend, liegt - läßt man die vom Bund unmittelbar finanzierten Groß- und Ressortforschungseinrichtungen außer acht - die ordnungspolitische, finanzielle, personelle und allgemein dienstrechtliche Zuständigkeit für Wissenschaft und Forschung im öffentlichen Bereich bei den Ländern bzw. bei verschiedenen Trägergesellschaften. In der ehemaligen DDR lagen diese Zuständigkeiten zentral beim Staat.
- Den gesellschafts- und ordnungspolitischen Grundsätzen der ehemaligen DDR entsprechend, kam dem Staat die Funktion der zentralen Planung

⁵ Die Akademie der Wissenschaften (AdW) wird als Gelehrtensozietät von ihren Einrichtungen abgetrennt. Die Einrichtungen erhalten eine Bestandsgarantie bis zum 31. Dezember 1991 - 'soweit sie nicht vorher aufgelöst oder umgewandelt werden' - alle Arbeitsverhältnisse werden ebenfalls bis zu diesem Zeitpunkt befristet. Vgl. Einigungsvertrag Art.38, Ziffer 2.

⁶ Forschungsminister Riesenhuber und DDR-Forschungsminister Terpe.

und Steuerung im Wissenschafts- und Forschungsbereich zu. Aus dieser Funktion leiteten sich unmittelbare forschungsplanerische, forschungsinhaltliche und organisatorische Vorgaben und mögliche Eingriffe ab.

- Der weitgehend aufgehobenen Autonomie in der Festlegung wissenschaftlicher Fragestellungen in der ehemaligen DDR steht in der Bundesrepublik die gesetzlich garantierte Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre gegenüber.⁷ Regulative zur Durchsetzung dieses Prinzips sind u.a. die Trennung von Dienst- und Fachaufsicht und verschiedene Stufen der Selbstverwaltung in wissenschaftlichen Einrichtungen.
- Die Grundlagenforschung in der Bundesrepublik soll an erster Stelle in den Universitäten angesiedelt sein, die Einheit von Forschung und Lehre ist definitorisches Kriterium der Universitäten. In der ehemaligen DDR war dagegen eine weitgehende Trennung von Forschung und Lehre zu konstatieren. Zwar finden sich Forschungspotentiale in geringem Umfang auch an den Hochschulen, der Großteil, gerade auch der Bereich der Grundlagenforschung, war jedoch in außeruniversitäre Forschungseinrichtungen verlagert.⁸ An erster Stelle sind hier die Einrichtungen der ehemaligen großen Akademien zu nennen.
- Weitere starke Forschungspotentiale waren an Kombinate/Betriebe in Form eigener Abteilungen, Institute o.ä. angegliedert. Ihre Aufgaben beschränkten sich jedoch nicht nur auf F&E-Arbeiten für das jeweilige Kombinat/den jeweiligen Betrieb. Neben der Übernahme von Aufträgen für branchengleiche oder -ähnliche Betriebe konnten ihnen auch im Rahmen der staatlichen Forschungsplanung Aufträge zugewiesen werden.
- Demgegenüber steht in der BRD die Betonung der Hochschulen als wichtigste Einrichtungen der Grundlagenforschung, die ergänzende Förderung der Grundlagenforschung durch die öffentliche Hand auf solchen Gebieten, die nicht oder noch nicht von den Universitäten bearbeitet werden können oder von überregionalem oder gesamtstaatlichem Interesse sind (Subsidiaritätsprinzip: blaue Liste, MPI, FhG). Soweit es der Erfüllung ihrer Betriebszwecke dient, unterhält die Privatwirtschaft eigene F&E-Abteilungen; eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln ist hier nur projektgebunden

⁷ Art.5, Ziff.3 GG.

⁸ Prof. Meyer, Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, spricht von einer unbefriedigenden Verbindung von Forschung und Lehre in der ehemaligen DDR und weist die Behauptung, es habe keine Forschung an den Universitäten und Hochschulen gegeben, als "erhebliche Simplifizierung eines komplizierten Sachverhaltes" zurück. Vgl. den Beitrag von MEYER in der öffentlichen Anhörung des BT-Ausschusses: 'BT-Ausschuß/Anhörung 25.09.1991', S.53 f.

möglich, wenn es sich dabei ebenfalls um Vorhaben im öffentlichen Interesse handelt.⁹

Die Vereinheitlichung beider Systeme auf der Grundlage einer föderativen Verfassung - und die damit geschaffene Zuständigkeit der Länder nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für einen Großteil der außeruniversitären Forschungseinrichtungen -, die Betonung der Hochschulen als wichtigste Einrichtung der Grundlagenforschung und das Prinzip der Subsidiarität unmittelbar staatlicher Forschungsförderung, schließlich die Autonomie von Forschung und Lehre und die Durchsetzung einer pluralistischen Wissenschaftsstruktur machen deutlich, daß die Verwirklichung solcher Strukturen gravierende Veränderungsprozesse des Wissenschaftssystems im Bereich der ehemaligen DDR fordert und auslöst.

Neben der grundsätzlichen Differenz zwischen den beiden Wissenschaftssystemen sind allerdings zwei weitere Aspekte heranzuziehen, um die Dynamik und Radikalität des Umbruchs zu erklären.

(b) Veränderungen wirtschaftlicher und administrativer Rahmenbedingungen

Mit den wirtschaftlichen Problemen und den politisch-administrativen Umstrukturierungen seit der politischen Wende wurden die Rahmenbedingungen bisheriger Wissenschafts- und Forschungspraxis auf dem Gebiet der ehemaligen DDR hinfällig, obsolet oder verschlechterten sich dramatisch.

- Im vom wirtschaftlichen Abbruch gezeichneten Industriesektor führten Umstrukturierungen und fehlende finanzielle Möglichkeiten zu einem rasanten Abbau des F&E-Personals, wurden ganze F&E-Abteilungen ausgegliedert bzw. "ausgegründet", die sich nun auf dem Forschungsmarkt behaupten sollten. Insgesamt sanken die offensichtlichen Aussichten auf eine Weiterbeschäftigung rapide.¹⁰
- Auch in öffentlichen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, im Hochschulsektor und im außeruniversitären Bereich hatte bereits vor der Vereinigung ein Personalabbau eingesetzt oder war doch absehbar. Angesichts begrenzter Finanzmittel und vor dem Hintergrund eines seit Beginn der Debatte um die zukünftige gesamtdeutsche Wissenschafts- und For-

⁹ Vgl. WR: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren. Köln: WR 1989, S. 28 ff. Ders.: Stellungnahme, allgemeiner Teil, a.a.O., S.11.

¹⁰ Vgl. Kap. 2.2. Im Jahr 1989 sank die Zahl der F&E-Beschäftigten je 1.000 Erwerbstätige von 13,4 auf 7,3; der Bestand an F&E-Personal reduzierte sich damit schneller als die Gesamtzahl aller Erwerbstätigen. Vgl.: AIF-Außenstelle Berlin, o.J. (1992), S.3.

schungslandschaft immer wieder herangezogenen Vergleichs des Personalbestands in den DDR-Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu anderen westeuropäischen Einrichtungen, schien eine Reduzierung der Beschäftigtenzahlen unausweichlich.¹¹ In den von verschiedenen Akademieinstituten vorgelegten Strukturplanungen kamen - ob in 'vorausgehendem Gehorsam' oder vom tatsächlichen Bedarf ausgehend, sei hier dahingestellt - zum Teil erheblich geringere Personalstärken zum Ansatz. Mit den Begutachtungen und Empfehlungen des WR wurde diese Tendenz definitiv festgeschrieben.

Administrativ-technische Probleme scheinen gerade in diesem Bereich die Unsicherheiten noch verstärkt zu haben. Nach Aussagen von Betroffenen konnten die Länder, selbst noch mit dem Aufbau einer effizienten Verwaltung beschäftigt, ihre Zuständigkeiten über die ihrem Geltungsbereich zugefallenen Einrichtungen häufig nicht so einsetzen, daß daraus auf der Ebene der Institute und Einrichtungen schlüssige Konsequenzen hätten gefolgert oder durchgesetzt werden können bzw. Erwartungssicherheit sich hätte einstellen können.¹² Die Unsicherheit der Betroffenen verschärfte sich noch nach den Begutachtungen des WR mit der Frage, ob, in welchem Umfang, unter welchen Konditionen und zu welchem Zeitpunkt die Empfehlungen von Bund, Ländern, wissenschaftlichen Trägergesellschaften und Drittmittelgebern umgesetzt würden.

Wo die teils hinfälligen, teils kaum mehr verlässliche Anhaltspunkte bieten den Rahmenbedingungen nicht unmittelbare Konsequenzen nach sich ziehen - Personalabbau, Schließung von Einrichtungen etc. - führten die damit gegebenen Unsicherheiten mittelbar doch zu oftmals nicht minder gravierenden Folgen: Vor dem Hintergrund zweifelhafter Zukunftsperspektiven im angestammten Bereich orientierte sich eine Vielzahl von Beschäftigten auf andere Berufsmöglichkeiten und -felder hin, setzte ein nach Auskunft von Befragten bisweilen "schleichender Personalschwund" in einzelnen Wissenschaftseinrichtungen ein, und die Organisationsstrukturen erodierte. Wie uns bei unseren Recherchen berichtet wurde, fand sich bei einer Un-

¹¹ Vgl.: DOHNKE u.a. o.J. (1992), S.4. unter Verweis auf BURRICHTER o.J. (März 1990), S.2. Auch: KNOERICI, V. 'Gesamtdeutsche Forschungspolitik' 1991, S.89.

¹² Gespräch im Wissenschaftszentrum Berlin, Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik (Reichpietschauer) am 1.4.1992.

tersuchung über den Verbleib von Wissenschaftlern ehemaliger AdW-Einrichtungen in einigen Instituten kein kompetenter Ansprechpartner mehr.¹³

Eine Quantifizierung solcher Effekte und ihre Rückführung auf einzelne Determinanten ist derzeit nicht oder nur ansatzweise - auf dem Wege von Fallstudien - möglich.¹⁴ Festzuhalten bleibt, daß während der Phase der 'Erschütterung' (November 1989 bis Juni 1990) und der 'Konfrontation' mit der westlichen Wissenschaftslandschaft, den dortigen F&E-Verfahrensmodalitäten, Potentialen und deren Rentabilitätskalkülen (Juli 1990 bis März 1991)¹⁵, Auflösungserscheinungen einsetzten, die - unabhängig von intendierten und organisierten Umstrukturierungen - die Wissenschafts- und Forschungslandschaft strukturell und personell massiv veränderten.

(c) *Aufhebung bestehender Strukturen im Wissenschaftsbereich*

Ein dritter erklärender Aspekt liegt in eben den politisch intendierten, fachinhaltlichen und organisatorischen Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich der außeruniversitären Forschung, in der Auflösung der Akademien und der Umsetzung zur Übernahme empfohlener Forschungspotentiale.

Im Zuge der Diskussion um eine sich abzeichnende Wiedervereinigung war rasch deutlich geworden, daß die Hoffnungen verschiedener Wissenschaftler auf eine an gewachsenen Organisationsstrukturen anknüpfende Erneuerung

¹³ Zeitpunkt: Anfang 1991. Information von Ch. Melis über die Durchführung des Projektes 'Beschäftigungsperspektiven für Wissenschaftler ...' Vgl.: DOHNKE u.a. o.J. (1992) am 1.4.1992 im Wissenschaftszentrum Berlin, Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik.

¹⁴ Einen Hinweis liefern auch die vom WR in seinen Empfehlungen beschriebenen ehemaligen und bei der Begehung vorgefundenen Personalquoten. Vgl. beispielsweise die tabellarische Gegenüberstellung des wiss. Personals 1989 und zum Zeitpunkt der Begehung für die außeruniv. Forschungseinrichtungen im Bereich Agrarwissenschaften (WR 27.9.1991, Teil I u. II, S. 23 ff.), am deutlichsten wohl auch in der Bauakademie (vgl. Kap. 2.2). Weiterhin für Sonderbereiche: VOSS/HARTMANN Juli 1991 (Forschungsbericht), S. 37 ff. HARTMANN/VOSS verweisen auf eine Befragung Anfang 1991 im Bereich der Bio- und Gentechnologie. Danach wurden in 56 Forschungseinheiten bis zum Befragungszeitpunkt 115 Projekte abgebrochen: 9 Prozent wegen Personalfuktuation, 30 Prozent wegen Problemen auf seiten der Auftraggeber, 38 Prozent weil die Projektfinanzierung nicht mehr gesichert war. Vgl. weiterhin auch: DOHNKE u.a. 'Veränderung des Wissenschaftssystems' o.J. (1992), S.12 ff.

¹⁵ VOSS/HARTMANN, Juli 1991 (Forschungsbericht), S.34 f., teilen die Zeit seit der politischen Wende in vier Phasen ein. Obwohl die vorgenommenen Zeiteinteilungen sich an den Entwicklungen im Bereich Bio- und Gentechnologie orientieren, lassen sie sich auch für andere Bereiche anwenden. Neben den beiden oben genannten Phasen führen VOSS/HARTMANN folgende Zeitabschnitte ein: Die Phase der 'Evaluierung' der Forschungseinrichtungen (Okt. 1990 bis Okt. 1991) und die der 'Umsetzung der Empfehlungen' in politische Entscheidungen auf Bundes- und Länderebene.

im Gebiet der ehemaligen DDR sich nicht würden verwirklichen lassen.¹⁶ Unabhängig von den im Zuge der Demokratisierung und des föderalen Aufbaus als notwendig apostrophierten und akzeptierten Korrekturen und Veränderungen, der Aufarbeitung von Defiziten gegenüber westlichen Standards etc., war bereits früh von Stimmen in der BRD das Wissenschafts- und Forschungssystem in der DDR grundsätzlich mit solch negativen Verdikten belegt worden¹⁷, die für weite Teile eher einer grundsätzlichen Liquidation und einem Neubeginn das Wort redeten, als einer Revision. Dabei wurden die kritisch angemerkten Umstände - etwa eine im internationalen Maßstab mangelnde Leistungsfähigkeit und personelle Überbesetzung¹⁸ - im wesentlichen als Symptome dysfunktionaler Strukturen und wissenschaftlich kontraproduktiver Rahmenbedingungen angesprochen. Neben den Hochschulen konzentrierte sich diese Kritik vor allem auf den - nach der Industrie größten und inhaltlich sicherlich wichtigsten - außeruniversitären Forschungssektor, die Akademien. Die hier entstandene fachliche Zentralisierung mit überdimensionierten, unflexiblen und wenig innovationsträchtigen wissenschaftlichen Einrichtungen sei wissenschaftlich kaum konkurrenzfähig; statt der so erhofften Synergieeffekte seien Konglomerate heterogener wissenschaftlicher Arbeitsfelder entstanden, die sich eher gegenseitig behinderten als einander zuarbeiteten. Eine Beseitigung solcher Mißstände könne folgerichtig nur mit der Aufhebung solcher Organisationsstrukturen verbunden sein.

Die zuerst noch vorsichtige Formulierung des Wissenschaftsrates vom Juli 1990, daß von westdeutscher Seite dazu beigetragen werden könne, "die außeruniversitären Forschungseinrichtungen neu zu organisieren", läßt die schließliche Destruktion dennoch da erahnen, wo an gleicher Stelle das Ziel einer dazu vorgängig empfohlenen Evaluation der Einrichtungen angesprochen wird: Die "Einpassung in eine einheitliche Hochschul- und Forschungslandschaft mit den entsprechenden Elementen, die die Bundesrepublik Deutschland heute kenn-

¹⁶ Vgl. oben Fußnote 3, auch BdWi 1990, S. III f.

¹⁷ Vgl. z.B. die auf solch negative Urteile eingehende Diskussion im Beitrag und im Anschluß an den Beitrag von BURRICHTER, C. in BURRICHTER/FÖRTSCH, 1991, S. 11, S.21. Darin die Erwiderungen zu den Statements von R. DAIHRENDORF und FRITZSCHE, H. zum Villa-Hügel-Gespräch 10.10.1990. Vgl. dazu auch die Ausführungen von SIMON in 'BT-Ausschuß/Anhörung 25.09.1991', S.72, daß, wenn man schon ein 'Vorurteil' über die Wissenschaftssituation gehabt habe, dann eher das, "daß in den neuen Bundesländern alles ziemlich schlecht sei", womit er sich von den zum Teil positiven Urteilen des WR abhebt.

¹⁸ Vgl. für die Kontroverse um die personelle Überbesetzung des gesamten F&E-Bereiches MESKE 1991, S.44, auch DOHNKE u.a. o.J. (1992), S.4ff.

zeichnen ..."¹⁹. Insbesondere der letzte Teilsatz - wie beinahe die gesamte Formulierung identisch mit den bereits oben wiedergegebenen Ausführungen der Forschungsminister von BRD und DDR über ein zukünftiges gesamtdeutsches Wissenschaftssystem²⁰ - macht eines deutlich: Vorbild, Maßstab und Orientierungsleitlinie anstehender Umstrukturierungen war letztlich das bundesdeutsche Wissenschafts- und Forschungssystem.²¹

Die immerhin mögliche Interpretationsfähigkeit des Begriffs "Einpassung" ist später wiederholt betont worden. Einpassung sei nicht "lediglich als Übertragung der in den alten Ländern entwickelten Strukturen auf die neuen Länder zu verstehen", so der WR noch in seinen späteren 'Allgemeinen Stellungnahmen'.²² Tatsächlich sollten solche Vorbehalte jedoch ohne größere Konsequenz bleiben: Wohl vor dem Hintergrund eines weitgehenden Konsenses über die Funktionalität der westdeutschen Forschungslandschaft, ihrer Organisationsstrukturen und ihrer Förderinstrumente, blieb die politische und wissenschaftliche Diskussion einer ernsthaften Alternative aus. Daß eine so vorgezeichnete organisatorische Neuordnung aber auch gleichbedeutend mit der radikalen Auf- und Ablösung bisheriger Forschungsstrukturen in der ehemaligen DDR sein würde, war nicht mehr als eine - zwar offenliegende, aber nur selten offen ausgesprochene - logische Konsequenz und konnte eigentlich nicht bezweifelt werden.²³

¹⁹ WR: 'Perspektiven' 1990, S. 5. (erstes Zitat), S.32 (zweites Zitat).

²⁰ In dem gerade die "Einpassung" der Akademie der Wissenschaften als "zentrale Aufgabe" genannt wurde. Vgl. oben, Fußnote 4.

²¹ Vgl. dazu etwa auch den Diskussionsbeitrag von STOEHR, Jochen in BURRICHTER/FÖRTSCH 1991, S.27: "... bildet das Wissenschaftssystem der alten Bundesrepublik die Meßlatte im Prozeß der Evaluation: föderativ, dezentral, hochschulbezogen und so fort."

²² Auch in den Wissenschaftsstrukturen der alten Bundesländer ließen sich "... ungelöste Probleme, Defizite, organisatorische Mängel und innere Widersprüchlichkeiten aufweisen ...". Vgl. WR 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.5.

²³ Jochen Stoehr, Abteilungsleiter des Berliner Senators für Wissenschaft und Forschung, hat dies in der Diskussion und in einem Beitrag zum XIX. Erlanger Werkstattgespräch deutlich gemacht. Im Anschluß an seine Bemerkung, daß das westliche Wissenschaftssystem bzw. das der alten Bundesrepublik die Meßlatte abgebe (Vgl. oben, Fußnote 21), meint Stoehr, dann "steht auch fest, daß vieles im Osten nicht so bleiben kann, wie es ist". Den häufig gebrauchten Begriff der "Fusion" der beiden Wissenschafts- und Forschungssysteme von ehemaliger BRD und DDR hält er deshalb auch für unangemessen, "weil man ohne Beschönigung sehen muß, daß das Wissenschaftssystem der DDR zerbrechen wird und man die Bruchstücke in unser System einfügen muß." Das liege an den Rahmenbedingungen, u.a. am Einigungsvertrag, "ein Vertrag zu Lasten mittelloser Dritter". Vgl. STOEHR 1991, S.26f. und 91ff.

Die Aufhebung der forschungsorganisatorischen Strukturen im außeruniversitären Forschungsbereich außerhalb des Wirtschaftssektors, die Auflösung der Akademien, wurde dann auch im Einigungsvertrag faktisch festgeschrieben. Die Akademie als Gelehrtensozietät wurde von ihren Forschungseinrichtungen abgetrennt. Die Einrichtungen erhielten eine Bestandsgarantie bis zum 31.12.1991 und fielen in die Zuständigkeit der neugegründeten Länder, "soweit sie nicht vorher aufgelöst oder umgewandelt werden"²⁴. Dem Wissenschaftsrat fiel die Aufgabe zu, die Einrichtungen zu evaluieren, leistungsfähige Potentiale zu identifizieren und Empfehlungen für eine Einpassung dieser Potentiale in die gemeinsame Forschungsstruktur abzugeben.

Als wesentlich für die Intensität des Umbruchs im Forschungssystem der ehemaligen DDR lassen sich so - neben den durch rechtsstaatliche und ordnungspolitische Postulate veranlaßten Änderungen - vor allem die massiven Erosionen bzw. Hinfälligkeiten der wirtschaftlichen und administrativen Rahmenbedingungen und schließlich die politisch intendierte Aufhebung der Organisationsstrukturen im außeruniversitären, öffentlichen Forschungsbereich ausmachen. Inwiefern ein solch radikaler Wandel unumgänglich war, sei zunächst dahingestellt.

2.2 F&E-Potentiale in der ehemaligen DDR

Eng verbunden mit der Frage nach den Notwendigkeiten einer Umstrukturierung ist die nach dem damit verbundenem Personalabbau im F&E-Bereich. Versuche, in einem Vergleich die entsprechenden Personalquoten vor und nach der "Wende" bzw. dann nach den zwischenzeitlichen Veränderungen vergleichend gegenüberzustellen, stoßen jedoch auf gravierende Schwierigkeiten: Valide Aussagen über das in der ehemaligen DDR vorhandene F&E-Personal lassen sich kaum beibringen.

Dies beruht zum einen auf einer rudimentären Informationspolitik, die Angaben zu diesen Bereichen als sicherheitsrelevant einstuft, und, wenn überhaupt, nur bruchstückhaft veröffentlichte. Zum anderen entsprach die statistische Erfassung sowohl zum Mittel- als auch zum Personaleinsatz im F&E-Bereich nicht den international üblichen Standards.²⁵ Eine Einschätzung, auch vor dem Hintergrund eines Vergleichs mit anderen Staaten, ist daher nicht unmittelbar möglich. Selbst nachdem eine Vielzahl von Quellen zwischenzeitlich zugänglich sind, bleibt der Versuch einer Umrechnung nach OECD-Kriterien

²⁴ Einigungsvertrag Art. 38, Ziffer 2.

²⁵ International übliche Erfassung nach OECD-Kriterien. Vgl.: BMFT 1982.

fragwürdig: Wesentliche dazu benötigte Angaben waren nicht erhoben worden.

Dennoch sind in jüngster Vergangenheit von verschiedenen Seiten entsprechend modifizierte Zahlenangaben vorgelegt worden. Trotz erheblicher Zweifel bieten die Zahlen immerhin Näherungswerte.²⁶

Nach diesen Umrechnungen wurden 1989 in der DDR - umgerechnet nach Vollbeschäftigungseinheiten - rd. 140.500 F&E-Beschäftigte (VbE) gezählt.²⁷ Gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen von insgesamt 9.547.000²⁸ ergibt sich damit ein Anteil von 1,5 Prozent. Prozentual lag die DDR damit in etwa gleich dem entsprechenden Anteil in der damaligen BRD (1,6%). Auf je 1.000 Erwerbstätige kamen 1987 in der DDR 16,3 und in der BRD 15,6 VbE im F&E-Bereich.²⁹ Den Anteil der Wissenschaftler bzw. Forscher unter den F&E-Beschäftigten gibt Meske mit 43 Prozent für die ehemalige DDR und 40 Prozent für die BRD an.³⁰ Nach Disziplinen getrennt, lagen die Beschäftigtenzahlen in den Ingenieurwissenschaften zuzurechnenden Forschungsbereichen mit fast 61 Prozent am höchsten, gefolgt von den Natur- (17%) und Agrarwissenschaften (10%). Bestimmt wird diese Verteilung im wesentlichen durch den Wirtschaftssektor. Im Staatssektor dominieren die Naturwissenschaften (42%), die zweithöchsten Beschäftigtenzahlen finden sich hier im Be-

²⁶ Vgl. zum Problem der beschränkten Datenbasis und der Umrechnungsschwierigkeiten BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.15ff. Obwohl die Autoren selbst entsprechende Umrechnungen vornehmen, melden sie Vorbehalte an: "Somit ist jeder Umrechnungsversuch der ... von seiten der DDR eingebrachten FuE-Potentiale auf Sand gebaut; die für 1989 nach OECD-Kriterien errechneten rd.140.000 FuE-Vollbeschäftigungseinheiten ... sind so wenig wert wie die Ausgangsgröße von ca. 200.000 VbE 'für FuE' und die ca. 160.000 VbE 'in FuE' nach DDR-Systematik." (a.a.O., S.16). Die Autoren warnen auch vor den nach 1989 vorgelegten Daten, die bis Mitte 1990 noch nach alter DDR-Systematik erhoben und auf Grund von Auflösungserscheinungen in den zuständigen Stellen mangelhaft seien. Zur Datenbasis nach DDR-Systematik siehe: SV-Wissenschaftsstatistik; STIFTERVERBAND 1990. Neben Umrechnungen nach OECD-Kriterien, die noch von staatlichen Stellen der DDR vorgelegt wurden (Vgl.: BROCKE/FÖRTSCH, a.a.O., S.15, Fußn. 5) und den oben erwähnten bei BROCKE/FÖRTSCH (z.B.: a.a.O., S.47 f., Tab. 12+13) sind weitere zu finden u.a. bei: MESKE, W. 1991, S.44 f.; DOHNKE u.a. 1991, S.6f.; Forschungsagentur Berlin, Anhörung, Sept.1991, S.1 f.

²⁷ Vgl.: SV-Wissenschaftsstatistik; Stifterverband 1990, S.12, BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.47f., Tab. 12 und 13.

²⁸ BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.19.

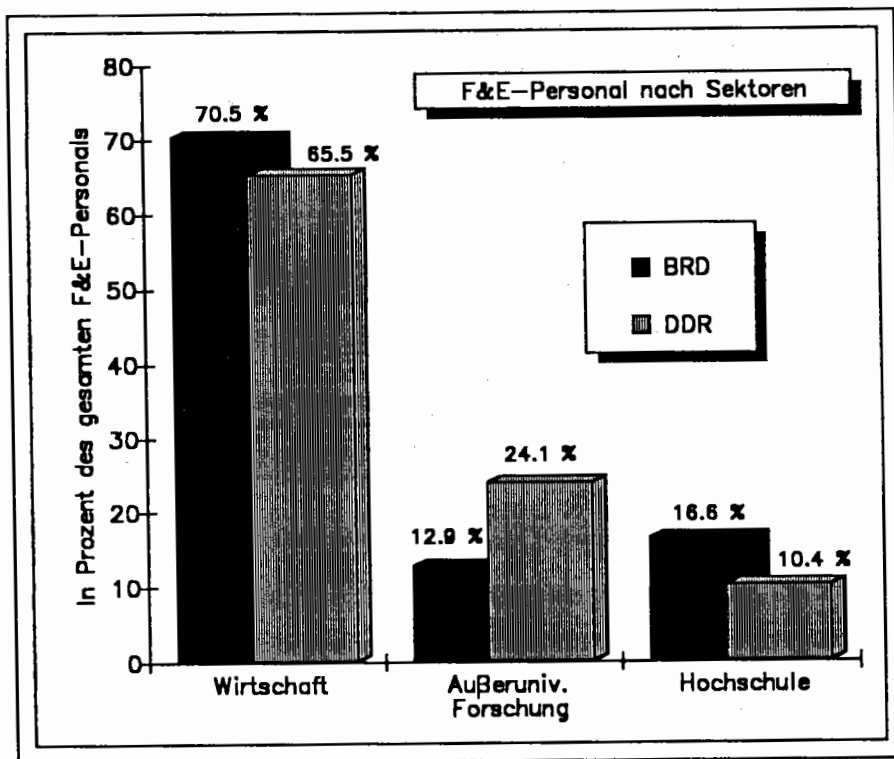
²⁹ DOHNKE u.a. 1991, S.5.

³⁰ Vgl. MESKE, W. 1991, S.44.

reich der Agrarwissenschaften (25%) und an dritter Stelle in den Geistes- und Sozialwissenschaften (15%).³¹

Eine vergleichende Darstellung der sektoralen Verteilung des F&E-Personals für die damaligen beiden deutschen Teilstaaten, DDR und BRD, zeigt die folgende Graphik.

Übersicht 1: F&E-Personal (VbE) 1989 nach Sektoren in der ehemaligen DDR und der BRD³²



³¹ Vgl.: SV-Wissenschaftsstatistik; Stifterverband 1990, S.16 f.

³² Nach BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.48, Tab.13; für BRD: Stat. Jahrbuch 1991, S.407. Dort noch fehlende Angaben bei F&E-Hochschulpersonal für 1989, Übernahme und leichte Korrektur der entsprechenden Daten aus 1987.

Die Gegenüberstellung der Beschäftigtenzahlen in den drei Sektoren weist den Wirtschaftssektor in beiden deutschen Staaten als jeweils größten Beschäftigter von F&E-Personal aus. Grundlegende Unterschiede traten aber in den beiden übrigen Bereichen auf. Während im staatlichen Sektor der BRD rd. 13 Prozent des gesamten westdeutschen F&E-Personals beschäftigt waren und im Hochschulsektor etwa 16 Prozent, lagen die Verhältniszahlen in der DDR umgekehrt. Hier dominierte eindeutig der Staatssektor mit den drei Akademien und den ministeriell angelagerten Ressort-Einrichtungen. Diese Dominanz wirkte sich auch auf die übrigen Dimensionen der Mittelallokation - Finanzen, Infrastruktur-Einrichtungen, apparative Ausstattung - aus.

Die drei großen Akademien, AdW, AdL und BA, stellten die größten Forschungspotentiale der DDR außerhalb der Wirtschaft. Nach dem Vorbild der sowjetischen Akademien waren sie sowohl Gelehrtensozietäten als auch übergeordnete Organisationsform verschiedener, unter ihrem Dach versammelter Forschungsinstitute. Die einzelnen Forschungseinrichtungen waren wesentlich nach disziplinären Gesichtspunkten oder Wissenschaftsgebieten zusammengefaßt (Molekularbiologie, anorganische, organische Chemie etc.³³), weniger nach thematischen Aufgabenfeldern.

Ebenso wie für die Forschungslandschaft insgesamt ist es auch hier schwierig, eindeutige und valide Zahlen über die Gesamt-Beschäftigtenzahlen bzw. das F&E-Personal beizubringen. Obwohl verschiedene Autoren sich augenscheinlich aufeinander beziehen, variieren die Zahlen bisweilen erheblich. Zum Teil dürfte dies auf Verschiebungen innerhalb der Benennungskategorien (Beschäftigte, VbE, nach DDR bzw. nach OECD-Kriterien) zurückzuführen sein, zum Teil auf die Heranziehung von Daten zu unterschiedlichen Stichtagen.

Die drei Akademien dürften 1989 wahrscheinlich höchstens 32.500 F&E-Beschäftigte (VbE) gezählt haben.³⁴ Noch nach Kriterien der DDR-Statistik spricht der Stifterverband von 30.400 Beschäftigten, was etwa 94 Prozent des gesamten F&E-Potentials im Staatssektor ausmache.³⁵

In den nachfolgenden Übersichten sind Informationen zu den drei Akademien zusammengetragen worden. Auf Grund der oben geschilderten Probleme wurde die Herkunft der dabei angegebenen Beschäftigtendaten jeweils vermerkt. Versucht wurde auch, die nach der Wende einsetzenden Personalabwanderungen bzw. -reduzierungen zu dokumentieren. Obwohl über diesen

³³ Vgl. auch WR: 'Allgemeine Stellungnahmen', S.8.

³⁴ Vgl. BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.57.

³⁵ Vgl.: SV-Wissenschaftsstatistik; Stifterverband 1990, S.36, auch Tabelle A4, S.49.

Personalverlust kein Dissens besteht, sind auch diese Angaben nicht zu validieren.

Übersicht 2: Akademie der Wissenschaften

Akademie der Wissenschaften - AdW

- Die AdW wurde 1946 als 'Deutsche Akademie der Wissenschaften' gegründet. 1970, im Zuge einer Reform, erhielt sie ihre schließliche und bis zur Auflösung im wesentlichen beibehaltene Struktur und Bedeutung. Seit 1972 firmiert sie unter dem jetzigen Namen. Sie unterstand dem Ministerium der DDR.

- 1989 waren unter dem Dach der AdW 56 Institute versammelt - 41 mathematisch-naturwissenschaftliche und technische, 2 medizinische und 13 sozial- und geisteswissenschaftliche. Nach der Wende wurde ein neues 'Institut für Ökosystemforschung' gegründet. Darüber hinaus verfügte die AdW über weitere 23 Einrichtungen, darunter das Zentrum für wissenschaftlichen Gerätebau, ein Rechenzentrum, ein wissenschaftliches Informationszentrum, wissenschaftliche Verlage etc.³⁶

- Die AdW weist für 1989 rd. 23.700 Beschäftigte (VbE) aus, darunter nach verschiedenen Angaben zwischen 14.000³⁷ und 19.700³⁸ Personen im F&E Bereich (VbE, nach OECD-Kriterien). Zwischen Juni 1990 und Juni 1991 reduzierte sich das Personal innerhalb eines Jahres von 22.857 auf 17.412, es fand mithin ein Abbau um rd. 24 Prozent³⁹ statt.

³⁶ Vgl.: SV-Wissenschaftsstatistik; Stifterverband 1990, S.37. BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.59, nennen eine Zahl von 62 'Einheiten', darunter 52 Institute 'im engeren Sinne'.

³⁷ DOHNKE u.a. 1992, Tabelle 1, S.7

³⁸ BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.48, Tab.13.

³⁹ BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.62.

Akademie der Wissenschaften - AdW

Personal	1989	Jan. 1991	Begut. WR
Besch. insgesamt	23.750 ⁴⁰	19.632 ⁴¹	ca. 17.000 ⁴²
F&E Besch. (VbE) nach OECD		19.735 ⁴³	
		14.051 ⁴⁴	

Übersicht 3: Akademie der Landwirtschaftswissenschaften

Akademie der Landwirtschaftswissenschaften - AdL

- Die AdL wurde 1951 als 'Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften' gegründet. 1972 erhielt sie ihren jetzigen Namen. Sie unterstand dem Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft.

- 1989 umfaßte die AdL rd. 28 Einheiten, darunter 26 Forschungszentren, Institute etc.⁴⁵ Der Wissenschaftsrat, der im Bereich der Agrarwissenschaften auch unmittelbar dem Ministerium für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft unterstellte Einrichtungen evaluierte, spricht von 47 begutachteten Einheiten.⁴⁶

⁴⁰ SV-Wissenschaftsstatistik; Stifterverband 1990, S.37.

⁴¹ BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.60.

⁴² BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.62, Tab.25 für Juni 1991. Das BMFT spricht im Juli 1991, also nach Abschluß der Evaluationen und Verabschiedung der Stellungnahmen und Empfehlungen, von 'derzeit noch rd. 18.000 Mitarbeitern der AdW'. Vgl. BMFT: Pressemitteilung vom 16.07.1991, Nr. 57/91, S.3. DOHNKE u.a. 1992, S.7, sprechen unter Hinweis auf ein unv. Ms. von D. PLÖTNER von nur rd. 15.150 F&E-Beschäftigten.

⁴³ Incl. Geisteswissenschaften. Vgl. BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.48, Tab.13.

⁴⁴ Vgl. DOHNKE u.a. 1992, Tabelle 1, S.7.

⁴⁵ BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.66. Vgl auch: SV-Wissenschaftsstatistik; Stifterverband 1990, S.38.

⁴⁶ Vgl. WR: Stellungnahme Bereich Agrarwissenschaften, Teil I und II, S.21.

Akademie der Landwirtschaftswissenschaften - AdL

- 1989 beschäftigte die AdL 11.400 Personen bzw. weist 10.800 Vollbeschäftigungsäquivalente aus. Die Zahl des F&E-Personals lag bei rd. 9.100, incl. Geistes- und Sozialwissenschaftlern.⁴⁷ Laut Wissenschaftsrat waren davon rd. 3.300 als Wissenschaftler tätig.⁴⁸ Der WR begutachtete nicht nur die Einrichtungen der AdL, sondern auch unmittelbar die dem Ministerium unterstellten Einrichtungen. Aus diesen Einrichtungen müssen für 1989 nochmals 2.900 Wissenschaftler hinzugezählt werden.⁴⁹ Zwischen Juli 1990 und Januar 1991 berechnen BROCKE/FÖRTSCH einen Personalabbau um rd. 28 Prozent.⁵⁰

Personal	1989	Jan. 1991	Begut. WR
Besch. insgesamt	10.800 ⁵¹	8.141 ⁵²	
F&E Besch. (VbE) nach OECD	9.126 ⁵³		

⁴⁷ Die beiden ersten Angaben: SV-Wissenschaftsstatistik; Stifterverband 1990, S.38 (DDR-Systematik), die letzte: BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.48, Tab. 13.

⁴⁸ WR: Stellungnahme Bereich Agrarwissenschaften, Teil I und II, S.10.

⁴⁹ WR: Stellungnahme Bereich Agrarwissenschaften, Teil I und II, S.10. In seiner Zusammenfassung, S.21, spricht der WR von insgesamt 10.000 Mitarbeitern, "davon etwa 4.000 Wissenschaftler".

⁵⁰ BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.66, wobei die im Text beigebrachten Zahlen eher eine leicht abweichende Prozentuierung nahelegen.

⁵¹ SV-Wissenschaftsstatistik; Stifterverband 1990, S.37.

⁵² BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.60.

⁵³ Incl. Geisteswissenschaften. Vgl. BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.48, Tab.13.

Übersicht 4: Bauakademie

Bauakademie - BA

- Die BA wurde 1951 unter dem Namen 'Deutsche Bauakademie zu Berlin' gegründet, seit 1972 firmiert sie als Bauakademie der DDR. Neben wissenschaftlichen Aufgaben kamen ihr hoheitliche Funktionen zu. Sie unterstand dem Ministerium für Bauwesen.

- 1989 umfaßte die BA 17 Institute bzw. Bereiche.⁵⁴ Nach einer vor der Begutachtung des WR durchgeführten Selbstevaluation wurden 8 Institute/Bereiche aufgelöst.⁵⁵

- 1989 beschäftigte die BA rd. 4.300 Mitarbeiter. In Konsequenz der Selbstevaluation wurde der Mitarbeiterstamm im Januar 1991 auf 1.335 reduziert (-69%). Bis zum Dezember des gleichen Jahres sollten weitere 185 Arbeitsplätze abgebaut werden.⁵⁶

Personal	1989	Jan. 1991	Begut. WR
Besch. insgesamt	4.300	1.335	
F&E Besch. (VbE) nach OECD	3.554 ⁵⁷		1.115 ⁵⁸

Das F&E-System der DDR unterlag prinzipiell der zentralstaatlichen Planung und Leitung. Der hohe Stellenwert, den die Staats- und Parteiführung den F&E-Bereichen zugewiesen hatte, war nicht zuletzt durch die Intention bestimmt, mit Hilfe eines innovationsträchtigen Forschungspotentials insbesondere die ökonomische Entwicklung maßgeblich voranzutreiben bzw. die durch die weitgehende wirtschaftliche Isolation der DDR bedingten ökonomischen

⁵⁴ BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.63, S.64, Schaubild 6, darunter den Zentralbereich/Verwaltungsdirektion und einen Forschungs- und Produktionskomplex. Der Stifterverband nennt ohne Jahresangabe eine Zahl von 14 wiss. Einrichtungen sowie einen Produktionsbetrieb. SV-Wissenschaftsstatistik; Stifterverband 1990, S.38.

⁵⁵ Selbstevaluation unter Beteiligung externer Gutachter, vgl.: BAUAKADEMIE (Hg.), Jan. 1991, STROTHMANN Febr. 1991, zusammenfassend BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.63.

⁵⁶ BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.63.

⁵⁷ Incl. Geisteswissenschaften. Vgl. BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.48, Tab.13.

⁵⁸ DOHNKE u.a. 1992, S.7.

Schwierigkeiten zu kompensieren. Vor diesem Hintergrund lagen die Prioritäten eindeutig im Bereich der angewandten bzw. industrienahen Forschung. Diese Entwicklung verstärkte sich parallel zu den zunehmenden wirtschaftlichen Engpässen etwa ab Mitte der 80er Jahre. Sie kulminierte 1986 im sogenannten "Forschungserlaß", mit dem die staatlichen Forschungseinrichtungen verpflichtet wurden, mindestens 50 Prozent ihrer Aktivitäten einer unmittelbar anwendungsorientierten Forschung für den Wirtschaftsbereich zu widmen. Dies meinte nicht nur die Erarbeitung von umsetzungsfähigen Lösungsvorschlägen für industrielle Probleme, sondern ging bis zur Entwicklung einsatzfähiger Verfahren oder Anlagen. Gegen Ende der 80er Jahre war über die Hälfte des naturwissenschaftlichen und technischen Forschungspotentials der AdW und der Universitäten/Hochschulen vertraglich an Kombinate gebunden.⁵⁹

Die starke Instrumentalisierung und Ausrichtung auch der staatlich geförderten Forschung auf Anwendungsorientierung führte letztlich zu einem Dilemma: Einer Vernachlässigung der Grundlagenforschung, von der damit nur noch in abnehmendem Maße innovationsträchtige Impulse ausgehen konnten, stand eine Funktionalisierung des Personals für die kompensatorische Lösung der durch die technologische Isolation der DDR verursachten Probleme im Industriebereich gegenüber. Dies führte nach NASCHOLD zu einem Niveauverlust der Grundlagenforschung und, im internationalen Vergleich, zu einer 'Nachlufforschung' im Anwendungsbereich.⁶⁰ Nicht zuletzt diese Konstellationen waren mit ein Anlaß für die Diskussion über die dysfunktionale Struktur des Forschungssystems in der ehemaligen DDR insgesamt und die Überkapazitäten in den wesentlich doch für Grundlagenforschung zuständigen Akademien.

Die Beachtung und faktische Bedeutsamkeit, die der Umstrukturierung der öffentlich geförderten Forschung in den neuen Bundesländern zukommt, läßt sich umfassend erst vor dem Hintergrund des rapiden Abbaus von F&E-Potentialen in der Wirtschaft ermesen: Im Wirtschaftsbereich, in dem laut DDR-Systematik rund 70 Prozent aller F&E-Beschäftigten (mehr als 60% VbE nach OECD-Kriterien) arbeiteten, sank deren Zahl derart drastisch, daß sich die Frage stellt, ob nicht den öffentlich getragenen Forschungseinrichtun-

gen zumindest vorübergehend eine kompensatorische bzw. substituierende Funktion zukommen müßte.

Auch für den Wirtschaftsbereich liegen letztlich nur annähernd genaue Zahlen vor. Folgt man der DDR-Systematik, dann waren dort 1989 rund 143.000 Personen (VbE) im F&E-Bereich beschäftigt. Umgerechnet nach OECD-Kriterien ergibt sich danach eine Zahl von rd. 86.000 VbE.

Danach waren dort 1989 rund 86.000 Personen beschäftigt (VbE), darunter 35.335 Wissenschaftler und Ingenieure (41%) und ca. 24.000 Techniker (28,2%).⁶¹ Der massive Einbruch der Wirtschaft in den neuen Bundesländern führte zuerst zu einem Abbau des Personals im nicht-produktiven Bereich, wesentlich eben auch im Bereich von Forschung und Entwicklung. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzte auf einem Workshop im Februar 1991 eine Zahl von etwa 32.700 F&E-Beschäftigten in der Wirtschaft - ein Bestand von nur noch 38,1 Prozent im Vergleich zu 1989. Nach Berechnungen des Instituts für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg (IGW) betrug der Abbau zwischen Dezember 1988 und März 1991 bis zu 66 Prozent. D.h. rund zwei Drittel des F&E-Personals verlor seine Stellen. Erwartet wurde, daß dieser Trend anhält. Das IGW rechnet mit einem Rückgang von ca. 80 Prozent; in einer Fußnote zu den Daten des DIW spricht die AIF bereits für 1991 korrigierend von nur noch 25.000 Beschäftigten, rund 29 Prozent des ursprünglichen Personals.⁶²

Übersicht 5: Wirtschaftssektor

Industrie	75.250	
Land/ Forst/ Nahrung	4.539	
Bauwesen	2.193	
Verkehr	2.736	
Post/ Fernmeldewesen	1.203	
Handel/ Versorgung	.287	
	-----	für Ende 1991 geschätzt:
	86.198 ⁶³	25.000 - 30.000 VbE

⁵⁹ Vgl. die Ausführungen von J. Altenbach in der Anhörung des BT-Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, S. 148; 60 bis 80 Prozent der Forschung - zumindest im technischen Bereich - sei an die Industrie gebunden gewesen; auch: BROCKE/FÖRTSCH 1991, S. 43.

⁶⁰ Vgl. NASCHOLD o.J., S.6 f.

⁶¹ Vgl. BROCKE/FÖRTSCH 1991, S.68.; AIF o.J. (1992) mimeo, S.3.

⁶² Vgl. DIW/MESKE/SCHRAUBER 1991; IGW: Burrichter, C. in 'BT-Auschuß/Anhörung' 1991, S.10; AIF o.J. (1992) mimeo, Anlage 2.

⁶³ Vgl.: BROCKE/FÖRTSCH 1991, S. 47f., S.68 ff.

Die Evaluationen des Wissenschaftsrates

Bereits im Juli 1990, noch vor der parlamentarischen Verabschiedung des Einigungsvertrages, hatte sich der Wissenschaftsrat, auf Aufforderung sowohl der Regierung der DDR, des Bundes und der Länder, zu einer Begutachtung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der damaligen DDR bereit erklärt.¹ Im Einigungsvertrag wurde diese Aufgabe festgeschrieben: "Der notwendigen Erneuerung von Wissenschaft und Forschung unter Erhaltung leistungsfähiger Einrichtungen ... dient eine Begutachtung von öffentlich getragenen Einrichtungen durch den Wissenschaftsrat" Entsprechende nachfolgend aufgeführte Regelungen sollten diese Begutachtungen "sowie die Einpassung von Wissenschaft und Forschung ... in die gemeinsame Forschungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland ermöglichen"².

3.1 Das Verfahren der Evaluation

Zur Durchführung der Begutachtungen und einer nachfolgenden Abgabe von Stellungnahmen richtete der Wissenschaftsrat einen Evaluationsausschuß, neun disziplinär bzw. akademiespezifisch orientierte Arbeitsgruppen und eine Querschnittsarbeitsgruppe zur Umweltforschung ein:

¹ Vgl.: WR: 'Perspektiven' 1990, S.37. Auch: Ders: Stellungnahmen - Allgemeiner Teil - 5.7.1991, Vorbemerkung, S.2; auch: BMFT: 'Deutsche Einheit' 1991, S.9; KRULL, W. in AvH-Magazin 1991, S.33.

² Artikel 38, Ziffer 1 des Einigungsvertrages.

Evaluationsausschuß:

Die Aufgabe des Evaluationsausschusses bestand in der Koordination der Begutachtungsergebnisse und Stellungnahmen zu den einzelnen besuchten Instituten.

Dem Evaluationsausschuß gehörten, neben je zwei Wissenschaftlern aus den einzelnen Arbeitsgruppen, Vertreter der Wissenschaftsorganisationen und der zuständigen Bundes- und Länderministerien an.

Arbeitsgruppen:

Zur Begutachtung der einzelnen Forschungseinrichtungen wurden insgesamt neun Arbeitsgruppen gebildet: sieben fachorientierte und jeweils eine für die Evaluation der Bauakademie und der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften.

Den jeweiligen Arbeitsgruppen oblag die Aufgabe, "die Institute zu besuchen, die Qualität der wissenschaftlichen Arbeit zu bewerten sowie organisatorische und strukturelle Vorschläge für die Weiterführung der als förderungswürdig erachteten Forschungsarbeiten zu unterbreiten."³

In den neun Arbeitsgruppen haben laut WR "mehr als 200 Sachverständige aus allen Teilen Deutschlands sowie aus dem Ausland mitgewirkt", das BMFT nennt die Zahl von 150 Gutachtern.⁴ Obwohl Wert darauf gelegt wurde, daß Wissenschaftler gerade auch aus den neuen Bundesländern in den Evaluierungsgruppen vertreten sein sollten, scheint dies nicht immer der Fall gewesen zu sein.⁵

Die personelle Zusammensetzung der einzelnen Arbeitsgruppen wurde offiziell nicht bekannt gegeben. Ursächlich dafür sei der Schutz der Mitglieder.⁶ Obwohl die Mitarbeiter der besuchten Einrichtungen aufgefordert waren, nach außen keine Informationen über das Verfahren weiterzugeben,⁷ konnte die Zusammensetzung einzelner Evaluierungsgruppen teilweise rekonstruiert werden. Bei sämtlichen Institutsbesuchen war "je ein Vertreter der Bundesregierung und des jeweiligen Sitzlandes" anwesend.⁸

³ WR: 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.7.

⁴ WR: 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.2.; BMFT 'Deutsche Einheit' 1991, S.10.

⁵ Vgl.: BdWi 7/1990,4, S.VIII f.

⁶ Vgl.: 'Die Tageszeitung' - TAZ - vom 25.10.1990.

⁷ Vgl.: ROESNER, J.: Evaluation - wie läuft das? In: BdWi 7/1990,4, S.XVII-XVIII, hier S.XVIII.

⁸ BMFT 'Deutsche Einheit' 1991, S.10.

Arbeitsgruppen:

- Mathematik, Informatik, Automatisierung und Mechanik;
- Geo- und Kosmoswissenschaften;
- Physik;
- Chemie;
- Biowissenschaften und Medizin;
- Wirtschafts- und Sozialwissenschaften;
- Geisteswissenschaften;
- Architektur und Bauen; (Bauakademie);
- Agrarwissenschaften.

Querschnittsarbeitsgruppe Umweltforschung:

"Die Querschnittsarbeitsgruppe Umweltforschung diente vor allem der inhaltlichen Abstimmung zwischen den einzelnen natur- und biowissenschaftlichen Arbeitsgruppen, damit ein entsprechendes Konzept für die Neuordnung dieses wichtigen Forschungsgebiets aus übergeordneter Perspektive entwickelt werden konnte."⁹

In der Evaluation sollten laut dem Einigungsvertrag die wissenschaftlichen, "öffentlich getragenen Einrichtungen" begutachtet werden. Sieht man hier von den Hochschulen ab¹⁰, dann fielen darunter die Einrichtungen der ehemaligen Akademien und verschiedene andere Institute, etwa die den Ministerien der ehemaligen DDR zugeordneten Wissenschaftseinrichtungen.¹¹

Zur Vorbereitung der Institutsbesuche wurde den Einrichtungen ein Fragebogen zugestellt.¹² Die entsprechenden Auskünfte sollten als Grundlage der Institutsbegutachtungen dienen. In sieben umfangreichen Komplexen wurde u.a. gefragt nach

⁹ WR: 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.7.

¹⁰ Die Begutachtungen des WR über die Fachdisziplinen an den einzelnen Hochschulen stehen in dieser Arbeit nicht zur Diskussion.

¹¹ Art. 38 des Einigungsvertrages bezieht sich auf die AdW, die AdL und die Bauakademie. AdL und Bauakademie unterstanden im Gegensatz zur AdW, die dem Ministerrat unterstellt war, den jeweiligen Fachministerien und gelten als Ressorteinrichtungen. Der WR umschreibt in anderem Zusammenhang den Kreis der evaluierten Institute so: AdW, BA, AdL "sowie die in die Begutachtung einbezogenen Ressortforschungseinrichtungen". (WR 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.28.) Verschiedene andere Einrichtungen wurden nicht evaluiert - so etwa die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften oder die der Künste in Berlin. Beide Einrichtungen sind nicht Gegenstand des Art. 38 und wurden nach unterschiedlichen Prozeduren, jedoch ohne Evaluation abgewickelt. Vgl.: DOHNKE u.a., S. 1, Fußnote 1. In der Akademie der Künste wurden lediglich die Forschungs- und Editionsabteilungen begutachtet. Vgl. WR: Stellungnahme zu den Forschungs- u. Editionsabteilungen 1991.

¹² Abdruck in: BdWi 7/1990,4, S.VII

- den gegenwärtigen Aufgaben und Tätigkeiten der Institute und nach den Veränderungen dieser Aufgaben in den letzten fünf Jahren bzw. seit der politischen Wende;
- der Forschungsorganisation und den Forschungsplanungsmodalitäten innerhalb der Institute bzw. auch nach bisherigen weisungsbefugten oder bewertenden Instanzen, den Forschungsadressaten und den (Dritt-)Mittelgebern; schließlich nach der Häufigkeit und den Orten von Veröffentlichungen;
- der Personalausstattung und der Stellung des wissenschaftlichen Nachwuchses;
- der Ausstattung und Finanzierung der Einrichtungen;
- der Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Forschungseinrichtungen bzw. Hochschulen;
- der wahrgenommenen Resonanz bzw. Akzeptanz der Forschungsergebnisse in der Fachöffentlichkeit;
- den institutsinternen Planungen und Perspektiven für die weitere Arbeit bzw. die "Fortführung Ihrer Einrichtung".

Zwischen Ende September 1990 und Ende Juni 1991 wurden insgesamt "über 130 Einrichtungen besucht"¹³. Der Verlauf der Institutsbesuche orientiert sich, so der WR, an bewährten Abläufen bei ähnlichen Begutachtungen.¹⁴

Neben einem zusammenfassenden 'Allgemeinen Teil'¹⁵ wurden weitere neun Empfehlungsberichte zu den einzelnen Fachbereichen der AdW, bzw. jeweils einer zur Bauakademie und zur Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (AdL)¹⁶ verabschiedet. Hinzu kamen Empfehlungen zur Umweltforschung und zur Aufnahme von Serviceeinrichtungen, zum Teil Abteilungen der ehemaligen AdW, in die Blaue Liste.

Der Aufbau der einzelnen Stellungnahmen folgt weitgehend einem einheitlichen Schema: In einem ersten Teil folgen nach einer kurzen Beschrei-

¹³ WR: 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.7.

¹⁴ "Gespräch mit den leitenden Wissenschaftlern, Gespräche mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern an ihren Arbeitsplätzen, Gespräche mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern ohne die leitenden Wissenschaftler, abschließendes Gespräch mit den leitenden Wissenschaftlern, Gutachterklausur." WR: 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.8.

¹⁵ Der 'Allgemeine Teil' liegt in zwei Fassungen vor. Verabschiedet am 5.6.1991 (Ders. 320/91), wurde er am 27.9.91 um Aussagen zu den agrarwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen ergänzt (Ders. 400/91).

¹⁶ Vgl.: Literaturübersicht 'Stellungnahmen'. Die Stellungnahmen zu den Einrichtungen der AdL sind oben nur einmal mitgezählt, tatsächlich handelt es sich um vier einzelne Berichtsbände: Ders. 396/91, 387/91, 398/91, 399/91.

bung der Situation im entsprechenden Fachgebiet 'allgemeine' oder 'übergreifende' Empfehlungen. Hier werden insbesondere die von den jeweiligen Arbeitsgruppen empfohlenen neuen fachlichen Organisationsstrukturen erläutert und begründet und die neu zu gründende Einrichtung beschrieben.

Ein zweiter Teil enthält die Berichte und Empfehlungen zu den einzelnen besuchten Instituten. Beschrieben werden in der Regel die bisherigen und derzeitigen Arbeitsgebiete und Forschungsschwerpunkte mitsamt den institutionellen bzw. organisatorischen Einbindungen und Personalstärken. Hinzu kommen Angaben über die seit 1989 in den Einrichtungen vorgenommenen inhaltlichen, organisatorischen und personellen Veränderungen und die von den Instituten selbst entwickelten Planungen für die zukünftige Arbeit. Die Berichtsteile schließen mit Empfehlungen zur Fortführung oder Einstellung der verschiedenen Forschungsthemen und zu einer eventuellen Umsetzung der Forschungsgruppen in neue organisatorische Zusammenhänge.

3.2 Ziele und Kriterien der Evaluation

Die Frage nach den der Evaluation zugrundeliegenden Kriterien nannte der Vorsitzende des WR, Simon, ein "wirklich ... delikates Thema"¹⁷. In der Tat finden sich in den entsprechenden Ausführungen des WR keine expliziten Angaben zu denjenigen Kriterien, die den einzelnen Begutachtungen als prüfungsrelevante Größen gedient haben könnten. Unabhängig davon, ob solche Kriterien überhaupt entwickelt worden sind oder der Kompetenz der jeweiligen Gutachter anheimgestellt wurden, stellt sich für eine Beurteilung der Stellungnahmen und Empfehlungen doch die Frage nach den dem Verfahren zugrundeliegenden Maßstäben.

Eine Rekonstruktion solcher Kriterien macht es notwendig, zuerst die im Artikel 38 Einigungsvertrag vorgegebenen Zielgrößen zu operationalisieren, ergänzend dazu die offensichtlich als für das Verfahren relevant erachteten Fragestellungen in dem den Einrichtungen zugestellten Fragebogen heranzuziehen und diese dann mit den Ausführungen in den einzelnen Stellungnahmen abzugleichen.

Die dem Text des Einigungsvertrags entnommenen Begriffe 'Erneuerung', 'Erhaltung' und 'Einpassung' kennzeichnen die den Begutachtungen zugrundeliegenden Zielgrößen: Um eine als 'notwendig' apostrophierte Erneuerung von Wissenschaft und Forschung im Beitrittsgebiet vorzubereiten, sollte der WR die entsprechenden öffentlich getragenen Einrichtungen begutachten, leistungsfähige und erhaltenswerte Potentiale identifizieren und Vorschläge zu

¹⁷ Vgl.: 'BT-Ausschuß/Anhörung 25.09.1991', S.72f.

deren Einpassung in eine gemeinsame, gesamtdeutsche Forschungslandschaft unterbreiten.¹⁸

Neben der Interpretationsmöglichkeit und -notwendigkeit der je einzelnen Begriffe liegt ein zusätzliches Problem in der wechselseitigen definitorischen Abhängigkeit dieser Begrifflichkeiten voneinander bzw. auch im dazu notwendigen Rekurs auf vorgeordnete Sachverhalte.

3.2.1 Erneuerung

Will man den Begriff der 'Erneuerung' nicht als wohlfeile Floskel verstehen, dann zielt er auf zumindest drei Ebenen ab:

- auf die einer Erneuerung von Wissenschaft und Forschung unter veränderten allgemeinpolitischen, wissenschafts- und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen,
- auf eine fachwissenschaftlich-inhaltliche Ebene und schließlich
- auf eine Erneuerung der Organisationsformen wissenschaftlicher Einrichtungen samt der entsprechenden infrastrukturellen Umgebung.

Aus den auf der ersten Ebene angesprochenen *allgemeinpolitischen Zielgrößen* dürfte für die Evaluation nur eine begrenzte Anzahl konkreter Prüfkriterien ableitbar sein: Demokratisierung und institutionell zu verankernde Freiheit von Forschung und Lehre sind Postulate, deren Durchsetzung über andere Instrumente als das einer derartigen Evaluation zu gewährleisten ist.¹⁹ Hier wären allenfalls weiterhin bestehende Defizite zu konstatieren und eine Revision anzumelden. Konkrete Berücksichtigung dürften solche Momente u.U. als implizite Strukturelemente neu zu etablierender Organisationsformen gefunden haben. Darauf könnten zumindest die in den Befragungsbögen gestellten Fragen nach der Zusammensetzung der Leitungsgremien und den Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitarbeiter hindeuten.²⁰

¹⁸ Vgl. auch BMFT 'Deutsche Einheit 1991, S.8, MESKE in: 'Utopie kreativ' 1991, S. 44. Grundsätzlich zum § 38 Einigungsvertrag auch STOEHR in BURRICHTER/FOERTSCH (Hg.) 1991.

¹⁹ Auch wenn der WR in verschiedenen Zusammenhängen die 'institutionell verankerte Autonomie der Grundlagenforschung', die 'pluralistische Struktur von Wissenschaft und Forschung' etc. als übergeordnete Ziele einer Reorganisation benennt. Vgl. WR 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.4; WR 'Perspektiven' 1990, S.7.

²⁰ Vgl. Fragebogen, Abschnitt II, Frage 5. In verschiedenen Einzelempfehlungen werden auch die seit der politischen Wende in diese Richtung erfolgten Umstrukturierungen beschrieben. Vgl. z.B. Stellungnahmen zur Sektion Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie und Sozialpolitik, S.52.

Aus dem Erneuerungspostulat lassen sich unter *wissenschafts- und ordnungspolitischen Gesichtspunkten* jedoch mehrere, die Evaluation durchaus steuernde Kriterien ableiten: Folgt man den Aussagen des WR, dann kommt etwa der erneuten und verstärkten Ansiedlung der Grundlagenforschung an den Hochschulen höchste Priorität zu. "Wenn irgend möglich und sinnvoll", so der WR im Allgemeinen Teil seiner Stellungnahmen²¹, "empfiehlt der Wissenschaftsrat die Integration einzelner Wissenschaftler und Arbeitsgruppen in die Hochschulen." Bei dieser Intention, möglichst viele bisher in Einrichtungen der Akademien verortete Forschungspotentiale an die Universitäten zurückzuführen, müßte die Prüfung dieser Möglichkeit eines der wichtigsten Kriterien der Evaluation sein. Komplementär wäre in der Evaluation zu prüfen, welche vorrangig anwendungsbezogenen Forschungspotentiale aus der öffentlichen Förderung zu entlassen und dem Bereich der Privatwirtschaft zu überantworten sind. Insgesamt, so der WR, stellt sich die Aufgabe, zwischen Hochschulforschung, neu zu organisierender außeruniversitärer, öffentlich geförderter Forschung und Industrieforschung ein ausgewogenes Verhältnis herzustellen bzw. zwischen den Hochschulen und den neuen außeruniversitären Forschungseinrichtungen Wettbewerbsbedingungen zu installieren.²² Bei den Begutachtungen und Empfehlungen zu den einzelnen Einrichtungen sind daher immer auch übergeordnete Aspekte einer Neustrukturierung der gesamten Forschungslandschaft - Kompetenz und Effizienz - mit zu berücksichtigen.

Aus diesem Kontext müßte sich zumindest mittelbar ein weiteres, u.E. wesentliches Kriterium der Evaluation ableiten: Wenn der WR wiederholt die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung auch für die wirtschaftliche Entwicklung betont²³, dann wäre bei dem hohen Anteil anwendungsbezogener Akademieforschung und der teilweise engen Verbindung zur Wirtschaft darauf zu achten, daß in der momentanen historischen Situation gerade diese Austauschbeziehung nicht unangemessen zerstört oder unterbrochen wird. Zu fragen wäre, ob unmittelbar wirtschaftlich innovationsträchtige Forschungspotentiale aus der öffentlichen Förderung dann entlassen werden können, wenn

²¹ WR 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.12, dort auch an anderer Stelle, z.B. S.10.

²² Vgl.: WR 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.11; auch BMFT 'Deutsche Einheit' 1991, S.11.

²³ Mittel- und langfristiges Ziel muß es sein, so der WR, die Rahmenbedingungen eines gesamtdeutschen Wissenschafts- und Forschungssystems so zu gestalten, "daß es ... als treibende Kraft für die Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im europäischen Verbund dienen kann". WR: 'Perspektiven', S.6. Vgl. auch WR: 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.12: Der WR unterbreitet eine Reihe von Vorschlägen für neue Institute, "die schon bald einen wesentlichen Beitrag zum Aufbau des wirtschaftlichen ... Lebens auf dem Gebiet der ehemaligen DDR leisten werden."

die zuständige Wirtschaft aufgrund der derzeitigen Finanzschwäche einen Weiterbestand nicht sicherstellen kann.²⁴

Schließlich dürfte die neue föderale Struktur im Beitrittsgebiet - und die daraus resultierenden administrativen Neuregelungen - der Evaluation weitere Kriterien vorgegeben haben. Zu erwähnen wären hier zumindest zwei Aspekte: Zum einen die regionale Ausgewogenheit in der Neuordnung der Forschungslandschaft und zum anderen die Belastungsmöglichkeiten der neuen Länder in der Finanzierung der ihnen zur Übernahme oder Einrichtung empfohlenen Forschungseinrichtungen.

Die Aufgabe einer *fachinhaltlichen Erneuerung* zielt auf eine Sicherstellung entsprechender wissenschaftlicher Qualitätsstandards ab. Dabei sind auch Kriterien zu sondieren bzw. Veränderungen zu empfehlen, die die internen und externen Rahmenbedingungen und Strukturen der fachwissenschaftlichen Arbeiten berühren. Genannt seien hier nur zwei Aspekte: Zum einen die Sicherstellung einer wissenschaftlich-inhaltlichen Autonomie der Arbeiten durch den Ausschluß externer Steuerungsmechanismen. Zum anderen wäre weiterhin eine u.U. notwendige inhaltliche Neuschneidung wissenschaftlicher Arbeitsbereiche nicht nur nach fachlichen, sondern insbesondere nach forschungstechnisch differenzierten Aufgabenstellungen zu prüfen. Wie in den Evaluationsberichten oft hervorgehoben, waren die Akademieeinrichtungen häufig lediglich nach groben Wissenschaftsgebieten strukturiert und versammelten unter einem Dach Forschungsgruppen mit ansonsten durchaus heterogener wissenschaftlicher Ausrichtung.²⁵

Die *Erneuerung der organisatorischen Strukturen* fordert eine Begutachtung der Einrichtungen sowohl unter dem genannten Aspekt der inhaltlichen Neuschneidung als auch unter den weiter vorstehend skizzierten Vorgaben einer umfassenden Neuordnung der gesamten Forschungslandschaft unter wissenschafts- und ordnungspolitischen Aspekten. Gleichzeitig steht eine Evalua-

²⁴ Dieses Postulat widerspricht u.U. allerdings dem Subsidiaritätsprinzip öffentlicher Forschungsförderung. Auch soll prinzipiell nicht in Frage gestellt werden, daß unmittelbar anwendungsbezogene F&I-Arbeiten, die sich nicht zuletzt am Rentabilitätskalkül der Wirtschaft zu orientieren haben, auch in diesem Bereich anzusiedeln sind. Bei der besonderen wirtschaftlichen Situation auf dem Gebiet der ehemaligen DDR - einer Wirtschaft, die weitgehend noch nicht in der Lage ist, entsprechende Forschungen selbst zu finanzieren, andererseits aber auf innovationsträchtige F&E angewiesen ist, um rasch den Anschluß an eine internationale Wettbewerbswirtschaft zu finden - müßte hier eine abwägende Beurteilung gefordert werden. Vgl. dazu ähnlich auch: BDI: 'Stellungnahme' 1991, S.6. In den Stellungnahmen zu einzelnen Forschungsgebieten hat man den Eindruck, daß solche Überlegungen durchaus eine Rolle spielten (z.B. Stellungnahmen Physik). Andererseits finden sich auch relativ schroffe Zurückweisungen solcher Überlegungen. Vgl. Stellungnahmen Chemie, S.7 f.

²⁵ Vgl. WR: 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.8.

tion der Einrichtungen unter diesem Gesichtspunkt in enger Verbindung zu der zu prüfenden 'Einpassung' der neu zu gliedernden Einrichtungen in die gesamtdeutsche Wissenschafts- und Forschungsstruktur. So wären etwa die zu begutachtenden Einrichtungen auf ihre Kompatibilität zu den veränderten wissenschafts- und ordnungspolitischen Bedingungen zu prüfen, neu zur Gründung empfohlene Einrichtungen sind entsprechend anzulegen.

Im Zusammenhang mit der Forderung nach 'Einpassung' läßt sich auch schlußfolgern, daß ad hoc nur solche Organisationsformen rekonstruiert oder im Rahmen von Neugründungen empfohlen werden können, die den vorhandenen bzw. möglichen Förderungs- und Finanzierungsmodalitäten wissenschaftlicher Einrichtungen im Bundesgebiet entsprechen. Vice versa ließe sich die Behauptung aufstellen, daß zuletzt eben diese Finanzierungs- und Förderungsmöglichkeiten und die sich als adäquat eingebürgerten Organisationsformen auch das Spektrum der von den Evaluatoren avisierten neuen Organisationsstrukturen bestimmen.²⁶

Unter dem Gesichtspunkt der organisatorischen Erneuerung ist auch die Entsprechung zwischen wissenschaftlicher Aufgabenstellung, organisationsinterner Struktur und organisatorischer Anbindung der jeweiligen Einrichtungen zu prüfen bzw. neu zu gestalten. D.h.: Mit Rücksicht auf die bisherigen bzw. absehbaren Forschungsadressaten muß die angemessene Ansiedlung der jeweiligen Forschungsvorhaben - Hochschule, außeruniversitäre Einrichtung, mit welcher Trägerschaft etc. - jeweils neu bestimmt werden.²⁷ Weiterhin sind die aufgabenadäquate personelle Ausstattung, das Verhältnis von Dauerstellen und befristeten Anstellungsverhältnissen und nicht zuletzt die apparative Ausstattung zu prüfen bzw. entsprechende Empfehlungen hinsichtlich der neuen Einrichtungen auszusprechen.

²⁶ Daß dies letztlich der Fall war, läßt sich leicht erkennen, wenn man die Palette der empfohlenen Einrichtungstypen Revue passieren läßt. Im einzigen Fall, in dem davon abgewichen wurde, den 'Wissenschaftsparks', blieb die Umsetzung problematisch (Vgl. Kap. 5.1). Vgl. dazu auch den WR selbst - S.8 der 'Allgemeinen Stellungnahmen': "Auch konnten Vorschläge und Initiativen (sc. der bestehenden Einrichtungen) für Neugründungen vielfach nicht aufgegriffen werden, weil sie nicht mit den jeweiligen Kriterien für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen vereinbar waren."

²⁷ Entsprechende Fragestellungen finden sich bereits in dem den Institutsbesuchen vorausgeschickten Befragungsbogen. Hier wird eine anteilmäßige Kategorisierung der Institutsarbeiten nach Zugehörigkeit zur Grundlagenforschung, Entwicklungsarbeit, Auftragsarbeit etc. verlangt. Vgl.: BdWi 7/1990,4, S.VII.

3.2.2 Erhalt leistungsfähiger Einrichtungen

Die Identifizierung leistungsfähiger und damit erhaltenswerter Einrichtungen durch die Evaluatoren verlangt zuerst eine Beurteilung der einzelnen Institute unter fachwissenschaftlichen Gesichtspunkten. Aus den Stellungnahmen des WR zu den einzelnen Einrichtungen und unter Berücksichtigung der den Instituten vorab zugestellten Erhebungsbögen lassen sich zumindest folgende Kriterien rekonstruieren:

- Der Standard, die Originalität und innovative Ausrichtung der Forschungsthemen und deren Bearbeitungsmodalitäten im Vergleich zu in- und ausländischen Forschungseinrichtungen mit affinen Arbeitsschwerpunkten.²⁸ Eine solche Bewertung rekurriert auf die Expertise der begutachtenden Wissenschaftler.
- Es kamen allerdings auch quantifizierbare Kriterien zur Anwendung: Art und Häufigkeit der Kontakte zur Fachöffentlichkeit bzw. Kooperationen und Arbeitsbeziehungen im internationalen Rahmen. Weiterhin wurden erfragt bzw. vermerkt die Teilnahme an Fachtagungen, die Zuziehung zu gutachterlichen Stellungnahmen, die Anzahl der Patentanmeldungen, die Publikationshäufigkeit der Institutsangehörigen und die entsprechenden Veröffentlichungsorte etc. - offensichtlich also die Indikatoren für wissenschaftliches Renommee. Zusammenfassend wurde im oben erwähnten Erhebungsbogen nach der wahrgenommenen wissenschaftlichen Resonanz der Fachöffentlichkeit auf Arbeitsergebnisse und Veröffentlichungen des jeweiligen Instituts erfragt.²⁹
- In die Beurteilung einbezogen wurde weiterhin die Infrastruktur und die apparative Ausstattung der Institute bzw. die Attraktivität dieser Infrastruktur (Bibliothek, Archive, Großgeräte) für andere Wissenschaftler.

So gängig solche Bewertungskriterien auch sein mögen, finden sie doch eine Beschränkung in der besonderen Situation der Einrichtungen: In einer Vielzahl von Einrichtungen, insbesondere im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich, unterlagen die Forschungsergebnisse der Geheimhaltung, bzw. der Staat verfügte über die weitere Verwertung der Ergebnisse. Hinzu kam der eingeschränkte Zugang der meisten DDR-Wissenschaftler zur internationalen Fachwelt, ihre Beschränkung auf die RGW-Staaten. Unter diesen Umständen dürften viele der oben vorgestellten Indikatoren für wissenschaftliche Reputation und Leistungsfähigkeit - etwa Veröffentlichungen, Resonanz in der

Fachöffentlichkeit, Teilnahme an Tagungen und Mitarbeit in internationalen Arbeitszusammenhängen - nur bedingt aussagefähig sein.

Dies war dem WR durchaus bewußt. Nach Aussagen des WR-Vorsitzenden Simon wurden daher die Anwendungsmöglichkeiten der oben explizierten Kriterien in der internen Gutachterdiskussion oder im Gespräch mit den Betroffenen jeweils geklärt. Dennoch scheint die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen im wesentlichen nach den bisherigen, unter problematischen Bedingungen erarbeiteten Ergebnissen beurteilt worden zu sein. Als im Hearing vor dem Bundestagsausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung der Abgeordnete Haschke nach den Kriterien der Evaluation fragte und dabei seinen Eindruck schilderte, "... daß es nach dem Ist-Zustand der betroffenen Institutionen ging und dabei die Potenzen, die darin liegen, für meine Begriffe sträflich vernachlässigt werden", mußte Simon diese Annahme bejahen: "Natürlich haben wir - es kann meiner Ansicht nach gar nicht anders sein - den Ist-Zustand evaluiert." "Potentiale" zu evaluieren, so Simon weiter, hieße, Prognosen über Möglichkeiten aufzustellen, was 'unzuverlässig' und wissenschaftlich daher nicht opportun sei. Wissenschaftler hielten sich lieber an das, was vorliege, "weniger an das, was möglicherweise vorliegen könnte, wenn sich die Dinge änderten"³⁰.

Die Identifikation in diesem Sinne leistungsfähiger und damit erhaltenswerter Einrichtungen will der WR, dem Gesetzestext entsprechend, jedoch nicht mit einer Bewertung der wissenschaftlichen Qualitäten des Forschungspersonals gleichgesetzt sehen. Zwar wird das Niveau einer Forschungseinrichtung nicht von den personellen Exzellenzen des involvierten Personals abstrahieren können, zu beachten sei jedoch, "daß die Empfehlungen ... primär auf einer institutionellen Evaluation beruhen, nicht auf einer personenbezogenen Einzelbegutachtung"³¹. Wenn positive Empfehlungen ausgesprochen würden, dann bezögen sich diese daher immer auf die Fortführung von Forschungsschwerpunkten oder Projekten, nicht aber auf die weitere öffentliche Förderung von einzelnen qualifizierten Wissenschaftlern.

3.2.3 Einpassung

Wie bereits erwähnt, stehen die die Evaluation leitenden Begrifflichkeiten des Gesetzestextes in einem bedingenden Verhältnis zueinander. Dabei mag der

³⁰ Vgl. zu allen Aussagen und Zitaten dieses Abschnittes 'BT-Ausschuß/Anhörung 25.09.1991', S.70, S.73.

³¹ WR: 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.27; und er fährt fort: "Empfehlungen zur Fortführung von Arbeitsgebieten sind daher nicht gleichzusetzen mit der Empfehlung zur Übernahme aller bisher in diesen Arbeitsgebieten beschäftigten Mitarbeiter."

²⁸ Vgl.: WR 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.9, auch 'Fragebogen', BdWi 7/1990,4, S.VII, z.B. Fragen 19 und 20.

²⁹ Vgl. 'Fragebogen', BdWi 7/1990,4, S.VII, Frage 20.

Nachweis der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit sicherlich eine unabdingbare Voraussetzung für eine positive Beurteilung sein - die Empfehlung zum Erhalt einer Einrichtung und zu ihrer weiteren Organisationsform hängt aber wesentlich auch davon ab, ob sich die jeweiligen Vorhaben fachinhaltlich wie organisatorisch dem avisierten gesamtdeutschen Forschungs-, aber auch Forschungsförderungssystem fügen. Was 'leistungsfähig' und 'erhaltenswert' ist, wird letztlich von seiner Integrationsmöglichkeit und -fähigkeit bestimmt.

Zur Konkretisierung der Begrifflichkeiten im Rahmen der Evaluation gehört daher vorgängig eine Vorstellung über die Strukturen und Perspektiven der zukünftigen Forschungslandschaft - es sei denn, daß als Matrix einer "Einpassung" das selbst nicht zur Disposition stehende bisherige westdeutsche System dient. Theoretisch bestanden beide Alternativen, in der Diskussion war und blieb der Begriff strittig, im Effekt blieb es bei einer Sondierung nach westdeutschem Vorbild.

Noch im Juli 1990 hatte der Wissenschaftsrat grundsätzlich für eine umfassende Neuordnung plädiert: Es könne nicht "einfach" darum gehen, "das bundesdeutsche Wissenschaftssystem auf die DDR zu übertragen." Der Prozeß der Vereinigung biete auch für die bisherige Bundesrepublik die Chance, "selbstkritisch zu prüfen, inwieweit Teile ihres Bildungs- und Forschungssystems der Neuordnung bedürfen"³². Ähnlich, wenn auch in der Konsequenz abschwächend, wird später auch in dem die Evaluationen zusammenfassenden 'Allgemeinen Teil' der Stellungnahmen argumentiert: Auch wenn die Evaluatoren häufig "institutionelle Lösungen" empfohlen hätten, die sich in der Bundesrepublik Deutschland bewährt hätten, bedeute dies nicht, "daß das Kriterium der 'Einpassung' für den Wissenschaftsrat lediglich als Übertragung der in den alten Ländern entwickelten Strukturen auf die neuen Länder zu verstehen" sei. Im Gegensatz zum früheren Text sieht man im Vereinigungsprozeß der beiden Wissenschaftssysteme jetzt jedoch nur noch die Chance, die "strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen" einer späteren Weiterentwicklung zu schaffen. Die selbstkritische Überprüfung und Revision als Zielvorstellung wird, so der WR, "im vereinten Deutschland nur mittelfristig zu erreichen sein"³³, ist also der Evaluation zeitlich nachgeordnet. Im Hinblick darauf ist die Evaluation lediglich so anzulegen, daß sie die Optionen auf eine solche Erneuerung nicht unmöglich macht.

Schlußfolgernd bedeutet dies aber auch, daß zum Zeitpunkt der Evaluation der alternative Entwurf eines 'neuen' gesamtdeutschen Wissenschafts- und Forschungssystems (noch) nicht derart präsent war, daß daraus Kriterien für

³² WR 'Perspektiven' 1990, S.6.

³³ WR 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.5f.

die Empfehlungen zu den einzelnen begutachteten Instituten hätten abgeleitet werden können. Die Strukturen und Organisationsformen von Wissenschaft und Forschung in den alten Bundesländern bleiben damit weithin das einzige konkrete Prüfkriterium für die Evaluationen und Empfehlungen.

Dies wird zum einen bei einer Analyse der abgegebenen Einzelempfehlungen deutlich, geht aber auch aus eher allgemeinen Passagen der Gesamtempfehlungen hervor und wird an verschiedenen Stellen explizit ausgesprochen. Die Evaluation müsse u.a., so die Stellungnahme zum Bereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, "das System der Organisation von Wissenschaft in der Bundesrepublik nicht als alleinige, aber doch als wichtigste Zielgröße vor Augen haben"³⁴.

Für die Begutachtungen resultieren aus dem Begriff der 'Einpassung' damit folgende Kriterien:

- Die Einrichtungen sind auf die Möglichkeit einer Überführung in solche Organisationsformen zu prüfen, wie sie im Wissenschaftssystem der alten Bundesländer eingebürgert sind. Diese Organisationsformen definieren ebenfalls das Spektrum der zur Neugründung empfohlenen Einrichtungen. Implizit ist damit auch ein Orientierungsrahmen für die infrastrukturelle und personelle Ausstattung vorgegeben.
- Die Einrichtungen müssen dem bestehenden Wissenschaftsförderungssystem kompatibel sein oder entsprechend neu organisiert werden.
- Bei den bislang getrennten Forschungssystemen besteht die Möglichkeit, daß zwei Institute, einmal in der ehemaligen DDR, einmal in der bisherigen BRD, gleiche oder ähnliche Forschungsthemen bearbeiten. Sollten sich hier nicht sinnvolle Ergänzungsmöglichkeiten abzeichnen, ist die Empfehlung zum Abbau solcher Doppelforschung naheliegend. 'Einpassung' kann so auch Ausgrenzung von Überkapazitäten bedeuten.³⁵

³⁴ WR: Stellungnahme Sektion Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, S.4. Vgl. auch die oben bereits angeführte Bemerkung in den Allgemeinen Stellungnahmen, daß Vorschläge der begutachteten Institute für eine Umsetzung nicht aufgegriffen werden konnten, weil sie nicht mit den (westdeutschen) Kriterien für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen vereinbar waren. 'Allgemeine Stellungnahmen' 1991, S.8. Vgl. auch weiter oben (Kap. 2.1) die Ausführungen von STOEHR, auch die vom BdWi aufgeführten Zitate des WR-Vorsitzenden Simon und des Präsidenten der Fraunhofergesellschaft (PhG), Syrbe. BdWi 7/1990,4, S.III.

³⁵ In der Regel kommt es in solchen Fällen zu einer 'Zusammenführung' entsprechender Einrichtungen, verbunden mit einer Personalreduktion - meist in östlichen Einrichtungen. Ein solcher Prozeß muß nicht immer unmittelbar und rigide sein: Bei der PhG etwa, wo mit der Übernahme einzelner Arbeitsgruppen nun ein 'zunehmender Überlappungsgrad' in den Akquisitionsfeldern der einzelnen Fh-Einrichtungen konstatiert wird, sollen in Diskussionen 'geeignete organisatorische Maßnahmen' entwickelt werden, um die "notwendig werdenden Abstimmungs- und Profilierungsprozesse zwischen den einzelnen Instituten und Einrichtungen zu fördern". Vgl. BMFT 'Deutsche Einheit' 1991, S.19.

- Auch zwischen Forschungskapazitäten und möglichen 'Forschungssegmentnutzern' ist ein ausgewogenes Verhältnis herzustellen. Vorhandene Überkapazitäten müssen abgebaut werden. Ein unmittelbares Beispiel wird vom WR-Vorsitzenden Simon angeführt. Daß der Bereich der Agrarwissenschaften auf etwa ein Viertel schrumpfen soll, hänge keineswegs damit zusammen, daß alle Agrarwissenschaftler "so absolut unfähig gewesen sind, daß nur ein Viertel übrigbleiben kann." Dies sei lediglich darauf zurückzuführen, daß Deutschland eben kein Agrarland sei. Gewisse Prioritäten, die in der DDR gesetzt worden seien, könnten so eben nicht übernommen werden. Solche Überlegungen seien sicherlich auch in die Empfehlungen des WR eingegangen.³⁶

3.3 Zur Kritik des Verfahrens

Einwände gegen das Verfahren der Evaluation wurden von verschiedenen Seiten erhoben. Im wesentlichen bezweifelte die Kritik die grundsätzliche Angemessenheit des Verfahrens und dessen methodische Anlage, schließlich auch die Art und Weise der Durchführung. Die nachfolgenden Punkte folgen weitgehend der Argumentationslinie des 'Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler'.³⁷

- Auch wenn die Bewertung wissenschaftlicher Leistungen in einem evaluativen Verfahren durchaus üblich sei, unterscheide sich die Begutachtung der ehemaligen DDR-Einrichtungen qualitativ doch erheblich von solchen Verfahren durch die zugrundeliegenden und das methodische Vorgehen steuernden Intentionen. In der Regel handele es sich bei den bisherigen Evaluationen um Maßnahmen zur schrittweisen Optimierung im Rahmen eines bestehenden Wissenschaftssystems. Im Gegensatz dazu diene die WR-Begutachtung als Instrument zur schnellstmöglichen 'Transformation' eines Systems, es gehe "... um die Frage, ob Elemente eines alten Systems in ein neues System übernommen werden können, ob und inwieweit sie passfähig sind."³⁸
- Aus dieser Konstellation ergäben sich für eine Evaluation jedoch grundlegende Probleme. Möglich sei einmal eine 'ex-post', dann auch eine 'ex-ante-Evaluation'. Im ersten Fall würden nachträglich die - unter den bereits von

³⁶ 'BT-Ausschuß/Anhörung 25.09.1991', S.72f.

³⁷ BdWi 7/1990,4, S.Vff. Vgl. ähnlich auch ÖTV (Hg.): Durch Wissenschaft Zukunft gestalten. Juni 1991, S.7 ff.

³⁸ BdWi 7/1990,4, S.VI.

- vorneherein als negativ ausgemachten Bedingungen der ehemaligen DDR - erbrachten wissenschaftlichen Leistungen bewertet, nach Maßstäben, die durch die Standards des westlichen Systems gesetzt seien. In der 'ex-ante-Evaluation' müßten Vorhaben und Pläne beurteilt werden, ein Verfahren, das der WR für nicht opportun erklärt hatte.³⁹
- Möglich sei schließlich auch die Einbringung einer 'systemtranszendierenden' Größe in das Verfahren, mithin eine in gemeinsamer Diskussion entwickelte Zielvorstellung über das Zusammenwachsen beider Systeme und über die letztendlichen Inhalte und Strukturen einer späteren, umfassenden Wissenschafts- und Forschungslandschaft. Eine solche Zielvorstellung sei aber nicht entwickelt worden.
- Damit bleibe es letztlich bei einer fragwürdigen, undemokratischen 'ex-post-Evaluation', in der der Versuch unternommen werde, den Nutzen des wissenschaftlichen Personals in den neuen Bundesländern für das in der alten Bundesrepublik eingebürgerte Wissenschaftssystem zu überprüfen.⁴⁰
- Dies sowie die dem Verfahren vorgegebene kurze Zeitspanne und nicht zuletzt die engen finanziellen Möglichkeiten der neuen Bundesländer führten dazu, daß "im Ergebnis ... das Wissenschaftssystem der alten DDR auch auf Kosten einer zum Teil erhaltenswerten Wissenschaftskultur beseitigt ..." werde, d.h. erhaltenswerte Potentiale und Ressourcen verlorengingen.⁴¹
- Bemängelt wird weiterhin die zum Teil nicht optimale Zusammensetzung der begutachtenden Gruppen. Trotz der angekündigten Einbeziehung ostdeutscher Wissenschaftler sei dies nachgewiesenermaßen nicht bei allen Besuchen der Fall gewesen. In zumindestens einem Fall fehlten für spezielle Arbeitsbereiche kompetente Gutachter, so daß eine fachliche Bewertung nur eingeschränkt möglich gewesen sei.⁴²

Die gegen das Verfahren vorgebrachten Einwände sind in sich durchaus schlüssig und evident. Eine gewichtige Bestätigung finden sie allein schon dadurch, daß vom WR selbst zwar einerseits die bloße Übertragung des west-

³⁹ Vgl. oben die Aussagen von Simon in Kap. 3.2.2. In den Stellungnahmen zu einzelnen Fachgebieten werden, wenn auch selten, projektive Vorhaben als Kriterium für eine empfohlene Weiterförderung herangezogen - auch wenn solche Empfehlungen dem Tenor nach bisweilen zwiespältig klingen ("Vertrauensvorschuß"). Vgl. WR: Sektion Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, S.83, 1. Abschnitt.

⁴⁰ ÖTV (Hg.): Durch Wissenschaft Zukunft gestalten. Juni 1991, S.8.

⁴¹ ÖTV (Hg.); a.a.O.

⁴² BdWi 7/1990,4, S.VIIIff.; CAR, P.: Zur Evaluation des Zentralinstituts für Elektronenphysik. In: BdWi 7/1990,4, S.XIX.

deutschen Systems auf die ehemaligen DDR-Einrichtungen immer wieder als nicht wünschenswert bezeichnet wird, andererseits aber der Entwurf einer die Strukturen beider Systeme integrierenden Konzeption und Verfahrensweise ausblieb. Faktisch gab damit das bisherige westdeutsche System das Raster vor, durch das die Einrichtungen in den neuen Bundesländern, mit marginalen Modifikationen, qualitativ, quantitativ und organisatorisch assortiert wurden.

Fraglich bleibt jedoch, ob die bemängelten Defizite und Vorgehensweisen tatsächlich in die Verantwortung des WR fallen oder nicht doch eher auf die exzeptionelle historische Situation und die vorab gesetzten politischen Vorgaben und Fakten zurückzuführen sind. Das Votum des WR vom Juli 1990 für ein allmähliches und überlegtes Zusammenwachsen der beiden Wissenschaftssysteme war mit der im Einigungsvertrag verfügbaren Auflösung der Akademien und der zeitlich begrenzten Bestandsgarantie für die ihr zugehörigen Einrichtungen hinfällig. Die damit für die Evaluation vorgegebene Frist dürfte kaum Zeit für umfassende konzeptionelle Arbeiten gelassen haben, die in einer detaillierten Revision auch das Wissenschaftssystem der alten Bundesrepublik einbezogen hätten. Gleiches gilt für eine eventuelle Neuordnung öffentlicher Forschungsförderungsinstrumente.⁴³ Die Vorgabe schließlich, daß die gesamtdeutsche Wissenschafts- und Forschungslandschaft die gleichen Merkmale wie in der bisherigen BRD aufweisen solle - womit sicherlich auch die organisatorischen, infrastrukturellen und materiellen Merkmale angesprochen waren - schränkte die Perspektive für die Begutachtungen weiter ein.

⁴³ Bezeichnend ist, daß sich da Probleme bei der Umsetzung der Empfehlungen ergeben, wo der WR die Palette der möglichen Organisationformen ausweitet: Die Umsetzung sei mit den - bestimmten Organisationsformen angepaßten - Instrumenten der Forschungsförderung bzw. den vorhandenen administrativ-technischen Instrumenten (Beispiel 'Wissenschaftsparks') nicht oder nur schwer zu verwirklichen. Vgl. BLK 1992, S.14 und S.17.

4

Die Stellungnahmen und Empfehlungen des Wissenschaftsrates

Die Verabschiedung der Stellungnahmen des Wissenschaftsrates - 'Allgemeiner Teil' - im Juli 1991 markiert den weitgehenden Abschluß der Evaluationen. Ergänzt um noch ausstehende Stellungnahmen zu den Einrichtungen der AdL kam es im September des gleichen Jahres zu einer erneuten Herausgabe dieses zusammenfassenden Empfehlungsteils.¹

Bei einer vorläufigen Analyse der Stellungnahmen zu den einzelnen Fachbereichen bzw. Akademien fällt als erstes der durchweg positive Tenor der Bewertungen auf. Im Gegensatz zu den vorab geäußerten Urteilen ("Wenn wir schon mit einem Vorurteil an die Dinge herangegangen sind ..., dann eher in der Überzeugung, daß ... alles ziemlich schlecht sei.") waren die Gutachter von der Qualität der in den Akademieinstituten präsentierten Forschungsleistungen und der "dargebotenen Forschungsstruktur überrascht".² In beinahe sämtlichen Einzelempfehlungen finden sich Aussagen über die zum Teil hohe Forschungsqualität vieler Forschungsbereiche in den einzelnen Instituten. Beispielhaft genannt seien die Bereiche Biowissenschaft, Physik, Maschinenbau, Verfahrenstechnik und Informatik. Eben dieses positiven Tenors wegen verwundert auf der anderen Seite die dann doch hohe Zahl von Empfehlungen zur Auflösung von institutionell gebundenen Forschungszusammenhängen und zur Einstellung von Forschungsvorhaben.

Die auffällige Diskrepanz kann zum einen auf eine zu überschlägige Lesart zurückgeführt werden: Fachspezifisch ergeben sich in der Summe zum Teil doch erhebliche Unterschiede. Prozentual findet sich im Bereich der Natur-

¹ WR: Ders. 320/91 v. 5.7.1991; ders. 400/91 v. 27.9.1991.

² WR-Vorsitzender Simon in der Anhörung des BT-Ausschusses. 'BT-Auschuß/Anhörung', S.72.

wissenschaften die überwiegende Anzahl positiver Beurteilungen, die Naturwissenschaften "sind im Ergebnis besser weggekommen".³ Ein zweiter Grund ist nach Erläuterungen des WR den struktur- bzw. wissenschaftspolitischen Vorgaben geschuldet: "Daß die Reduktion bedeutsam ist und insgesamt mit dem positiven Eindruck nicht so optimal korreliert, wie man das erwarten würde, hängt ... damit zusammen, ... daß Strukturveränderungen ... vorgenommen werden mußten."⁴ Beispielhaft wird hier der notwendige Abbau von Überkapazitäten vor dem Hintergrund einer begrenzten Zahl möglicher Forschungsadressaten erwähnt (z.B. Agrarwissenschaften⁵). Aus den Einzelstellungen lassen sich weitere für notwendig erachtete Ausgrenzungen - unabhängig von einer positiven Beurteilung - erschließen. Dazu zählt auch die Ausgliederung unmittelbar industriebezogener Forschungs- und Entwicklungsbereiche aus der öffentlichen Förderung.

Die den Stellungnahmen und Empfehlungen zugrundeliegenden bzw. darin zum Ausdruck kommenden grundsätzlichen wissenschaftspolitischen Ordnungsprinzipien hat der WR im Allgemeinen Teil seiner Stellungnahmen nochmals hervorgehoben. Dazu zählen im wesentlichen

- die Verortung der Grundlagenforschung an den Hochschulen. Die Hochschulen, so der WR, sind "die wichtigsten Stätten der Forschung". "Wenn irgend möglich und sinnvoll, empfiehlt der Wissenschaftsrat die Integration einzelner Wissenschaftler und Arbeitsgruppen in die Hochschule."⁶
- ein ausgewogenes und kooperatives Verhältnis zwischen den Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen. Zur Förderung der Zusammenarbeit wird die gemeinsame Berufung leitender Wissenschaftler empfohlen, die mit einem begrenzten Lehrdeputat ebenfalls der Hochschule angehören.⁷
- die Wahrung des Subsidiaritätsprinzips. Die öffentliche Hand sollte ihre Aufgabe "im Bereich der außeruniversitären Forschung primär in einer ergänzenden Förderung der Grundlagenforschung auf solchen Gebieten sehen, die nicht oder noch nicht geeignet sind, von den Universitäten aufgegriffen zu werden, in der Wahrnehmung überregionaler und gesamtstaatli-

³ Der WR-Vorsitzende Simon in 'BT-Auschuß/Anhörung', S.72.

⁴ Der WR-Vorsitzende Simon, ebd.

⁵ Vgl. Kap.3.2.3, S.37.

⁶ Allgem. Stellungnahmen, S.10, S.12.

⁷ Ebd., S.13.

cher Aufgaben sowie in der ressort- oder industriebezogenen Auftragsforschung"⁸.

4.1 Empfehlungen zur institutionellen Neuordnung

Nach der im Einigungsvertrag verfügten Auflösung der Akademien agierten die einzelnen Institute und Einrichtungen zunächst als eigenständige Forschungseinheiten in der Verantwortung der jeweiligen Sitzländer weiter, soweit sie nicht vorher aufgelöst oder bereits andere Anbindungsformen/Trägerschaften gefunden worden waren. Die vormaligen bzw. seit der Wende u.U. revidierten einrichtungsinternen Aufgaben- und Organisationsstrukturen blieben weitgehend erhalten.

Vor diesem Hintergrund stellt sich im Rahmen eines 'Vorher-Nachher-Vergleichs' zuerst die Frage nach der von den Gutachtern für notwendig erachteten 'Eingriffstiefe' in noch bestehende institutionelle Strukturen bzw. Arbeitszusammenhänge.

Läßt man rechtliche und personelle Modifikationen außer acht, dann wurden die - hier vorerst als organisatorisch gebundener Zusammenhang von Arbeitsgruppen und -modulen verstandenen - Einrichtungen bis auf wenige Ausnahmen sämtlich aufgelöst. Während sich im Bereich der Geisteswissenschaften, der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften lediglich ein Beispiel für die Fortführung eines Institutes unter weitgehendem Erhalt auch seiner organisatorischen Strukturen findet (das 'Institut für Sorbische Volksforschung'), sind es unter den natur- und technik- bzw. technologiawissenschaftlichen Einrichtungen einige mehr. Beispielhaft genannt seien das 'Zentralinstitut für Genetik und Kulturpflanzenforschung', die 'Forschungsstelle für Wirbeltierforschung' oder das 'Institut für Hochenergiephysik' Zeuthen, das als Außenstelle von DESY fortgeführt wird. Will man den Terminus der 'Eingriffstiefe' hierarchisch abgestuft operationalisieren - vom weitgehenden Erhalt einer Einrichtung auch als organisatorisches Gefüge bis zur Fortführung lediglich einzelner Forschungsthemen in anderem Zusammenhang oder zur ersatzlosen Auflösung - dann zeigt sich ein ähnliches Bild: Im Gegensatz zu den Geistes-, den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften findet sich in den Stellungnahmen zu den Natur- und Technikwissenschaften häufiger ein Plädoyer für das Zusam-

⁸ Ebd., S.11.

menbleiben mehrerer Forschungsschwerpunkte und deren gemeinsamer Umsetzung oder Neu-Anbindung.⁹

Sieht man von Vorbehalten gegen die inhaltlich-thematische Ausrichtung verschiedener Einrichtungen - insbesondere im Bereich der Politik-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften - ab, dann wird die organisatorische Auflösung der ganz überwiegenden Mehrheit aller Einrichtungen im wesentlichen mit dem Argument der Heterogenität der dort bearbeiteten Forschungsfelder begründet: Nach fachdisziplinären Gesichtspunkten angelegt, versuchten die Institute potentiell das jeweilige Fach in seiner ganzen inhaltlichen und systematischen Breite und Vielfalt abzudecken. Unabhängig davon, daß die Einlösung einer solchen Intention im Rahmen einer Einrichtung heute kaum mehr möglich sei, sei es unter dieser strukturellen Vorgabe kaum je zu einer schlüssigen themen- oder aufgabenspezifisch übergeordneten Forschungskonzeption gekommen. Die Institute seien letztlich oft wenig mehr als eine heterogene Ansammlung kaum aufeinander bezogener Forschungsschwerpunkte bzw. -themen gewesen. Eine Kommunikation unter den verschiedenen Forschergruppen sei oft nicht feststellbar gewesen.¹⁰

Vor dem Hintergrund solcher Befunde wird eine Neuschneidung von Forschungsschwerpunkten nach forschungsinhaltlichen und -technischen Gesichtspunkten empfohlen, was in der Regel gleichbedeutend ist mit der Auflösung der Institute in ihrer bisherigen Zusammensetzung. Dabei kann die oben so benannte 'Eingriffstiefe' allerdings variieren: Wo sich zwischen den 'Forschungsmodulen' eines Institutes arbeitstechnische Bezüge bzw. forschungsinhaltliche Kooperationsbezüge feststellen ließen, werden oft mehrere derart zusammenhängende Arbeitsschwerpunkte zusammen umgesetzt.

Neben der derart forschungstechnisch begründeten Dislokation kommt es zu weiteren Herauslösungen aus den bisherigen Forschungsverbänden entsprechend dem Argument einer grundsätzlich angemesseneren Verortung in anderen Forschungs- bzw. Wissenschaftssektoren:

- Vor allem im geisteswissenschaftlichen, im sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Bereich findet der WR oft "keine zwingenden Gründe, die es rechtfertigen würden, von dem Grundsatz abzuweichen, daß Grundlagenforschung ... an die Hochschulen gehört"¹¹.

⁹ Vgl. dazu WR-Präsident Simon über die positiveren Ergebnisse bei der Begutachtung der Natur- gegenüber den Geisteswissenschaften: 'BT-Auschuß/Anhörung', S.72.

¹⁰ Vgl. z.B.: Stellungnahme Geisteswissenschaften, S.21; Stellungnahme Biowissenschaften, Medizin, S.11.

¹¹ Stellungnahme Wirtschafts- u. Sozialwissenschaften, S.10; vgl. z.B. auch Stellungnahme Geisteswissenschaften S.145 oder S.240.

- Für die mit der Lösung unmittelbar anwendungsrelevanter Problemstellungen befaßten Arbeitsgruppen - überwiegend im Bereich Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik etc. - empfiehlt der WR häufig die Entlassung aus der staatlichen Forschungsförderung und eine Ansiedlung in der Industrie oder doch im industrienahen Bereich.¹²

In der nachfolgenden Auflistung sind die vom WR empfohlenen institutionellen Neuordnungen wiedergegeben.

Übersicht 6: Empfehlungen zur institutionellen Neuordnung

Einrichtungen der bisherigen Akademien:

Großforschungseinrichtungen

- Centrum f. molekulare Medizin (CMM), Berlin Buch (WR: Zentrum für biomedizinische Forschung)
- GeoForschungszentrum Potsdam (WR: Institut für Kontinentale Lithosphärenforschung)
- Umweltforschungszentrum Leipzig/Halle
- 8 weitere Eingliederungen in bereits bestehende Großforschungseinrichtungen

Max-Planck-Gesellschaft

- 2 neue Institute:
- für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie, Halle (wird zu MPI für Mikrostrukturphysik)
- für Kolloidchemie und Grenzflächenforschung, Berlin
- 1 Außenstelle eines bestehenden Instituts: Einrichtung für fusionsorientierte Plasmaphysik, Berlin (IPP Garching)
- 2 Projektgruppen:
- für Plasma-Astrophysik, Potsdam
- für Komplexkatalyse, Rostock
- Trägereinrichtung für 7 geisteswissenschaftliche Zentren
- 29 Arbeitsgruppen an Hochschulen
- In Planung: weitere 5 Institute und eine Projektgruppe

¹² Beispiel aus dem Fachgebiet Chemie: Obwohl die ostdeutsche chemische Industrie, wie der WR selbst hervorhebt, in absehbarer Zeit wohl kaum in der Lage sein dürfte, AdW-Chemiker anzustellen, könne dennoch nicht empfohlen werden, "industrietypische ... Entwicklungsarbeiten in öffentlich finanzierten Einrichtungen fortzuführen." Stellungnahmen Fachgebiet Chemie, S.7f.

Fortsetzung Übersicht 6: Empfehlungen zur institutionellen Neuordnung

Einrichtungen der bisherigen Akademien:

Einrichtungen der **Blauen Liste**

- 33 neue Institute bzw. Forschungszentren
- 7 Eingliederungen in bereits bestehende Einrichtungen

Fraunhofer-Gesellschaft

- 5 neue Einrichtungen
- 8 Eingliederungen/Außenstellen in/von bereits bestehenden Einrichtungen
- 1 Arbeitsgruppe
- Laut BMFT nach zwischenzeitl. Planungen: 9 eigenständige Institute und 10 Außenstellen

Ländereinrichtungen/Ressortforschung

- 4 Materialprüfungs- und -forschungsanstalten
- 28 Länderinstitute, Landesversuchsanstalten, LUFA's etc., davon 21 aus dem Bereich der ehemaligen AdL
- 1 Sternwarte
- 1 Zentrum für 4 chemische Einrichtungen
- Eingliederung in Historische Kommission zu Berlin

Bundeseinrichtungen/Ressortforschung

- Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern
- 2 neue Bundesforschungsanstalten
- 6 neue Außenstellen bestehender Bundesforschungseinrichtungen
- 2 neue meteorologische Observatorien des DWD
- Eingliederungen in 8 bestehende Bundesforschungseinrichtungen

Hochschulen

Einzelprojektförderung

Fortsetzung Übersicht 6: Empfehlungen zur institutionellen Neuordnung

Einrichtungen der bisherigen Akademien:

30 Akademievorhaben

wirtschaftliche Selbständigkeit

Wissenschaftsparks

Bemerkenswert an den Vorschlägen zur institutionellen Neuordnung sind zumindest fünf Punkte:

- Von den geisteswissenschaftlichen, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekten/Arbeitsbereichen werden etwa 40 Prozent, von den natur- und technikwissenschaftlichen ca. 60-65 Prozent konkret zur Fortführung empfohlen.
- Da sämtliche Einrichtungen im Bereich der Geisteswissenschaften, mit Ausnahme des Instituts für Sorbische Volksforschung, aufgelöst werden sollen, ergibt sich die Notwendigkeit, für die als hochrangig beurteilten Projekte andere Ansiedlungsorte zu empfehlen. Die Anbindungsmöglichkeiten an Hochschulen, an Akademien o.ä. dürften jedoch, wie der WR ausführt, begrenzt sein. Auf der anderen Seite ist ein forschungsorganisatorischer Zusammenhang komplementärer Vorhaben wünschenswert, um in interdisziplinärer Vorgehensweise innovative Forschungsfragestellungen umfassend zu bearbeiten. Vor diesem Hintergrund empfiehlt der WR die Einrichtung von sieben geisteswissenschaftlichen Zentren, angebunden an eine von der Max-Planck-Gesellschaft einzurichtende Trägerorganisation. "In den Zentren sollen Forschungsvorhaben mittlerer Laufzeit durchgeführt werden ... (Sie) sollen zur Erschließung und Pflege von Forschungsfeldern beitragen, deren intensive Bearbeitung aus wissenschaftlichen Gründen dringend erforderlich ist, aber in der primär fachlich gegliederten und zugleich dezentralisierten Struktur der Hochschulen nicht möglich ist."¹³
- Eine relativ hohe Anzahl neu einzurichtender Institute soll über die Blaue Liste (BL) gefördert werden. Gab es bisher in den alten Bundesländern und in Westberlin 49 BL-Institute, kommt nun eine überproportional hohe Zahl

¹³ WR: Stellungnahme Geisteswissenschaften, S. 68f.

von 33 hinzu.¹⁴ Nicht nur die Anzahl ist bemerkenswert. Handelte es sich bisher bei den BL-Instituten in den alten Bundesländern überwiegend um wissenschaftliche Service-Einrichtungen, wird nun die Förderung auch durchaus eigenständiger Forschungseinrichtungen über die BL empfohlen. Der wissenschaftlich-inhaltliche Charakter der BL verändert sich dadurch in nicht unerheblichem Maße.

Dahinter verbergen sich, wie der Vorsitzende des WR, Simon, erklärte, jedoch "keine sehr tiefgründigen Strukturüberlegungen". Wo einerseits qualitativ gute Projektgruppen bzw. Forschungsbereiche erhalten werden sollten, sie jedoch nicht in andere Förderzusammenhänge zu integrieren gewesen seien, so läßt sich Simons Argumentation, vielleicht überpointiert, zuspitzen, sei keine andere Möglichkeit einer Finanzierung gesehen worden.¹⁵ Auf der anderen Seite scheinen viele Forschungsbereiche dem personellen wie apparativen Umfang nach zu groß, um in eine Hochschule integriert werden zu können.

Da BL-Institute in der Regel zu 50 Prozent vom Bund, zu 50 Prozent aber vom jeweiligen Sitzland der Einrichtung finanziert werden, belastet die Vielzahl der Einrichtungen die finanzschwachen neuen Länder in erheblichem Maße. Rund 56 Prozent der Stellen in den gemeinsam finanzierten Instituten entfallen auf die Blaue Liste. Obwohl über das Hochschulerneuerungsprogramm den Ländern zusätzliche Mittel zur BL-Finanzierung zur Verfügung gestellt wurden, so daß sich deren Anteil zumindest für einen gewissen Zeitraum verringert, bleibt eine hohe Belastung bestehen.¹⁶

- Ähnlich, wie letztlich Förderungs- bzw. Finanzierungsmodalitäten für die große Anzahl neu einzurichtender BL-Institute ursächlich gewesen sein mögen, scheinen u.U. eher wissenschaftlich externe, strukturpolitische Gründe, gleichsam in analoger Umkehrung, für die (Nicht-) Zuweisung von Forschungsgruppen und -themen an die Hochschulen ausschlaggebend gewesen zu sein. Denn vor dem Hintergrund der vom WR immer wieder vorgebrachten Absicht, prioritär für eine Rückverlagerung der Grundlagenforschung an die Hochschulen Sorge zu tragen, nimmt sich die Zahl der schließlich empfohlenen Umsetzungen - 2.000 Wissenschaftler - doch eher gering aus. Es scheint, als ob die Gutachter - in Antizipation zu erwartender Schwierigkeiten - dem absehbaren Unwillen der Hochschulen, zusätzliches

¹⁴ Vgl. auch BLK (Hg.): Einrichtungen der Blauen Liste. Adressenliste. Bonn: BLK 1992.

¹⁵ Vgl.: BT-Anhörung, a.a.O., S.36.

¹⁶ Für einen Zeitraum von zunächst zwei Jahren soll auf den von den Ländern zu erbringenden Finanzanteil 25 Prozent Mittel aus HEP angerechnet werden. Vgl. Berlin, Abgeordnetenhaus, S.3.

Personal zu übernehmen bei gleichzeitig verordneter Personalreduzierung von bis zu 50 Prozent¹⁷ - diese Möglichkeit oftmals gar nicht erst ernsthaft in Erwägung gezogen hätten. Dabei ließe sich unschwer eine über die Empfehlungen hinausgehende Anzahl von Forschungsprojekten nennen, die grundsätzlich ebenfalls günstig in den hochschulischen Forschungs- und Lehrbetrieb zu integrieren gewesen wären.

- Aus dem Katalog üblicher wissenschaftspolitischer Strukturmaßnahmen fallen Empfehlungen zur Einrichtung von 'Wissenschaftsparks' heraus. Vornehmlich an Standorten, die sich durch eine Dichte von ehemaligen AdW-Forschungseinrichtungen auf eigens infrastrukturell ausgestatteten Arealen befinden - etwa Berlin-Adlershof¹⁸ -, empfiehlt der WR den Aufbau solcher Einrichtungen. Die Wissenschaftsparks sollen letztlich optimale Voraussetzungen für die "Integration von wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Belangen" schaffen und als attraktive Standorte für hochschulische und außeruniversitäre Forschungs- bzw. Lehrinrichtungen, "für Technologie- und Gründerzentren sowie für die Ansiedlung innovationsorientierter Unternehmen" dienen.¹⁹

4.2 Empfehlungen zu einzelnen Fachbereichen

Vergleicht man die Stellungnahmen und Empfehlungen des WR nach Fachbereichen bzw. weiter nach Akademien (BA, AdL) getrennt, dann lassen sich zum Teil erhebliche Unterschiede feststellen. Zwischen den natur- und technikwissenschaftlichen Bereichen einerseits, den geistes-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen andererseits, läßt sich unschwer ein veränderter Tenor der Beurteilungen und - greifbarer - der schlußfolgernden Empfehlungen konstatieren: In den zuerst genannten Bereichen werden signifikant mehr Projekte zur Weiterführung empfohlen als in den letzteren.

Bemerkenswert ist dabei, daß - im kursorischen Vergleich - dennoch die laufenden geisteswissenschaftlichen Forschungsvorhaben im Einzelfall selten schlechter bewertet werden, als Arbeiten in den natur- oder technikwissenschaftlichen Bereichen. "In den begutachteten (sc.: geisteswissenschaftlichen)

¹⁷ Nach zwei Jahren müßten die Hochschulen die von ihnen übernommenen Akademiewissenschaftler selbst finanzieren.

¹⁸ Vgl.: Stellungnahmen im Fachgebiet Chemie, S.8ff.

¹⁹ Vgl. 'Allgemeine Stellungnahmen', S.15, S.15f.

Instituten gibt es leistungsfähige Forschungsarbeiten mit guten Erfolgen und hohem, auch internationalem Ansehen.²⁰

Eben darum sind auch die Unterschiede zwischen den oben grob getrennten beiden Bereichen in der Beurteilung einzelner Forschungsvorhaben und den schlußfolgernden Empfehlungen umso auffälliger.

Die Auflösung der *geisteswissenschaftlichen Einrichtungen*, mit der oben genannten Ausnahme, begründet der WR zuerst mit strukturellen und organisatorischen Mängeln, die sich negativ auf die Forschungsarbeiten auswirkten: Durch mangelnde Kontakte zu den Hochschulen "fehlten wichtige Anregungen und Selbstüberprüfungsmöglichkeiten, Leistungsanregungen und Gegengewichte gegen die fachliche Überspezialisierung, die durch die Größe der Institute ermöglicht und nahegelegt wurde"²¹. Vor dem Hintergrund der schon oben geschilderten organisatorischen Schneiden der einzelnen Einrichtungen unter umfassenden fachdisziplinären Gesichtspunkten und dem dadurch bedingten Fehlen aufgaben- oder themenspezifischer Forschungskonzeptionen stellt der WR fest, die einzelnen Einrichtungen böten "vielmehr das Bild einer bloßen Vielheit relativ unverbundener, selten wirklich kooperierender Arbeitsbereiche und Forschungsvorhaben, die über keinen inneren Zusammenhang verfügen, der es zwingend oder gerechtfertigt erscheinen ließe, sie als ganzes zu erhalten"²².

Ein insgesamt fehlender Wettbewerb, Isolation von der Fachwelt, mangelnde Kohärenz der Forschungsvorhaben innerhalb einer Einrichtung, dazu eine mangelnde Ausstattung etc.: Alle diese Kriterien finden sich gehäuft auch in den Bewertungen vieler anderer, z.B. naturwissenschaftlicher, Institute.²³ Wesentlicher für die Empfehlung zur Auflösung und prinzipiellen Neuordnung des gesamten geisteswissenschaftlichen Bereiches scheint die festgestellte weitgehende Instrumentalisierung der Geisteswissenschaften für politische Zwecke gewesen zu sein. "Die langjährige Tradition politischer Fremdbestimmung", so der WR, "hat ... in den meisten Instituten zu spürbaren Einbußen an wissenschaftlicher Qualität geführt, die ... fortwirken."²⁴ Wenn auch die orga-

²⁰ WR: Stellungnahme Geisteswissenschaften, S. 22.

²¹ Ebd., S.19.

²² Ebd., S.21.

²³ Vgl. etwa die Beurteilungen in den Fachgebieten 'Mathematik, Informatik, Automatisierung und Mechanik'; allgemein z.B.: S.13 f. Als ein Beispiel für die Heterogenität der Forschungsprojekte in einer Einrichtung sei das 'Institut für Informatik und Rechentechnik' genannt. Ebd. S.31.

²⁴ WR: Stellungnahme Geisteswissenschaften, S. 20f.

nisationsinternen Strukturen, die eine solche Einflußnahme ermöglichen, zum großen Teil bereits revidiert seien, sei das dadurch geschaffene Klima und das 'geistige Profil' der Institute doch noch weithin davon geprägt. Sieht man von der in fast allen AdW-Instituten bemängelten forschungstechnisch unangemessenen Organisationsstruktur und der wünschenswerten Verlagerung gerade der Geisteswissenschaften an die Hochschulen ab, dann scheinen letztlich diese, einer politischen Beeinflussbarkeit zugeschriebenen 'Strukturdefizite' der eigentliche Grund zur rigorosen Auflösung der geisteswissenschaftlichen Einrichtungen gewesen zu sein.²⁵

Davon abgesehen würdigt der WR durchaus die Qualität der meisten Forschungsarbeiten und die Kompetenzen der einzelnen Mitarbeiter. Auch wird, gerade im Zusammenhang mit der Begutachtung der geisteswissenschaftlichen Einrichtungen, von mehr Nischen und Freiräumen zu selbstbestimmter Arbeit an den AdW-Instituten gesprochen, als dies etwa in den Hochschulen der Fall gewesen sei.²⁶ Die geisteswissenschaftlichen AdW-Institute seien "trotz aller Inanspruchnahme für politisch-ideologische Zwecke stets auch Reservate für solche Disziplinen (sc. gewesen), die an den Hochschulen ... vernachlässigt bzw. systematisch behindert und isoliert waren"²⁷.

Gerade vor dem Hintergrund dieser Aussagen fällt auf, daß ohne größere kritische Anmerkungen die Fortsetzung der meisten Editionsprojekte historischer, philosophischer und philologischer Art empfohlen wird - politisch weitgehend "unverfänglich" und im wissenschaftlichen Betrieb oft als unspektakulär geltend. Die Arbeiten sollen im Rahmen des Akademieprogramms gefördert und in den bereits bestehenden bzw. neu zu errichtenden Länderakademien angesiedelt werden.²⁸

Des weiteren sollen sieben geisteswissenschaftliche Zentren eingerichtet werden: Ein zeit- und ein kulturhistorisches, zwei im weitesten Sinne philosophisch-historische, ein sprach-, ein literaturwissenschaftliches und eines für

²⁵ So auch bestätigend WR-Präsident Simon in der Anhörung des BT-Ausschusses: "... dann muß man sagen, daß die Geisteswissenschaften, deren Anfälligkeit für politische Ambitionen bekannt ist, etwas schlechter weggekommen ... (sind) als die Naturwissenschaften, die sich ja immer etwas darauf zugute halten, daß sie gar nichts mit Politik zu tun haben" BT-Anhörung, a.a.O., S.72.

²⁶ WR: Stellungnahme Geisteswissenschaften, S. 20.

²⁷ Ebd., S.26.

²⁸ Ebd., S.30ff.

Orientforschung.²⁹ Wie oben bereits ausgeführt wurde, sollen hier in interdisziplinärer Vorgehensweise "neue oder dringend ausbaubedürftige Forschungsfelder" systematisch erschlossen und bearbeitet werden.³⁰

Ungeachtet des vom WR prognostizierten Nutzens für die geisteswissenschaftliche Forschung dürften auch Kapazitätsgründe ursächlich für die Einrichtung der Zentren gewesen sein: Bei der Qualität der vorgefundenen Arbeiten einerseits und den begrenzten Kapazitäten der als vorrangige Ansiedlungsorte apostrophierten Hochschulen, Akademien etc. andererseits, mußten zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden: "Die Möglichkeit der Weiterführung erhaltenswürdiger Projekte und Arbeitsbereiche ... kommt nur insoweit in Betracht, wie es die Aufnahmefähigkeit bestehender Institutionen erlaubt ..."³¹

Mit durchaus ähnlicher Begründung wie im Falle der Geisteswissenschaften werden auch sämtliche *wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institute* aufgelöst:

- Während in den Hochschulen die Lehre im Vordergrund gestanden habe und - vielfach in Zusammenarbeit mit Betrieben - auch Themen der angewandten Forschung bearbeitet worden seien, sei Grundlagenforschung vornehmlich in den Akademieinstituten betrieben worden. Es sei kein zwingender Grund vorhanden, diese nicht wieder an die Hochschulen zurückzuführen.³²
- Festzustellen sei eine Inkohärenz von Forschungsthemenstellungen innerhalb der einzelnen Institute, was einen weiteren organisatorischen Zusammenschluß inadäquat erscheinen lasse.³³
- Schließlich sei es aufgrund politischer Einflußnahmen, auch "staatlich oktroyierter" Vorhaben, zu einer Verengung von Forschungsansätzen und -themen gekommen, was Auswirkungen auf die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit gehabt habe. Diese sei weiterhin durch den eingeschränkten Zugang

²⁹ Vgl. ebd., S.74ff.: Zentrum für zeithistorische Studien, für Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, für die Erforschung der europäischen Aufklärung, zur Erforschung des modernen Orients, für allgemeine Sprachwissenschaft, Sprachtypologie und sprachliche Universalienforschung, für Literaturforschung, Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas.

³⁰ WR: Stellungnahme Geisteswissenschaften, S.69.

³¹ Ebd., S.67.

³² Vgl. WR: Stellungnahme Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, S.5, S.10f.

³³ Ebd., S.5, S.11.

der Wissenschaftler zur internationalen Fachöffentlichkeit und durch eine oft von außen bestimmte Personalpolitik beeinträchtigt worden.³⁴

In den Wirtschafts- und Politikwissenschaften hält der WR - aufgrund der inkomparablen politischen bzw. ökonomischen Bezugssysteme: Planwirtschaft vs. Marktwirtschaft, Einparteiensystem vs. pluralistisch-demokratische Verfassung - einen völligen bzw. grundlegenden Neuanfang für notwendig.³⁵ In der Soziologie dagegen konnte sich laut WR zumindest die empirisch-methodische und anwendungsbezogene Forschung den politischen Einflußnahmen weitgehend entziehen. Hier etablierte sich ein kleiner Kreis qualifizierter Wissenschaftler. "Der Verlust dieses Personals", so der WR, "wäre für die Erforschung des Übergangsprozesses und für den Neuaufbau der Soziologie in den neuen Bundesländern nicht zu vertreten."³⁶

Empfohlen wird vom WR die Einrichtung einer "Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern". Die Institutionalisierung einer solchen Einrichtung in Form einer Kommission präferiert der WR zum einen aus Gründen der personellen Offenheit: "Durch die Bereitstellung von befristeten Personalstellen, Fördermitteln und einer Infrastruktur können Einzelpersonen und Arbeitsgruppen, deren bisherige Institute aufgelöst werden, in einem koordinierten Arbeitszusammenhang und für einen Übergangszeitraum arbeitsfähig gehalten werden."³⁷ Bis zur Etablierung sozialwissenschaftlicher Kapazitäten in den Hochschulen könne so auch der dort später benötigte wissenschaftliche Nachwuchs gehalten und eine Abwanderung qualifizierter Kräfte verhindert werden. Zum anderen könne mit einer Kommissionsstruktur relativ rasch auf aktuelle Themenstellungen reagiert werden.

Des weiteren empfiehlt der WR die Einrichtung eines "Instituts für empirische Wirtschaftsforschung". Mit dem Wandel der ökonomischen Rahmenbedingungen in den neuen Bundesländern und den damit einhergehenden ordnungs-, finanz-, wirtschafts- und sozialpolitischen Problemen entstünde ein erheblicher Forschungs-, Informations- und Beratungsbedarf bei öffentlichen Institutionen als auch in der Privatwirtschaft. Neben den fünf bisher bereits bestehenden Instituten in den alten Bundesländern soll sich das neue Institut an

³⁴ Ebd., S.5f., S.11.

³⁵ Ebd., S.6f., S.9.

³⁶ Ebd., S.9.

³⁷ Ebd., S.18.

der Gemeinschaftsdiagnose zur Konjunkturlage und der Strukturberichterstattung beteiligen.

Für die Stellenbesetzungen in den beiden neu einzurichtenden Organisationen werden die Mitarbeiter der bisherigen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen AdW-Einrichtungen als Rekrutierungspotential empfohlen. Verglichen mit anderen AdW-Bereichen fallen die konkreten Empfehlungen zur Umsetzung von Projektgruppen allerdings gering aus: Aus den bisherigen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Instituten etwa erhalten nur drei Arbeitsgruppen mit insgesamt 13 Mitarbeitern eine Empfehlung zur Umsetzung an das neue wirtschaftswissenschaftliche Institut - mit insgesamt 70 Stellen. Von den insgesamt 70 Wissenschaftlern des AdW-Instituts für Soziologie und Sozialpolitik sollen "ca. 10" an Projekten der Kommission mitarbeiten.

In den natur- und technikwissenschaftlichen AdW-Instituten und in der Medizin fallen die Empfehlungen, trotz ähnlich kritischer Anmerkungen des WR, wesentlich positiver aus.

In den zehn Einrichtungen z.B., die den *Geo- und Kosmoswissenschaften* zugezählt werden, findet der WR unter den Arbeiten der meisten Forschungsbereiche Leistungen von guter bis hervorragender Qualität. In nicht wenigen Fällen wird ein den westdeutschen oder internationalen Standards entsprechendes Niveau attestiert.³⁸ Als Gründe dafür nennt der WR zum einen die 'relativ' guten Arbeitsbedingungen, sowohl hinsichtlich der Personalausstattung als auch im Hinblick auf das Zeitbudget, das für zweckfreie Grundlagenforschung zur Verfügung stand. Der Zugang zu westlicher Fachliteratur war zumindest "im Prinzip" gegeben. Zum anderen kam es in einigen Fällen auch zu einer offensichtlich politisch motivierten Förderstrategie: Obwohl die gerade in diesen Bereichen aufwendige apparative Ausstattung "beträchtlich" hinter der vergleichbarer westlicher Einrichtungen zurückblieb, war dieser Abstand umso geringer, "wenn die Einrichtung auf erhebliches politisches Inte-

resse rechnen konnte, wie beispielsweise das IKF (Institut für Kosmosforschung)".³⁹

Um gerade im technisch-apparativen Bereich durch Handelsrestriktionen verursachte Defizite auszugleichen, spielten technische Entwicklungsaufgaben eine wichtige Rolle. Etwa 25 Prozent der Personalressourcen waren hier gebunden. Auch in diesem Bereich wurden laut WR hervorragende Leistungen erbracht: "Obgleich es sich ... meist um Parallel- oder Nachentwicklungen handelte, wurde hier oft ein beachtliches innovatives Niveau erreicht, das teilweise bei internationalen Vergleichen sehr gut bewertet wurde."⁴⁰

Dennoch wird für "keines der AdW-Institute ... in toto die Überführung in eine neue Einrichtung empfohlen"⁴¹ - allerdings die Schaffung einer Vielzahl größerer Organisationseinheiten. Insgesamt sollen 17 neue Institute, Zentren, Forschungsstellen und Projektgruppen eingerichtet werden, daneben werden Umsetzungen an Universitäten empfohlen.⁴²

Bemerkenswert in den Stellungnahmen zu den Geo- und Kosmoswissenschaften ist ein Plädoyer für den Verbleib älterer Wissenschaftler, "die reiche Erfahrungen einbringen können. ... Nachdrücklich wird vor einer generellen Anwendung der Vorruhestandsregelung gewarnt."⁴³

Hervorragende, international beachtete Leistungen stellt der WR in fast sämtlichen Instituten des *Forschungsbereichs Physik* fest. Die Anstrengungen der ehemaligen DDR, "den Abstand zu den Innovationstechnologien der führenden Industrienationen zu verringern"⁴⁴, führte allerdings auch in diesem Bereich dazu, daß etwa drei Viertel der Ressourcen für anwendungsorientierte, angewandte bzw. produktionsorientierte Arbeiten eingesetzt wurden.

Immerhin entfielen 32 Prozent der landesweit insgesamt vorhandenen Kapazitäten im Forschungsbereich Physik auf die so benannte "erkundende Grundlagenforschung". Davon dürfte allerdings auch nur ein "relativ kleiner Bruchteil", so der WR, der eigentlichen Grundlagenforschung zuzurechnen

³⁸ Vgl. z.B.: Abteilungen "Gravimetrie" (S.31), "Geoinformatik" (S.33), "seismische Gefährdung und Herdprozesse" (S.34), "Gesteinsphysik und Gebirgsmechanik" (S.35) des Zentralinstituts für Physik der Erde in Potsdam; Gebiete "Hochdruckphysik" und "Hochdruckmethodik/Petrophysik" (S.61) der Forschungsstelle für Hochdruckforschung, Potsdam; Bereich "Hydrologie" (Berlin) des Instituts für Geographie und Geoökologie Leipzig (S.91); die Arbeitsgruppen des Instituts für Meereskunde in Warnemünde (S.110ff.); fast sämtliche Arbeitsbereiche des Instituts für Kosmosforschung Berlin und der Satellitenbodenstation Neustrelitz (S.215f.), ebenso die des Zentralinstituts für Astrophysik in Potsdam-Babelsberg mit Außenstellen (S.232ff.: insgesamt auf gutem, "in einigen Teilen auch nach internationalen Maßstäben auf sehr hohem Niveau"). Alle Angaben nach WR: Stellungnahme Geo- und Kosmoswissenschaften.

³⁹ WR a.a.O. S.14. Zu den anderen Angaben vgl. S.13.

⁴⁰ WR: Stellungnahme Geo- und Kosmoswissenschaften, S.13.

⁴¹ Vgl. ebd. S.18.

⁴² Vgl. in Stellungnahme Geo- und Kosmoswissenschaften die tabellarischen Auflistungen a.a.O. S.256f.

⁴³ Ebd., S.19. Vgl. dagegen 'Allgemeine Stellungnahmen', S.23, wo der WR vor dem Hintergrund vermuteter geringerer Bewerbungschancen für ältere Mitarbeiter in den neuen Einrichtungen für zusätzliche Maßnahmen plädiert.

⁴⁴ WR: Stellungnahme Physik, S.8.

sein.⁴⁵ Dieser jedoch, konzentriert auf die Kern- und Elementarteilchenphysik und die fusionsorientierte Plasmaphysik, werden wissenschaftlich sehr erfolgreiche Leistungen bescheinigt. "Es spricht für die Motivation, das fachliche Engagement und die Findigkeit einer nicht geringen Anzahl von Forschern, daß sie unter erschwerten Bedingungen auch in der Grundlagenforschung immer wieder anerkannte wissenschaftliche Ergebnisse erzielt haben."⁴⁶

Die Arbeiten fast sämtlicher Institute sollen denn auch fortgesetzt werden, in relativ vielen Fällen wird der weitgehende Fortbestand ganzer Institute oder Institutsteile empfohlen - wenn auch in anderer organisatorischer und rechtlicher Form. Erwähnt seien nur das Institut für Festkörperphysik und Elektronenmikroskopie in Halle, das "unter allen Umständen" erhalten werden sollte (als MPI)⁴⁷, das Institut für Hochenergiephysik in Zeuthen, dessen Leistungsfähigkeit nur erhalten bliebe, "wenn es nicht auseinandergerissen wird"⁴⁸, weiter auch das physikalisch-technische Institut in Jena, das als Landesinstitut fortgeführt werden soll.⁴⁹ Die überwiegende Anzahl der Projektgruppen aus dem Zentralinstitut für Elektronenphysik in Berlin soll in drei neuen BL-Instituten angesiedelt werden.⁵⁰ Im Zentralinstitut für Kernforschung in Rossendorf wurden "wissenschaftlich anerkannte, teilweise international beachtete Forschungsergebnisse erzielt"⁵¹. Bis auf die auszugründenden Bereiche "wissenschaftlicher Gerätebau" und "radioaktive Präparatentwicklung" sollen fast sämtliche anderen Arbeitsbereiche in einem BL-Institut fortgeführt werden, einige Arbeitsgruppen werden an die TU Dresden empfohlen. Problematisch bleibt die Nutzung des vorhandenen Forschungsreaktors. Die Entscheidung, ob Rossendorf als Großforschungseinrichtung fortgeführt werden soll, macht der WR von einer Sicherheitsprüfung des Reaktors bzw. von dem zur weiteren Inbetriebnahme dann u.U. notwendigen Kostenaufwand abhängig.

Bei der engen Verbindung von Forschung, Entwicklung und Produktion in den verschiedenen Instituten weist der WR wiederholt auf die Bedeutung der

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ Ebd., S.203.

⁴⁸ Ebd. S.76.

⁴⁹ Ebd. S.215.

⁵⁰ Ebd. S.25.

⁵¹ Ebd. S.127.

neuen Forschungseinrichtungen für die künftige wirtschaftliche Entwicklung hin. Eine Ausgründung von unmittelbar industrienahen Arbeitsbereichen und deren Ansiedlung in der Wirtschaft wird auch hier mehrmals vorgeschlagen, wenn auch, so der Eindruck, durchaus unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Umfeldes. So sollen, häufiger als etwa im Bereich Chemie, Vorlauforschungen bisweilen dann weiter aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, wenn sich kein privatwirtschaftlicher Träger findet.⁵²

Auch bei der mit wenigen Ausnahmen empfohlenen "Privatisierung" des Zentrums für wissenschaftlichen Gerätebau in Berlin - hier werden "günstige Ansatzpunkte zur Gründung kleiner Unternehmen" festgestellt - werden Kontextbedingungen berücksichtigt und flankierende Maßnahmen empfohlen. Um bei den festgestellten wissenschaftlichen bzw. fertigungstechnischen Qualitäten auch die wirtschaftliche Effizienz der "auszugründenden" Betriebe sicherzustellen und zu forcieren, schlägt der WR als Gründungskonzeption die Einrichtung eines Technologie-Parks in Berlin-Adlershof vor. "Nur eine überwiegend durch Fördermittel getragene Infrastruktur, die Bereitstellung von preiswerten Arbeitsräumen und Beratungseinrichtungen vor Ort werden den neuen Unternehmen den ausreichenden Rückhalt geben, die unvermeidbaren Anfangsschwierigkeiten zu überwinden."⁵³

"Insgesamt als gut" bewertet der WR auch das wissenschaftliche Leistungsvermögen der außeruniversitären Forschungseinrichtungen im *Fachgebiet Chemie*.⁵⁴ Korrespondierend zur besonderen Bedeutung der chemischen Industrie in der ehemaligen DDR kam auch der chemischen Forschung eine besondere Stellung zu. Entsprechend eng waren auch die Kooperationsbeziehungen zwischen Industrie und Forschungseinrichtungen. Wie der WR feststellt, entsprechen die fachlichen Themenstellungen, die Zielvorgaben und die strukturelle Anlage zahlreicher Forschungseinrichtungen den industriellen Produktionsschwerpunkten. Von internationalen Entwicklungen abgeschlossen, war die chemische Forschung häufig darauf angewiesen, "kompensatorische Forschungsleistungen - unter technologisch restriktiven Bedingungen - zu erbringen"⁵⁵.

⁵² So beispielsweise bei der Arbeitsgruppe Dünnfilm-Elektrolumineszenz des Zentralinstituts für Elektronenphysik, deren Arbeiten u.a. für die Entwicklung großflächiger und vollfarbiger Bildschirme relevant sind. Vgl. ebd. S.30. Zur Chemie vergleiche Kapitel 4, Fußnote 11, auch Stellungnahmen Chemie, S.183, Abs.2.

⁵³ WR: Stellungnahmen Physik, S.65.

⁵⁴ WR: Stellungnahmen Chemie, S.183.

⁵⁵ Ebd., S.5.

Obwohl eine anwendungsorientierte Forschung, Entwicklungsarbeiten bis zur Produktionsreife und Dienstleistungsaufgaben die Kapazitäten der Institute in hohem Maße beanspruchten, konnten in der daneben betriebenen Grundlagenforschung doch weithin anerkannte Leistungen erbracht werden.⁵⁶

So z.B. im Zentralinstitut für Organische Chemie (ZIOC). Hier liegt, so der WR, eine "für die Bundesrepublik einmalige Expertise ... auf dem Gebiet der Grenzflächenforschung vor. Ebenfalls ein beachtliches Potential, das auch internationale Anerkennung findet, weist die Polymerforschung auf."⁵⁷ Auch in fast allen Arbeitsbereichen des Zentralinstituts für Anorganische Chemie registriert der WR "gute oder sehr gute Ergebnisse", im Bereich Halogenchemie "beeindruckende Leistungen". Die angewandte Forschung im Bereich Glas/Keramik wird als zukunftsreichend bezeichnet.⁵⁸ "International konkurrenzfähige" Forschungsleistungen werden ebenfalls bei der Forschungsstelle für informationelle Photochemie und Photophysik konstatiert.⁵⁹

Mehr noch als in anderen Forschungsbereichen stellt der WR in den außeruniversitären Einrichtungen der Chemie eine mangelnde Kohärenz der unter dem Dach der jeweils einzelnen Institute angesiedelten Arbeitsbereiche fest. Als ursächlich dafür wird die "politisch motivierte Zentralisierung" der chemischen Forschung angeführt. Rund zwei Drittel der Kapazitäten waren allein in Berlin Adlershof konzentriert - in zum Teil sehr heterogen strukturierten Großeinrichtungen. Vor diesem Hintergrund spricht sich der WR "gegen eine institutionelle Weiterführung der bisherigen Institute aus"⁶⁰.

Allerdings sollen die positiv begutachteten Arbeitsgruppen weitgehend, wenn nicht gar, wie etwa der Bereich Komplexanalyse des ZIOC, geschlossen erhalten bleiben. Das Institut für Technologie der Polymere in Dresden soll "ungeteilt" in ein neues BL-Institut überführt werden; insgesamt umgesetzt werden soll auch die Forschungsstelle für chemische Toxikologie in Leipzig.

Fast die Hälfte der in den Umsetzungsempfehlungen vorgesehenen Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter, 310 von insgesamt 700, soll an Hochschulen

⁵⁶ In diesem Zusammenhang stellt der WR fest, daß es trotz der engen Verbindung zwischen Forschung und Industrie nicht gelungen ist, einen Transfer zwischen den Ergebnissen der Grundlagenforschung und der industriell-technologischen Produktion herzustellen. In der Regel fehlte der chemischen Industrie die Bereitschaft, genügend investive Mittel für die Entwicklung innovativer Produkte bereitzustellen. WR: Stellungnahmen Chemie, S.7.

⁵⁷ WR: Stellungnahmen Chemie, S.50.

⁵⁸ Ebd., S.32f.

⁵⁹ Ebd., S.85.

⁶⁰ Ebd., S.184.

angesiedelt werden, gefolgt von Forschungseinrichtungen der Blauen Liste mit rd. 200 Stellen, davon 100 für wissenschaftliche Mitarbeiter.

In der Stellungnahme zu den AdW-Einrichtungen der Sektion *Mathematik/Informatik* unterscheidet der WR in seinen Empfehlungen zwischen den Forschungsbereichen *Informatik, Automatisierung und Mechanik* auf der einen Seite und der *Mathematik* auf der anderen Seite.⁶¹

In den Einrichtungen der zuerst genannten Bereiche fand der WR, bedingt durch die Optionen der staatlichen Technologiepolitik, überwiegend anwendungsorientierte Forschungsarbeiten. Es galt, den Anschluß an internationale Standards in den als Schlüssel- und Wachstumstechnologien geltenden Bereichen Informatik/Automatisierung herzustellen bzw. die durch die Embargopolitik gegenüber den RGW-Staaten verursachten Defizite zu kompensieren. Demgegenüber konnte die Mathematik, deren Ergebnisse nicht unmittelbar im Produktionsbereich umzusetzen sind, relativ ungestört einer inhärenten disziplinären Entwicklung folgen. Hier wurde denn auch, wie der WR feststellt, der Anschluß an internationale Entwicklungen gehalten und im Bereich der Grundlagenforschung "international beachtete Spitzenergebnisse" erzielt. Der Druck eines produktorientierten Nachvollzugs westlicher Entwicklungsstandards führte andererseits im Bereich Informatik/Automatisierung zu einer defizitären Grundlagenforschung, zu einer insgesamt "diskontinuierlichen Entwicklung von Forschungsrichtungen" und zu einer starken Zersplitterung von Arbeitszusammenhängen.⁶² Keines der Institute wird in der bestehenden Form zur Fortführung empfohlen.

Dies bedeutet nicht, daß in den Einrichtungen der Informatik/Automatisierung keine qualitativ hochwertigen Kompetenzen auszumachen wären. Überwiegend positiv werden z.B. die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten des Instituts für Automatisierung in Berlin bewertet, insbesondere im Bereich "Robotik und flexible Automatisierung"⁶³; ebenso die Arbeiten in den Instituten für rechnergestützte Systemforschung und Management, für künstliche Intelligenz u.a. des in Berlin angesiedelten Teils des Zentralinstituts für Kybernetik und Informationsprozesse (ZKI). Dem Dresdener Institutsteil des ZKI bestätigt der WR "beachtliche Leistungen in den Forschungsgebieten Mikroelektronik sowie Steuerungs- und Regelungstechnik ..., die überwiegend auch internationalen Maßstäben standhalten"⁶⁴.

⁶¹ WR: Stellungnahme Mathematik, Informatik, Automatisierung und Mechanik, S.139.

⁶² Ebd., Seiten 3ff, 139ff.

⁶³ Vgl. ebd., S.41ff.

⁶⁴ Ebd., S.95.

Dem hohen Qualitätsstandard und der anwendungsorientierten Ausrichtung entsprechend, empfiehlt der WR die Förderung einer Vielzahl von Forschungsarbeiten aus dem Gebiet der Informatik/Automatisierung über die Fraunhofer-Gesellschaft. Relativ häufig wird jedoch auch empfohlen, industriennahe F&E-Arbeiten im privatwirtschaftlichen Bereich fortzuführen. Die Übersicht 11 über das Institut für Automatisierung zeigt deutlich das Nebeneinander der verschiedenartigen Zuweisungsempfehlungen.

Im Bereich Mathematik - und der in der damaligen DDR inhaltlich eng mit der Mathematik verkoppelten Mechanikforschung - konstatiert der WR durchweg exzellente Leistungen. Hervorgehoben werden insbesondere das Karl-Weierstraß-Institut für Mathematik (IMath), Berlin, und das Institut für Mechanik (IMech) in Chemnitz. Einzelne Gruppen des IMech "werden sogar zu den leistungsfähigsten in ihrem Fachgebiet in Deutschland gezählt"⁶⁵. Das "IMath leistet auch nach internationalen Maßstäben eine überwiegend sehr gute wissenschaftliche Arbeit, mit einem beachtlichen Anteil an hervorragender Forschung sowohl in der Reinen Mathematik als auch in der Angewandten Mathematik."⁶⁶

In den Übersichten 7 bis 13 (s. Anhang) werden die bisherige Struktur einzelner Einrichtungen und die entsprechenden Empfehlungen des WR exemplarisch und differenziert dargestellt. Auch werden die Personalstärken der einzelnen Arbeitsgruppen vermerkt. Deutlich wird dabei, daß die Mitarbeiterzahlen der zur Umsetzung konkret empfohlenen Gruppen keineswegs identisch ist mit den in den neuen Einrichtungen projektierten Personalstellen.⁶⁷

4.3 Empfehlungen zur Personalstruktur

Exakte Daten über das zur Umsetzung empfohlene bzw. über freigesetztes Personal beizubringen, ist schwierig. Dem genauen Vergleich 'Vorher-Nachher' stehen verschiedene Hindernisse gegenüber: Einerseits sind, wie bereits ausgeführt wurde, die Beschäftigtenzahlen über das Akademiepersonal vor der politischen Wende bzw. dann vor der Evaluation höchst ungenau und für verschiedene Beschäftigtengruppen nicht exakt zu detaillieren.⁶⁸

⁶⁵ Ebd., S.111.

⁶⁶ Ebd., S.134.

⁶⁷ Siehe z.B. Übersicht 9, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften im Vergleich zum neu einzurichtenden Institut für empirische Wirtschaftsforschung. Siehe dazu auch Kapitel 4.3.

⁶⁸ Siehe Kap.2.2.

Zum anderen stehen dem auf der Seite der Empfehlungen Angaben gegenüber, die auf zwei verschiedenen Dimensionen zu verorten sind: Erstens werden Projektgruppen unter Nennung konkreter Personalstärken zur Umsetzung empfohlen - "mit Leiter und drei Mitarbeitern" -, wobei derart konkrete Aussagen über die Personalbesetzung jedoch nicht immer gegeben sind. Zum zweiten aber werden diejenigen Personalstärken genannt, die die neu zu konzipierenden Einrichtungen benötigen, um die ihnen zugewiesenen, weiterhin förderungswürdigen Forschungsarbeiten sicherstellen zu können.⁶⁹ Zwischen beiden Angaben besteht nicht unbedingt ein linearer Zusammenhang:

- In den neuen Einrichtungen finden sich zwar im Kern die positiv evaluierten Forschungsprojekte aus den alten Akademien mitsamt (einem Teil) der Mitarbeiter wieder. Dabei können einem neu einzurichtenden Institut allerdings Forschungsgruppen aus mehreren ehemaligen Akademie-Instituten zugewiesen werden.
- Zur Arrondierung einzelner Projekte oder auch der gesamten neuen Einrichtung können Stellen vorgesehen sein, für die keine konkreten Besetzungsempfehlungen aus den alten Akademieinstituten vorliegen. So finden sich z.B. Formulierungen wie die, daß sich unter den bisherigen Mitarbeitern eines AdW-Institutes gute Rekrutierungspotentiale für die Besetzung der noch offenen Stellen befänden.

Die genannten Daten geben in der Regel die Personalstärken an, die in den neu geschaffenen Einrichtungen oder etwa an den Hochschulen bereitgestellt werden sollten. Dies muß - entsprechend den obigen Ausführungen - jedoch nicht heißen, daß diese Stellen in jedem Falle von ehemaligen Akademie-Angestellten zu besetzen sind. "Die Empfehlungen des Wissenschaftsrats betreffen in aller Regel nicht Übergänge, sondern Ankünfte von Potentialen ..."⁷⁰

Auch die vom WR selbst den 'Allgemeinen Stellungnahmen' angehängten tabellarischen Zusammenfassungen der Personalströme zwischen den ehemaligen und neuen Einrichtungen legen eine mißverständliche Lesart nahe. Wenn etwa dort dem Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften mit 95 Wissenschaftlern das neu zu gründende 'Institut für empirische Wirtschaftsforschung' mit insgesamt 40 wissenschaftlichen Mitarbeitern gegenübergestellt wird, dann legt dies den Schluß nahe, daß etwa 42 Prozent der ehemaligen Mitarbeiter übernommen werden sollen.⁷¹ Vergleicht man diese Darstellung

⁶⁹ Vgl. WR: Allgem. Stellungnahmen, Tabellarische Übersicht, S.41ff.

⁷⁰ Vgl.: BROCKE/FÖRTSCH, 1991, S.117.

⁷¹ Vgl. WR: Allgem. Stellungnahmen v.27.09.91, S.47.

jedoch mit den Einzelempfehlungen, dann zeigt sich, daß aus dem Zentralinstitut lediglich zwei Arbeitsgruppen mit insgesamt neun Mitarbeitern zur Übernahme empfohlen werden.

Im Vergleich zwischen den vorstehenden exemplarischen Übersichten über einige Institute und den Zusammenfassungen des WR lassen sich solche Disparitäten leicht nachvollziehen.

Auf der Grundlage der Einzelempfehlungen lassen sich folgende Aussagen treffen:

- In den Geistes- und Wirtschaftswissenschaften werden - über die Empfehlungen zur Weiterführung von Projekten - etwa für 40 Prozent der ehemaligen Mitarbeiter konkrete Empfehlungen ausgesprochen, in den Naturwissenschaften für ca. 63 Prozent. Nochmals ist darauf hinzuweisen, daß der WR grundsätzlich nur Forschungsarbeiten, -projekte bzw. -bereiche zur Weiterführung empfiehlt, nicht aber die Weiterbeschäftigung bestimmter Mitarbeiter. Die Zahlen beziehen sich daher nur auf angegebene Personalstärken im Zuge einer empfohlenen Umsetzung von Projekten.
- Die Zahlen dürften sich leicht erhöhen, wenn die Projekte hinzugezählt werden, die zwar weiterhin gefördert werden sollen, für die jedoch keine Personalangaben gemacht werden.

Eine solche "Personal-Verlaufsberechnung" ist auf der Grundlage der WR-Unterlagen nicht für alle ehemaligen AdW-Bereiche und Forschungseinrichtungen aufzustellen.⁷² Schon beim Studium der Übersichten im Anhang dürften die Schwierigkeiten deutlich werden. Auch die vorstehenden Angaben sind daher nur unter Vorbehalt zu lesen.

Im Unterschied zu einer solchen Darstellungsweise werden in der nachfolgenden Übersicht die ehemaligen Personalstärken in exemplarisch ausgewählten Forschungsbereichen den aggregierten Zahlen über die empfohlenen Personalkapazitäten in den neuen Einrichtungen bzw. Ansiedlungsorten gegenübergestellt.

Die in der zweiten Hälfte der Tabelle, nach den zusammenfassenden Angaben der Einzelempfehlungen, wiedergegebenen Daten entsprechen nicht in jedem Fall den Darstellungen im Anhang zu den 'Allgemeinen Stellungnahmen'.

⁷² In den Einzelempfehlungen zum Bereich Mathematik/Informatik etwa werden die weiterzuführenden Projekte ohne nähere Angaben zur Personalstärke diskutiert.

Übersicht 14: Stellenempfehlungen

	Chemie	Mathematik/ Informatik	Geisteswis- senschaften
bisher:	2.319/1.046 ⁷³	1.347/791 ⁷⁴	1.140/817 ⁷⁵
Empfehlungen: (ca.)	1.200/700 ⁷⁶	570/400 ⁷⁷	456-466 ⁷⁸
davon an:			
MPG	100/50	/20	/6
FhG	95-100/60-65	320/195	
BLI	200/100	80/50	
Großforschungseinrichtungen	110/70	55/40	
Bundes-Einrichtungen	170-180/ mehrheitlich	/15	
Landeseinrichtungen	35/25		
Hochschulen	500/310	/80	/ca. 200
Eingliederung in bestehende außer- universitäre Einrichtungen			/ca. 60
an neue Zentren allgemein (MPG-Trägerges.)			/ca. 90-100
Akademievorhaben			/ca. 100

Faßt man die dortigen Angaben insgesamt auf diese Weise zusammen, dann ergeben sich, ohne Differenzierungen nach Forschungsbereichen, folgende Zuordnungen. (Die Zahlen beziehen sich nicht ausschließlich auf Wissenschaftler, sondern schließen auch anderes F&E-Personal mit ein.)

⁷³ Summe aus WR: Allgem. Stellungnahmen v.27.09.91, S.41f.

⁷⁴ Summe aus WR: Allgem. Stellungnahmen v.27.09.91, S.45f.

⁷⁵ WR: Stellungnahme Geisteswissenschaften, S.18.

⁷⁶ Vgl. auch für die folgenden Angaben zur Chemie WR: Stellungnahmen Chemie, S.193f.

⁷⁷ Vgl. auch für die folgenden Angaben zum Bereich Mathematik, Informatik WR: Stellungnahme Mathematik, Informatik, Automatisierung und Mechanik, S.143.

⁷⁸ Vgl. auch für die folgenden Angaben zum Bereich Geisteswissenschaften WR: Stellungnahme Geisteswissenschaften, S.307.

Übersicht 15: Stellenempfehlungen

- in BL-Instituten	4.400 - 4.500
- in Großforschungseinrichtungen	1.670
- Fraunhofer-Gesellschaft	950
- Max-Planck-Gesellschaft	680
- Ressortforschung Bund	1.200
- Ressortforschung Länder	2.100
- Integration in Hochschulen	2.000

	13.000 - 13.100

Die Bezifferung der Differenz zwischen den ursprünglichen Beschäftigtenzahlen der Akademien und den Stellenempfehlungen kann nur unter Vorbehalt gegeben werden:

- Geht man von den etwa 30.000 F&E-Beschäftigten in den Akademien 1989 aus, dann werden für etwa 43 Prozent neue Arbeitsstellen - aggregiert und nicht in individueller Zuteilung - bereitstehen.
- Bis zu den Evaluationen des WR waren bereits erhebliche Personalabwanderungen bzw. -reduzierungen zu verzeichnen. Bei einer wahrscheinlichen Beschäftigtenzahl von rund 26.100 zum Zeitpunkt der Begutachtungen⁷⁹ dürften etwa 50 Prozent der ehemaligen Mitarbeiter eine neue Stelle finden - für rund 50 Prozent der ehemaligen Akademiebeschäftigten findet sich jedoch in der öffentlich geförderten außeruniversitären Forschung kein Arbeitsplatz mehr.⁸⁰

Bei den in den neuen oder zugewiesenen Einrichtungen bereitzustellenden Stellen handelt es sich jedoch nur zu einem Teil um etatmäßig ausgewiesene Dauerstellen. Nach den Empfehlungen des WR und der Erhebung der BLK bei den einzelnen Trägereinrichtungen dürften dies etwa 46 Prozent sein.⁸¹ Wie der WR selbst hervorhebt, basieren die Empfehlungen zur Personalausstattung "in nahezu allen Fällen darauf, daß ein hoher Anteil der Beschäftigten aus Drittmitteln finanziert werden kann. Es wird also darauf ankommen, daß

⁷⁹ Nach eigenen Berechnungen; siehe auch die Übersichten über die Akademien.

⁸⁰ Dies entspricht auch den Angaben des BMFT. Vgl.: BMFT 'Deutsche Einheit', a.a.O., S.27.

⁸¹ Vgl. WR: Allgemeine Stellungnahmen, S.22, dort: 40-50 Prozent; vgl. auch BLK 'Umsetzungsbericht', Anhang, Erhebungsbögen.

die großen Drittmittelgeber in erheblichem Maße dazu beitragen können, in den neuen Einrichtungen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Der Wissenschaftsrat empfiehlt Bund und Ländern, die Aufwendungen für Drittmittelförderung angemessen zu erhöhen.⁸²

Bedingt durch den hohen Anteil an drittmittel-finanzierten Stellen, aber auch durch die Ausstellung von Zeitverträgen für Etatstellen, dürfte die Anzahl unbefristeter Anstellungsverträge gering ausfallen. Dies entspricht durchaus auch den Empfehlungen des WR, daß, "um den neuen Forschungseinrichtungen die notwendige Flexibilität und zugleich günstige Voraussetzungen für Kreativität und Vitalität zu verschaffen, ... ein hoher Anteil der Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter zeitlich befristet" zu besetzen sei.⁸³

Die Möglichkeiten, aufgrund der bislang vorliegenden Unterlagen auf die wahrscheinliche Relation zwischen unbefristeten und befristeten Vertragsverhältnissen zu schließen, sind beschränkt. Ein erster cursorischer Überblick macht deutlich, daß hier zwischen den Einrichtungen verschiedener Fachgebiete und weiterhin zwischen wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Personal zum Teil erhebliche Unterschiede bestehen.⁸⁴ Unter Einschluß auch der erhältlichen Informationen über bereits erfolgte Personaleinstellungen in den neuen Einrichtungen lassen sich folgende Aussagen treffen:

- Die Empfehlungen des WR gehen zweifelsohne von der zeitlich direkten Ausstellung auch unbefristeter Arbeitsverträge für ehemalige Akademiemitarbeiter aus. Entgegen anderslautenden Informationen, die wir im Zuge unserer Recherchen erhielten, wurden solche Arbeitsverträge auch bereits ausgestellt.⁸⁵
- Versucht man, aus den Einzelempfehlungen entsprechende Angaben hochzurechnen, dann werden jedoch nur etwa 34 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter (unmittelbar) mit einem unbefristeten Anstellungsvertrag rechnen können.
- Für den natur- und technikkwissenschaftlichen Bereich lassen sich höhere Anteile unbefristeter Verträge ausmachen - etwa 40 bis 45 Prozent - als in den Geisteswissenschaften. Dies dürfte auch auf den erhöhten Anteil an

⁸² WR: Allgemeine Stellungnahmen, S.35.

⁸³ WR: Allgemeine Stellungnahmen, S.19.

⁸⁴ Vgl. z.B. die Angaben in der tabellarischen Zusammenfassung des WR, 'Allgemeine Stellungnahmen', S.53, aber auch in den Einzelempfehlungen, etwa WR: Stellungnahme Geo- u. Kosmoswissenschaften, S.53 u.a.

⁸⁵ Vgl. z.B. Forschungsverbund Berlin: Entwicklung und Stand. Januar 1992, o. Seitenzählung (IV.: Daten zur Beschäftigung in den Instituten).

Stellen in Groß-, Bundes- und Landesforschungseinrichtungen zurückzuführen sein.⁸⁶

- Bei nicht-wissenschaftlichem Personal liegt der Anteil unbefristeter Verträge ungleich höher als bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch darauf, daß für viele der neuen Einrichtungen bzw. Projektgruppen vorerst nur eine befristete Bestandsdauer vorgesehen ist. Dies betrifft beispielsweise die von der MPG an den Universitäten einzurichtenden Arbeitsgruppen, aber auch die neuen FhG-Einrichtungen, über deren Umwandlung in Dauereinrichtungen erst 1993 entschieden werden soll. Auch die BL-Institute sollen nach zwei Jahren erneut evaluiert werden. Das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP), über das die rund 2.000 Stellen für an Universitäten umzusetzendes Personal finanziert werden, ist vorerst auf zwei Jahre gesichert, soll jedoch auf fünf Jahre verlängert werden.

Nach den Empfehlungen des WR werden für rund 50 Prozent der ehemaligen Akademiemitarbeiter keine Arbeitsplätze im öffentlich geförderten Forschungsbereich zur Verfügung stehen. Betroffen davon sind insbesondere Mitarbeiter aus industrienahen bzw. produktorientierten Forschungsbereichen und ältere Wissenschaftler, die auf Positionen im akademischen Mittelbau beschäftigt waren. Bei den letzteren, ebenso aber auch bei Fachhochschulabsolventen, die in den ehemaligen Instituten auf Wissenschaftlerpositionen arbeiteten, vermutet der WR verminderte Chancen bei der Bewerbung um Stellen in den neuen Einrichtungen.⁸⁷

Für diese Gruppen empfiehlt der WR komplementäre Maßnahmen, so etwa die Bereitstellung von ABM-Stellen, von Umschulungs- und Fortbildungsangeboten, Stipendienprogrammen o.ä. Für etwa 3.700 Mitarbeiter aus dem Bereich der ehemaligen AdW sollen laut BMFT Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt werden.⁸⁸

⁸⁶ Vgl. z.B. Forschungsverbund Berlin, a.a.O. Hier sind rd. 54 Prozent der bislang ausgestellten Verträge unbefristet. In den Instituten des Forschungsverbundes wurden jedoch noch nicht alle Stellen besetzt, was zu Verschiebungen führen könnte. Zudem läßt sich bei den jeweiligen Vertragsarten der Anteil zwischen wissenschaftlichem und nichtwissenschaftlichem Personal nur vage erschließen.

⁸⁷ Vgl. WR: Allgemeine Stellungnahmen, S.22f.

⁸⁸ Vgl. BMFT: 'Deutsche Einheit', S.29.

Über den Verbleib der ausgeschiedenen Mitarbeiter liegen bislang keine verlässlichen Daten vor. Aussagen über die tendenziellen Mobilitätswege der ausgeschiedenen Mitarbeiter lassen sich mit Vorbehalt aus einer bereits Mitte 1991 in neun sozial- bzw. geisteswissenschaftlichen und 14 naturwissenschaftlichen Instituten der AdW durchgeführten Befragung ableiten. Dohnke und andere stellten folgendes über den Verbleib fest⁸⁹:

Übersicht 16: Verbleib ehemaliger Mitarbeiter der Akademien

Verbleib	geistes- und sozialwiss. Einrichtungen	naturwiss. Einrichtungen
Vorruhestand/Rente	40 %	
Selbständigkeit auf nichtwiss. Gebiet	17 %	
ABM	15 %	34 %
neue wiss. Tätigkeit	9 %	
nicht-wiss. Einrichtungen der alten BRD		12 %
Verbleib unbekannt	10 %	22 %

⁸⁹ DOHNKE u.a., o.J. (1991), S.17f. Die Prozentangaben beziehen sich grundsätzlich auf jeweils 100 Prozent in den jeweiligen Fachgebieten.

Zur Umsetzung der Empfehlungen

Bis zum 31. 12. 1991, dem Auslaufen der im Einigungsvertrag abgegebenen Finanzgarantie für die ehemaligen Akademie-Institute, konnten Bund und Länder, von Ausnahmen abgesehen, die wesentlichen politischen und weithin auch die finanziellen Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Empfehlungen installieren.

Bis zum 31. 12. 1991 war auch bereits eine Vielzahl der Empfehlungen des WR, zumindest ansatzweise, umgesetzt worden. Trotz zum Teil erheblicher Schwierigkeiten, finanziell noch offestehender Fragen und administrativer Probleme hatten Bund, Länder und die großen Forschungsorganisationen den Aufbau der neuen Institute und Einrichtungen intensiv vorangetrieben. In einer ersten Bilanz des Umstrukturierungsprozesses konstatierte die BLK, daß wesentliche Ziele erreicht seien, auch wenn mit dem Jahreswechsel noch keineswegs alle Aufgaben der Neustrukturierung der Forschungslandschaft abgeschlossen worden seien.¹

5.1 Institutionelle Neuordnung

Die institutionelle Neuordnung durch Bund, Länder und Forschungsorganisationen folgte im wesentlichen den Empfehlungen des Wissenschaftsrates. Aus der Befragung der BLK bei den Förderorganisationen, den Ländern und den Bundesfachministerien ergab sich zum Stichtag 1.1.1992 folgendes Bild:²

¹ BLK - 'Umsetzungsbericht', S.2.

² Vgl. BLK - 'Umsetzungsbericht', Materialien.

- Die drei empfohlenen Großforschungseinrichtungen (GFE) wurden gegründet. Bereits bestehende GFE der alten Bundesländer haben acht neue, zum Teil sehr große Institutsteile in den neuen Bundesländern aufgebaut.
- Bis zum 31.12.1991 wurden 31 neue BL-Einrichtungen gegründet, drei bestehende Einrichtungen ergänzten sich durch verschiedene Außenstellen in den neuen Bundesländern. Hinzu kommt eine neue Service-Einrichtung.
- Der BLK lagen Meldungen der Länder über die Einrichtung von 13 Landesforschungseinrichtungen vor. Aufgrund fehlender Rückmeldungen verschiedener Landesressorts dürfte diese Zahl tatsächlich höher liegen.
- Der Bund hatte neue Bundesressort-Forschungseinrichtungen gegründet und bestehende um Außenstellen erweitert.
- Die Max-Planck-Gesellschaft hatte zwei neue Institute, zwei Außenstellen von Instituten, 29 Arbeitsgruppen an Hochschulen und eine Trägereinrichtung für sieben geisteswissenschaftliche Zentren eingerichtet. Weitere Gründungsbeschlüsse waren in Vorbereitung; mittelfristig will die MPG bis zu acht, langfristig bis zu 15 Institute und Projektgruppen in den neuen Bundesländern einrichten.³
- Die Fraunhofer-Gesellschaft hatte bis zum Jahresende acht eigenständige Einrichtungen, einen neuen Institutsteil und 12 Außenstellen bestehender Institute eingerichtet.⁴
- Eingerichtet wurde weiterhin die vom WR empfohlene 'Kommission zur Erforschung des politischen und sozialen Wandels in den neuen Bundesländern'. Entgegen ursprünglich 30 vorgeschlagenen Projekten, die im Rahmen von Akademieprogrammen bearbeitet werden sollten, wurden 60 Langzeitvorhaben installiert. Die DFG bewilligte im Normal- und Schwerpunktverfahren 1.085 Projekte (118,65 Mio. DM), davon gingen zwei Drittel an Hochschulwissenschaftler und etwa ein Drittel an ehemalige AdW-Mitarbeiter.
- Im 'Wissenschaftler-Integrations-Programm' (WIP), das in Art. 8 des HEP verankert, die Eingliederung von ehemaligen Akademie-Mitarbeitern in die Hochschulen durch eine zunächst auf zwei Jahre befristete Übernahme von Personalkosten fördert, waren 1.784 Anträge bewilligt worden. Dies sagt allerdings nichts über die Bereitschaft der Hochschulen aus, die mit einer

³ MPG: Zur Umsetzung der an die Max-Planck-Gesellschaft gerichteten Empfehlungen des Wissenschaftsrates gemäß Art. 38 des Einigungsvertrages. In: BLK - 'Umsetzungsbericht'.

⁴ FhG: Zusammenfassende Einschätzung zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates. In: BLK - 'Umsetzungsbericht'.

solchen Förderungszusage ausgestatteten Wissenschaftler auch tatsächlich anzustellen.⁵

Zum Berichtszeitpunkt war es in sechs Fällen noch nicht zur Errichtung der in den Empfehlungen des WR vorgesehenen Forschungseinrichtungen gekommen. Dabei handelte es sich im wesentlichen um Landesforschungseinrichtungen.

In der nachfolgenden Übersicht werden die Empfehlungen des WR und die erfolgten Neueinrichtungen am Beispiel der ehemaligen Bauakademie dargestellt. Dabei wurden ebenfalls die empfohlenen und die in den Haushalten zum Ansatz gebrachten Personalstärken vermerkt. Hinzu kommen u.U. noch über ABM oder Drittmittel finanzierte Zeitstellen. Vermerkt wurde auch, woher sich das Personal in den neuen Einrichtungen rekrutiert.

In den Zahlen sind keine Angaben zu ABM-Maßnahmen oder zum WIP enthalten.

Nach den Angaben des WR in den Allgemeinen Stellungnahmen (S.48) werden insgesamt mindestens 860 Beschäftigte (nicht ausschließlich F&E-Personal) zur Umsetzung empfohlen, darunter ca. 585 Wissenschaftler, jeweils eingerechnet 'Transfer in HS über HEP insgesamt ca. 200'. Die für das BLK-Schlegel-Papier von den Ländern bzw. Instituten angegebenen Daten über WR-Empfehlungen stimmen also nicht in jedem Falle mit den Einzelempfehlungen und der WR-Zusammenfassung überein.⁶

⁵ Siehe weiter unten 5.1. Vgl. zu den vorstehenden Abschnitten BLK - 'Umsetzungsbericht', S.4f.

⁶ Im BLK - 'Umsetzungsbericht' wird unter 'Hinweise zur Interpretation der Materialien' festgestellt, daß die 'Interpretation' der WR-Zahlen den Auffassungen der hier informationsgebenden Stellen entspräche und eine Abgleichung mit den Zahlen des WR durch die BLK nicht stattgefunden habe.

1. Einrichtungen	Zeitpunkt der Begutachtung 12	Empfehlungen WR 8	Detailliert a.: 3 BL b.: 5 Landeseinr.	
2. Personal ²	WR	Haushaltsansatz	ausgest. Verträge	
		Personal aus alt.Inst.	Personal aus NBL	
1: Inst. f. Regionalentwicklung und Strukturplanung	50./35	50./22	39./12	39.
a2: Inst. f. ökologische Raumplanung	100./70 ³	80./36	63.	52. 60.

1 Im wesentlichen nach BLK - 'Umsetzungsbericht'.

2 Nach BLK - 'Umsetzungsbericht'; Zusammenfassung nach dortigen Erhebungsbögen und Angaben in Einzelempfehlungen des WR.

3 Lt. WR: "im Endausbau". Stellungnahme Bauakademie, S.22.

Übersicht 17 (Fortsetzung)

2. Personal	WR	Haushaltsansatz	ausgest. Verträge	Personal aus alt.Inst.	Personal aus NBL
a3: FhI f. Erh. u. Modernisierung v. Bauwerken (Berlin) ⁴	100./70	61./24	(keine weiteren Angaben auf Einzelnachweis; bis zum 15.1.1992 noch nicht gegründet)		
b1: Materialforsch. und -prüfungsanstalt Berlin/Brdbg.	90./30	Gründung vorauss. erst 1.1.1993			
b2: Materialforsch. und -prüfungsanstalt Thüringen	75./50 ⁵	45./18	63.		
b3: Materialforsch. und -prüfungsanstalt Sachsen/Leipzig	130./60	130./58	126.	95.	126.

4 Lt. WR alternativ als FhI oder als BLI an Hochschule. WR plädiert für erste Lösung. In BLK - 'Umsetzungsbericht' als Landeseinrichtung Berlin aufgeführt, dort Haushaltsansatz, aber keine weiteren Angaben oder Einzelnachweise.

5 Laut Angaben des BLK - 'Umsetzungsbericht' hat WR 30 Wissenschaftler empfohlen. In WR-Empfehlungen sind jedoch die o.a. Zahlen enthalten, wobei aufgeführt wird, daß der überwiegende Teil, "mindestens jedoch 30 wissenschaftliche Mitarbeiter" aus altem IfB (Institut f. Baustoffe) stammen sollten. Stellungnahme Bauakademie, S.26.

Übersicht 17 (Fortsetzung)

2. Personal	WR	Haushalts- ansatz	ausgest. Verträge	Personal aus alt.Inst.	Personal aus NBL
b4: Materialforsch. und -prüfungsanstalt Sachsen/TU-Dresden	60./15	keine weiteren Angaben			
b5: Landesinstitut für Industrie- u. Gewerbe- entwicklung	24./12	20./12	20.	19.	19.
c: an Hochschulen	ca. 200 Wissenschaftler				
Gesamt	629./342 + 200 über HEP	386./170	284.	205.	244.
	----- 829./542				

Trotz solcher Erfolgsbilanzen lassen sich verschiedene Problemfelder des Umsetzungsverfahrens benennen. Sie liegen zum einen in den noch nicht endgültig geklärten politischen, finanziellen und administrativ-technischen Rahmenbedingungen und Regelungen, zum anderen in Schwierigkeiten auf der Ebene der einzelnen Einrichtungen.

- Die neuen Forschungseinrichtungen befanden sich zu Beginn des Jahres 1992 vielfach noch im Gründungsstadium.⁷ Die Forschungsarbeiten konnten, wenn überhaupt, erst ansatzweise aufgenommen werden.

Die Gründungsphase stellte die Beteiligten vor zum Teil erhebliche Probleme. Mangelnde Kompetenzen in der Wissenschaftsverwaltung und fehlendes Verwaltungspersonal behinderten die Aufbauarbeiten in erheblichem Maße. Auf der Grundlage der von ihr erhobenen Informationen konstatierte die BLK, "daß ein Teil der neugegründeten Institute noch ohne administrative Leitung und damit ohne verwaltungsmäßig Verantwortliche ist"⁸.

Die zuständigen Landesministerien, selbst im Aufbau, konnten die Schwierigkeiten nicht ausgleichen. Auch hier herrschte ein Mangel an erfahrenen Wissenschaftsmanagern, "so daß auch Möglichkeiten der Verwaltungshilfe nur bedingt bestehen". In Berlin schlossen sich acht BL-Institute zu einem Forschungsverbund zusammen und bildeten "zur administrativen und verwaltungstechnischen Entlastung" eine gemeinsame Verwaltung.⁹

- Verzögerungen ergaben sich bei der Berufung von Leitungspositionen in den neu gegründeten Einrichtungen.

- In verschiedenen Fällen veränderten die Gründungskomitees bzw. Gründungsdirektoren, in Abweichung von den Empfehlungen des WR, die wissenschaftliche Schwerpunktsetzung der neuen Einrichtungen. Dies hatte nicht zuletzt Auswirkungen auf die vorgesehene Personalzusammensetzung: Vom WR positiv evaluierte Projektgruppen, die den Instituten zugewiesen waren, wurden abgewiesen. "Sicher geglaubte Erwartungen der in diesem Arbeitsbereich Tätigen wurden so enttäuscht."¹⁰ Die Betroffenen sollen nun über das WIP gefördert werden, bis sich eine neue Lösung abzeichnet.

- Umsetzungsschwierigkeiten ergaben sich auch dort, wo die Empfehlungen des Wissenschaftsrats

- von den Ländern als zu allgemein empfunden wurden;

⁷ Etwa als 'Vorverein' oder als 'GmbH in Gründung'.

⁸ BLK - 'Umsetzungsbericht', S.12.

⁹ Forschungsverbund Berlin, Berlin 24.01.1992, (S.4).

¹⁰ BLK - 'Umsetzungsbericht', S.14.

- zu viele bzw. teilweise nicht realisierbare Alternativen enthielten;
- zur Stellenstruktur "zu weit von der akzeptierten Struktur der Einrichtung in den alten Bundesländern abweichen"¹¹;
- keine oder keine präzisen Aussagen zur Infrastruktur enthielten;
- sich mit dem vorhandenen Instrumentarium der gemeinsamen Forschungsförderung nicht oder nur schwer verwirklichen lassen.¹²
- Bemerkenswert ist gerade der letztgenannte Punkt deshalb, weil davon auch der mehr oder minder einzige Fall betroffen ist, in dem der WR eine neue Organisationsform in der Forschungslandschaft empfohlen hat: Bei der Einrichtung von Wissenschaftsparks kommt es zu erheblichen Schwierigkeiten, da, wie die BLK ausführt, "Instrumentarien zur Umsetzung dieser Empfehlungen ... - auch in den alten Ländern - nicht vorhanden" sind. Die Beteiligungsmöglichkeiten, -formen und -modalitäten von Wirtschaft, Hochschulen und außeruniversitärer Forschung sind bislang ungeklärt, und es fehlt auch an qualifiziertem Managementpersonal zur Übernahme einer solchen Aufgabe.
- Obwohl der WR nur wissenschaftliche Vorhaben und Arbeitsbereiche begutachtete und damit ausdrücklich kein Urteil über Personen abgeben wollte, blieb es nicht aus, daß sich gerade Mitarbeiter kleinerer Forschungseinrichtungen "in den Empfehlungen sehr wohl wiedererkannten und sich als Person überprüft und positiv begutachtet fanden"¹³. Um bei einer empfohlenen Umsetzung an die Hochschulen Einheitlichkeit unter den Betroffenen herzustellen, wurde ein besonderes Auswahlverfahren im Integrationsausschuß installiert.
- Als wohl größtes Problem hat sich die Überführung der vom Wissenschaftsrat empfohlenen 2.000 Wissenschaftler an die Hochschulen erwiesen. In Anbetracht verordneter Personalreduzierungen und der noch nicht abgeschlossenen Arbeit der Hochschulstrukturkommissionen in den meisten Ländern fanden sich viele Hochschulen nicht - oder noch nicht - zur Übernahme der Wissenschaftler bereit. Die Bewilligungen des sogenannten 'Integrationsausschusses', der die Förderanträge der vom WR positiv evaluierten Forschungsprojekte nochmals prüfte und die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellte, blieben da wirkungslos, wo die komplementär beizubringende Absichtserklärung der Hochschulen zur Übernahme des Personals ausblieb.

¹¹ BLK - 'Umsetzungsbericht', S.14.

¹² BLK - 'Umsetzungsbericht', S.14.

¹³ BLK - 'Umsetzungsbericht', S.15.

5.2 Personelle Neuordnung

Bis zum 31.12.1991 waren in den meisten Fällen zumindest die haushaltstechnischen Regelungen zur personellen Ausstattung der neuen Einrichtungen geschaffen worden. Eine Personalbilanz der bis zum Jahreswechsel 1991/92 bereits "arbeitsfähigen" Einrichtungen zeigt, daß

- für die vom WR für diese Institute vorgesehenen Personalstärken auch entsprechende Haushaltsstellen geschaffen wurden (rund 9.500);
- zum 1.1.92 für mindestens 78 Prozent dieser Stellen bereits Arbeitsverträge ausgestellt oder doch feste Einstellungszusagen gemacht wurden;
- weit über die Stellenquoten hinaus, die der WR - im Zuge der Umsetzung von Projektgruppen - explizit für ehemalige Akademiemitarbeiter benannte, mindestens rund 89 Prozent der bisher ausgefertigten Arbeitsverträge bzw. Stellenzusagen in den neuen Einrichtungen an ehemalige Angestellte der Akademien gingen.

Die Daten entstammen ebenfalls der von der BLK zum Jahreswechsel durchgeführten Befragung. Für die nachfolgende tabellarische Übersicht wurden diese Angaben zusammengefaßt. Dabei ist allerdings zu beachten, daß im Zuge dieser Zusammenfassung rechnerisch-technische Ungenauigkeiten entstanden sind: Nicht alle Einrichtungen haben detailliert zwischen Gesamtpersonal und Wissenschaftlern unterschieden oder Auskunft über die berufliche Herkunft der neu angestellten Mitarbeiter gegeben. Die Additionen über die jeweiligen Personalmerkmale in den einzelnen Einrichtungstypen verdecken diese fehlenden Angaben. Nur so ist es auch erklärlich, daß den bloßen Zahlen nach in einigen Fällen weniger Mitarbeiter aus den neuen Bundesländern kommen als etwa aus den Instituten der ehemaligen Akademien: Hier fehlten entsprechende Angaben. So wird die Tendenz der oben vorgestellten Aussagen allerdings noch deutlicher: In den meisten Instituten wurden weit mehr als 90 Prozent der bisher ausgestellten Arbeitsverträge an ehemalige Akademie-Mitarbeiter vergeben. Berücksichtigt man die Angaben der jeweils einzelnen Einrichtungen, dann kommt eine noch größere Anzahl der neuen Mitarbeiter aus dem Gebiet der ehemaligen DDR.

Typus der Einrichtung	Anzahl der Einrichtungen	Empfehlungen des WR	Wirtschafts- pläne/ Haus- halts- stellen	Arbeitsver- träge + Ein- stellungs- zusagen z. 1.1.92	aus alten Instituten		aus neuen Bundesländern	
					absolut	in %	absolut	in %
Großforschungs- einrichtungen	12	1.726/607	1.726/638	1.206	1.091	90	964	80
Blaue-Liste Ein- richtungen	41	4.512/1.919	4.189/1.626	3.187	2.781	87	2.687	84
Fraunhofer Ein- richtungen	21	900		960				
Max-Planck-Ges.	34	654/382	703,5	514	566	91	385	75
Bundesforschungs- anstalten	8	860/211	1.054/215	782	722	92	775	99
Landesein- richtungen	13	857/202	959/322	804	686	85	717	89

Zusätzlich zu den in den Wirtschaftsplänen angegebenen Stellen sind nach den der BLK bisher vorliegenden Angaben weitere 1.002,5 ABM-Stellen in Großforschungseinrichtungen, in Blaue-Liste-Einrichtungen, in Bundes- und Länderforschungseinrichtungen ausgewiesen.

6

Resümee

Vergleicht man die kritischen Einwände zu Beginn des Evaluationsprozesses mit späteren Aussagen, dann läßt sich zweifelsohne ein Umschwung konstatieren: An die Stelle von Vorbehalten trat weitgehende Zustimmung. Von Einzelfällen abgesehen, stieß sowohl die vorgeschlagene 'Dekomposition' bisheriger Strukturen als auch die empfohlene Neugliederung auf hohe Akzeptanz und Anerkennung - im Osten wie im Westen. Die Resonanz in der zuvor weit- hin skeptisch eingestellten fachlichen wie politischen Öffentlichkeit fiel durch- weg positiv aus.

Ausschlaggebend dafür war offensichtlich nicht zuletzt die als angemessen empfundene und vorherigen 'Vorurteilen' nicht aufsitzende Bewertung der Forschungsleistungen und -potentiale in den ehemaligen Akademieeinrichtungen. In einer Befragung der wissenschaftlich-technischen Räte in den von der Begutachtungsprozedur betroffenen ehemaligen Akademieinstituten fand Bigl überwiegende Zustimmung. 92 Prozent der Befragten glauben, daß der WR die Mitarbeiter der Einrichtung "zutreffend" oder doch "überwiegend zutref- fend" bewertet habe, gar 100 Prozent, daß das Niveau der in den jeweiligen Instituten bearbeiteten Themen zutreffend bzw. überwiegend zutreffend beur- teilt worden sei.

Auf die Frage: "Fühlen Sie sich insgesamt gerecht beurteilt?", antworteten 55 Prozent mit "ja", 40 Prozent "ja, mit Einschränkungen" und mit "nein" 5 Prozent der Befragten.

Die "Evaluierungsatmosphäre" wurde von 90 Prozent als "gut" eingeschätzt. 38 Prozent der Befragten attestierten dem WR eine "gründliche", 62 Prozent eine nur "teilweise gründliche" Prüfung der Leistungen und Themen in den jeweiligen Einrichtungen. Niemand warf dem WR allerdings eine "oberfläch- liche" Begutachtung vor.

Auch die Empfehlungen des WR zur institutionellen Neuordnung stießen auf weitgehende Zustimmung. 59 Prozent der von Bigl befragten Räte glaub-

ten, daß die Empfehlungen "im Interesse einer effektiven deutschen Gesamtforschung auf ihrem Fachgebiet ... sinnvoll" seien, 36 Prozent stimmten dem mit Einschränkungen zu, nur 5 Prozent hielten die Empfehlungen für nicht gut.

Obwohl in den neuen Einrichtungen bzw. an den empfohlenen Ansiedlungsorten Stellen im Umfang von nur etwa der Hälfte des bisherigen Personalbestandes der ehemaligen Akademien bereitgestellt werden, überwiegen auch in diesem Punkt die zustimmenden Reaktionen. Verglichen mit vorherigen Befürchtungen fiel die empfohlene Personalreduktion glimpflicher aus als erwartet. "Insgesamt", so das IGW, "ist die Evaluation positiver ausgefallen als vermutet."¹ Vor dem Hintergrund solcher Ergebnisse folgert Bigl: "Unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen verdienen die Leistungen des Wissenschaftsrates (WR) und der von ihm geleiteten Evaluierungsgruppen hohe Anerkennung."²

Betrachtet man die Evaluation der Akademien und die in den Empfehlungen vorgeschlagene Neuordnung der öffentlichen, außeruniversitären Forschungslandschaft zuerst als in sich geschlossene, von anderen wissenschaftspolitischen Problemstellungen in den neuen Bundesländern abgehobene Aufgabe, dann kann den bisher vorgestellten Urteilen durchaus zugestimmt werden. Selbst unter Berücksichtigung der kritischen Stimmen und Einwände gegenüber einzelnen Entscheidungen des WR zeigt die detaillierte Analyse der verschiedenen Stellungnahmen eine insgesamt abgewogene und angemessene Lösung der vorgegebenen Problemstellung. Sowohl unter fachwissenschaftlichen Gesichtspunkten - soweit sich dies im Einzelfall beurteilen läßt -, vor allem aber auch im Kontext der politisch gesetzten Rahmenbedingungen ist die Arbeit des WR positiv zu würdigen.

Ungeachtet dieser Leistung zeichnen sich verschiedene Problemfelder jedoch dann ab, wenn die Stellungnahmen und Empfehlungen des WR als inhärente Bestandteile einer umfassenden Systemtransformation der Wissenschafts- und Forschungsstrukturen in den neuen Bundesländern betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund zeigen sich sowohl Probleme bei der praktischen Umsetzung der Empfehlungen als auch wissenschaftspolitisch uneingelöste Ansprüche. Ob die mangelnde Berücksichtigung solcher Umstände allerdings dem WR anzulasten ist, wurde bereits oben angezweifelt.³ Zum Teil hat

¹ Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen in 'BT-Anhörung' 1991, S.13 (Zählung in BT-Unterlagen: S.21).

² BIGL, F. in: 'BT-Anhörung' 1991, S.3, Daten: Anlage S.2.

³ Vgl. Kap. 3.3.

der WR solche Schwierigkeiten selbst vorausgesehen und in der politischen Diskussion artikuliert, ohne sie jedoch beeinflussen zu können.

1. Vor dem Hintergrund der gesamten Neuordnung von Wissenschaft und Forschung in den neuen Bundesländern betrachtet, läßt sich die Arbeit des WR als "vorbildhaft" aber "fragmentarisch" kennzeichnen. Vorbildhaft meint dabei nicht nur die Qualität der Evaluation, sondern - verglichen mit den anderen Segmenten der F&E-Landschaft, der universitären und industriellen Forschung - vielmehr die von wissenschaftspolitischer und fachwissenschaftlicher Seite gezielt in Angriff genommene inhaltliche und organisatorische Neuordnung des außeruniversitären, öffentlich geförderten Bereiches. Gemessen an diesem Vorbild fällt der politische "Gestaltungswille", vielleicht auch die Gestaltungsmöglichkeiten in den anderen Forschungssektoren ab. Obwohl der WR auch verschiedene Disziplinen im hochschulischen Bereich begutachtete, war die Umsetzung dieser Empfehlungen aufgrund der föderalen Zuständigkeiten bzw. aufgrund der mangelnden Eingriffsmöglichkeiten des Bundes wesentlich problematischer.

Die Charakterisierung der WR-Empfehlungen als "fragmentarisch" hebt nicht zuletzt auf die Sonderstellung des außeruniversitären Forschungsbereiches ab. In dem Maße, wie die Neustrukturierung der anderen Bereiche dahinter zurückbleibt, läßt sich eine "Ungleichzeitigkeit" in der Entwicklung des gesamten F&E-Bereiches konstatieren. Dies bedeutet nicht nur, daß die mögliche innovative Potenz von Wissenschaft und Forschung für die neuen Bundesländer nicht optimal ausgeschöpft werden kann. Es bedeutet auch, daß die Empfehlungen des WR zum außeruniversitären Bereich dort an Beschränkungen und Grenzen stoßen, wo andere F&E-Bereiche mittel- oder unmittelbar tangiert werden, ohne daß auf diese ein ähnlich starker ordnender Einfluß genommen werden könnte. Als Beispiel sei an die Ausgliederung industrie- bzw. produktnaher Forschungspotentiale aus der öffentlichen Förderung erinnert: Der Verweis auf eine Ansiedlung solcher Potentiale in der Industrie mag unter forschungs-, aber auch förderungstechnischen Gesichtspunkten angemessen sein; schließlich hat sich die Arbeitsteilung zwischen hochschulischer, öffentlich geförderter außeruniversitärer und Industrieforschung als effizient bewährt. Die Empfehlung geht jedoch da ins Leere, wo der industrielle F&E-Sektor entsprechende Arbeitsmöglichkeiten derzeit nicht bieten kann, es nicht zu einer Verwertung der offensichtlich doch fähigen Potentiale kommt.

2. Beispielhaft lassen sich die aus einem ungleichzeitigen Wandel der verschiedenen Wissenschaftssektoren resultierenden Schwierigkeiten auch an der zögerlichen Überführung ehemaliger Akademie-Wissenschaftler an die Hochschulen demonstrieren. Dabei werden ebenfalls Reibungsverluste deutlich, die

aus einer mangelnden politischen Abstimmung, letztlich aus einer mangelnden politischen Gesamtstrategie herrühren.

Der Hochschulsektor in den neuen Bundesländern befindet sich in einem noch nicht abgeschlossenen Wandlungsprozeß. Nach Maßgabe der jeweiligen Länder sind Personalreduzierungen von bis zu 50 Prozent vorzunehmen. Von einer konsolidierten Struktur und einer zumindest vorläufig feststehenden fachlichen Differenzierung kann selbst heute noch nicht ausgegangen werden.

Die finanziellen Möglichkeiten der neuen Länder sind begrenzt, die zukünftige fiskalische Entwicklung ist nur schwer zu kalkulieren. Die Finanzierung der aus den Akademien an die Hochschulen umzusetzenden Wissenschaftler war jedoch vorerst nur für zwei Jahre über Bundesmittel (HEP) abgesichert. Danach sollten die entsprechenden Stellen über die Haushalte der Hochschulen finanziert werden.

Aus dieser Konstellation leiteten sich mehrere Probleme ab: Zum einen mußten sich die Hochschulen mit der Übernahme von eindeutig ausgewiesenen Fachwissenschaftlern auf spezifische disziplinäre Schwerpunkte festlegen bevor noch Einverständnis über ein fachliches, aber auch fachinhaltliches Lehrangebot hergestellt worden war. Berücksichtigt man das Auslaufen der Außenfinanzierung und die dann intendierte Übernahme der Wissenschaftler, hatte eine solche Festlegung zum zweiten auch einen langfristigen prospektiven Charakter. Abzuschätzen war, ob das durch den jeweiligen Wissenschaftler vertretene Fachgebiet sich in ein späteres hochschulisches Gesamtkonzept integrieren ließ. Wollte man die jeweilige Stelle nach zwei Jahren nicht ersatzlos streichen, waren damit jedoch drittens auch finanzielle Festlegungen für einen nicht überschaubaren Zeitraum verbunden. Schließlich waren Kontroversen abzusehen, die sich aus einer Anstellung externer Wissenschaftler bei gleichzeitiger Entlassung von Universitätsangehörigen ergeben würden.

Der WR hat diese, aus mangelnder inhaltlicher, zeitlicher und administrativer Abstimmung resultierenden Schwierigkeiten offensichtlich antizipiert. So lassen sich verschiedene Ausführungen im Allgemeinen Teil der Stellungnahmen durchaus als Hinweise auf die Widersprüchlichkeit verstehen, einerseits zur Reorganisation der außeruniversitären Forschung beitragen zu sollen, ohne andererseits über Instrumente zu verfügen, die es erlaubten, den angestrebten Primat der Hochschulforschung vorantreiben zu können. "Als der Wissenschaftsrat die Aufgabe übernahm, Empfehlungen zur Neustrukturierung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen ... vorzubereiten, war es aus seiner Sicht unerläßlich, daß ein angemessener Zeitraum für die Vorbereitung der Stellungnahmen eingeräumt würde. Mit Art. 38 des Einigungsvertrages haben die politisch Verantwortlichen schließlich für einen erheblichen Teil der außeruniversitären Forschungseinrichtungen diese Voraussetzungen

geschaffen. Der Wissenschaftsrat bedauert, daß sich eine ähnliche Regelung für die Hochschulen nicht hat realisieren lassen."⁴

3. Die Kritik dürfte sich keineswegs nur auf die Schwierigkeiten bei der Überleitung der 2.000 positiv bewerteten ehemaligen Akademie-Mitarbeiter beschränken. Problematische Kontextbedingungen, die aus einer defizitären politischen Gesamtstrategie herrühren - dabei dem eigentlichen Evaluationsverfahren des WR zwar extern sein mögen, die intendierten Effekte aber dennoch tangieren - zeigen sich auch allgemein bei der Umsetzung der Empfehlungen.

Bis zum Jahreswechsel 1991/92, dem Auslaufen der vom Bund im Einigungsvertrag übernommenen Bestandsgarantie, wurden wesentliche Teile der Empfehlungen bereits umgesetzt. Verschiedene Ausnahmen und Abweichungen wurden weiter oben geschildert. Problematisch, sowohl für die bereits gegründeten als auch für die noch ausstehenden Einrichtungen, scheinen jedoch die noch nicht endültig geklärten oder häufig labilen fiskalischen, aber auch die administrativen Rahmenbedingungen zu sein.

Dabei ist zuerst auf die Diskrepanz zwischen beschränkten Finanzierungsmöglichkeiten der neuen Bundesländer und den durch die Empfehlungen vorgegebenen Finanzierungsnotwendigkeiten hinzuweisen. Obwohl nicht bezweifelt werden soll, daß die vom WR für die Fortführung der verschiedenen Akademie-Arbeitsbereiche vorgeschlagenen Organisationsformen forschungstechnisch angemessen sind, werden aufgrund der entsprechend empfohlenen Trägerschaften die neuen, finanzschwachen Länder in einem Maße belastet, wie dies vergleichsweise in den alten Bundesländern nicht der Fall ist. Empfohlen wurden überproportional häufig Einrichtungen mit geringer Bundesbeteiligung und unterproportional solche mit hoher Bundesbeteiligung.

In der nachfolgenden Übersicht wird die Verteilung von F&E-Personal auf verschiedene Träger mit jeweils unterschiedlicher finanzieller Bundesbeteiligung dargestellt. Dem tatsächlichen Verhältnis in den alten Bundesländern werden vor dem Hintergrund der Bevölkerungszahlen die proportional entsprechenden Sollgrößen in den neuen Länder gegenübergestellt. Im Vergleich mit den vom WR empfohlenen Trägerschaften wird die Belastung der Länder deutlich. Die Empfehlungen zur Umsetzung von Projektbereichen aus der AdL sind in den Daten noch nicht enthalten. Bei der Vielzahl der dort emp-

⁴ WR: Allgemeine Stellungnahmen, S.6.

fohlenen BL-Einrichtungen verschiebt sich das Verhältnis nochmals eklatant zuungunsten der neuen Länder.⁵

Übersicht 19: Verteilung von F&E-Personal (Stellen) auf Träger mit verschiedener finanzieller Bundesbeteiligung in den alten Bundesländern, proportionale Abbildung auf die neuen Länder und Vergleich mit den Empfehlungen des WR

	Bundesressortforschung	Sonstige institut. Bundesförderung		Länder- + gemeinde-eigene F&E	Gesamt
Bundesbeteiligung	100 %	90 % (GFE, FhG)	50 % (MPG, BLE)	0 %	
alte Länder (Ist)	14.500 (30 %)	17.500 (36 %)	11.700 (24 %)	5.200 (10 %)	48.900 (100 %)
neue Länder ca. 25 % (Soll)	3.00	4.400	2.900	1.300	12.200
Im Vergleich dazu: Empfehlungen des WR, NBL	400 (5 %)	2.600 (31 %)	4.300 (52 %)	1.000 (12 %)	8.300 (100 %)

4. Nicht nur der hohe Länderanteil an der Finanzierung der neuen Einrichtungen dürfte sich problematisch auswirken. Bei dem vom WR empfohlenen hohen Anteil an drittmittelgeförderten Stellen in den neuen Einrichtungen einerseits und den im Vergleich zu den übernommenen bzw. zugewiesenen Einrichtungen meist unterproportional gewachsenen Haushalten der Träger andererseits, könnte es in den nächsten Jahren zu einer verschärften Konkurrenz auf dem gesamtdeutschen F&E-Markt kommen. Eine gestiegene Anzahl von öffentlich zu fördernden Einrichtungen bei gleichzeitig nicht proportional gestiegenen Forschungshaushalten bzw. Kürzungen in den Finanzzuwächsen

⁵ Die Tabelle wurde in leicht abgeänderter Form der Stellungnahme des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst für die Anhörung des BT-Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung entnommen. Dresden: Staatsministerium 22.09.1991. Die dort enthaltenen Daten über die alten Bundesländer und die proportional errechneten für die neuen Länder basieren auf Angaben des BMFT v. 2.10.1990.

könnte gerade für die neuen Einrichtungen bedrohlich werden.⁶ Eine Konkurrenz auf der Ebene der Mittelallokation zwischen den Einrichtungen in den alten und den neuen Bundesländern zeichnet sich ab.

Auch zwischen den Einrichtungen einzelner Förderorganisationen lassen sich solche Konkurrenzen erahnen: Bei der FhG etwa, wo mit der Bildung von Arbeitsgruppen aus dem Forschungspotential der ehemaligen Akademien nun ein "zunehmender Überlappungsgrad" in den Akquisitionsfeldern der einzelnen Fh-Einrichtungen konstatiert wird, sollen "geeignete organisatorische Maßnahmen" entwickelt werden, um die "notwendig werdenden Abstimmungs- und Profilierungsprozesse zwischen den einzelnen Instituten und Einrichtungen zu fördern".⁷

5. Unter verschiedenen Gesichtspunkten sind Verzögerungen in den noch ausstehenden Umsetzungsaktivitäten und insbesondere Schwierigkeiten bei der Stabilisierung der bereits gegründeten Einrichtungen zu erwarten.

Ursächlich dafür - und hintergründig die oben skizzierten finanziellen und administrativen Probleme bedingend - dürfte das Fehlen einer umfassenden politischen Strategie zur Umwandlung eben nicht nur der außeruniversitären F&E-Landschaft sein, die Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung der verschiedenen Wissenschafts- und Forschungssektoren und die sich daraus ergebenden Koordinierungs- und Abstimmungsprobleme. Der Rückzug des Bundes nach Abschluß der WR-Evaluationen macht sich bemerkbar: "Schließlich ermöglicht die starke bundespolitische Komponente des Abwicklungs- und Überleitungsverfahrens eine gestalterische Einflußnahme der FuE-Politik des Bundes selbst in Bereichen, die im föderalen Staatsaufbau der Bundesrepublik Deutschland zwar den Ländern zugeordnet sind, die NBL jedoch - zumindest gegenwärtig - in ihrer konzeptionellen und finanziellen Kraft überfordern."⁸

6. Die vornehmliche Beschränkung der politischen Steuerungskräfte auf den außeruniversitären, nicht wirtschaftlichen F&E-Bereich und das Fehlen eines alle F&E-Sektoren koordiniert umfassenden Entwicklungskonzeptes stellt sich unter dem Gesichtspunkt einer Effektivierung der gesamten Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern als defizitär heraus. Andererseits ist es sicherlich zutreffend, daß die Alternative nicht in einer lediglich auf die neuen Bundesländer begrenzten Strategie bestanden hätte. Eine Bestandsaufnahme und Revision der gesamtdeutschen Forschungslandschaft, der För-

⁶ Vgl. auch: Arbeitsgemeinschaft der Großforschungseinrichtungen 1992, S.149.

⁷ BMFT: 'Deutsche Einheit', 1991, S.19.

⁸ Institut für Gesellschaft und Wissenschaft in 'BT-Ausschuß/Anhörung' 1991, S.48.

derinstrumentarien und -modalitäten wäre die wahrscheinliche Voraussetzung gewesen.

Ob dies unter dem zeitlichen Druck der deutschen Wiedervereinigung zu bewerkstelligen gewesen wäre, sei dahingestellt. Mit dem im Einigungsvertrag festgeschriebenen Auftrag der "Einpassung" von Wissenschaft und Forschung in das bestehende Wissenschafts- und Forschungsförderungssystem der bestehenden Bundesrepublik war eine solche Möglichkeit allerdings auch weitgehend ausgeschlossen. Obwohl der WR selbst wiederholt betont hatte, diese Vorgabe sei nicht "lediglich als Übertragung der in den alten Ländern entwickelten Strukturen auf die neuen Länder zu verstehen"⁹, blieben die Strukturen und Organisationsformen von Wissenschaft und Forschung in den alten Bundesländern letztlich doch das weithin einzige konkrete Prüfkriterium für die Evaluationen. Dies wird zum einen bei einer Analyse der abgegebenen Einzelempfehlungen deutlich, geht aber auch aus eher allgemeinen Passagen der Gesamtempfehlungen hervor und wird an verschiedenen Stellen explizit ausgesprochen. Die Evaluation müsse u.a., so etwa in den Empfehlungen zum Bereich Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, "das System der Organisation von Wissenschaft in der Bundesrepublik nicht als alleinige, aber doch als wichtigste Zielgröße vor Augen haben."¹⁰ Die Entwicklung einer konzeptionellen Alternative, die - in Anbetracht der vom WR auch für das westdeutsche Wissenschafts- und Forschungssystem festgestellten Mängel - die beiden bisherigen Teilsysteme integriert hätte, blieb aus. Im Gegensatz zu den Aussagen in Texten aus der Zeit vor der deutschen Vereinigung¹¹ sieht der WR im Begutachtungsverfahren nun nur noch die Chance, die "strukturellen und organisatorischen Voraussetzungen" einer späteren Weiterentwicklung zu schaffen. Die selbstkritische Überprüfung und Revision als Zielvorstellung wird, so der WR, "im vereinten Deutschland nur mittelfristig zu erreichen sein"¹².

Die interpretatorische Festlegung des Begriffs "Einpassung" durch die den Einigungsvertrag begleitenden politischen Aussagen dürften die 'systemtrans-

⁹ Auch in den Wissenschaftsstrukturen der alten Bundesländer ließen sich "... ungelöste Probleme, Defizite, organisatorische Mängel und innere Widersprüchlichkeiten aufweisen ...". Vgl. WR 'Allgemeine Empfehlungen' 1991, S.5.

¹⁰ WR: Stellungnahme Sektion Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, S.4. Vgl. auch 'Allgemeine Empfehlungen', S.8, daß Vorschläge der begutachteten Institute für eine Umsetzung nicht aufgegriffen werden konnten, weil sie nicht mit den (westdeutschen) Kriterien für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen vereinbar waren.

¹¹ Vgl. WR: 'Perspektiven', S.6.

¹² Vgl. WR: Allgemeine Stellungnahmen, S.5.

zendierenden' Möglichkeiten des WR eingeengt haben.¹³ Ob der WR über den politisch gesetzten Rahmen hinaus grundsätzlich andere Konzeptionen hätte entwickeln können, ist unter politischen, aber auch unter praktischen Gesichtspunkten fraglich.

7. Obwohl die Evaluation und Umsetzung unter personalpolitischen Aspekten positiver verlaufen ist als ursprünglich erwartet, haben rund 50 Prozent der Beschäftigten in den ehemaligen Akademien ihre Arbeitsplätze verloren, allein aus dem Personalbestand der ehemaligen AdW ca. 7.000. Unabhängig davon, ob einige Mitarbeiter im Zuge der Besetzung frei auszuscheidender Stellen in den neuen Einrichtungen wieder einen Arbeitsplatz im Bereich der öffentlich getragenen Forschung finden konnten, wird ein erheblicher Teil wahrscheinlich arbeitslos bleiben.

Durch die Zahl der im Zuge der Personalreduzierungen aus den Hochschulen ausscheidenden Mitarbeiter und einer noch weitaus höheren Anzahl von entlassenen F&E-Beschäftigten aus der weiterhin abbauenden Industrie ist ein erhebliches wissenschaftliches Potential freigesetzt. Vor diesem Hintergrund stellt sich nicht nur die Frage nach den individuellen Schicksalen der Betroffenen, sondern auch nach den strukturellen Auswirkungen. Inwieweit gehen mit dem Verlust solcher Potentiale letztlich innovationsträchtige, für den Aufbau der neuen Länder benötigte Ressourcen verloren? Wäre nicht, da eine beschäftigungswirksame Kompensation von Seiten der Industrie vorerst nicht absehbar ist, unter diesen Umständen die öffentliche Hand, ungeachtet des Subsidiaritätsprinzips öffentlicher Forschungsförderung, gefordert?

Die Fragen zielen nicht zuzetzt auf die Wechselwirkung von Wissenschaft und Wirtschaft und die innovationsträchtige Effizienz wissenschaftlicher Arbeit ab. Feststellen läßt sich zunächst, daß diese Wechselwirkung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, sieht man von Einzelbereichen ab, gestört ist. F&E-Potentiale, letztlich auch die nicht anwendungsorientierte Forschung, sind auf einen Kontext innovationsintensiver Industrien angewiesen bzw. auf eine - durch flankierende wirtschafts- und strukturpolitische Maßnahmen bestimmte - realistische Perspektive der Nachfrage nach F&E-Leistungen. In den neuen Bundesländern fehlt es jedoch an einem solchen Kreis von Forschungsadressaten bzw. an einer derartigen Perspektive. Eine Änderung dieses Zustandes ist derzeit nicht absehbar. Es läßt sich im Gegenteil eher die Tendenz einer fortschreitenden Deindustrialisierung konstatieren sowie die Nei-

¹³ Vgl. Pressemitteilung des BMFT v. 5. Juli 1990 (vor dem Einigungsvertrag), daß eine gemeinsame Forschungsstruktur mit solchen "Elementen" angestrebt werde, "die die Forschungslandschaft der Bundesrepublik heute kennzeichnen". Der Begriff der Systemtranszendenz wurde vom BdWi (1990, S.VI) zur Kennzeichnung einer beide Systeme umfassenden dritten Alternative aufgegriffen.

gung bisheriger Investoren, eine Politik der "verlängerten Werkbänke" zu betreiben. Auch geht die prinzipiell innovationsträchtige Wirkung von Wissenschaft da ins Leere, wo nicht bestimmte ökonomische Rahmenbedingungen anzutreffen sind.¹⁴

Vor diesem Hintergrund besteht bei der bloßen Förderung von F&E-Potentialen ohne Berücksichtigung des wirtschaftlichen Kontextes die von Naschold auch für Berlin aufgezeigte Gefahr, "Wissenschaftsinseln" zu fördern, im günstigsten Fall eine "Wissenschaftslandschaft mit reinen Fernabsatzbeziehungen" zu schaffen.¹⁵ Dieses Problem dürfte im übrigen auch die neu eingerichteten Institute treffen. Wenn die BLK beispielsweise den neuen FhG-Einrichtungen die Aufgabe zuschreibt, "eine Brücke (zu) schlagen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und insbesondere für die Auftragsforschung kleiner und mittlerer Unternehmen zur Verfügung (zu) stehen"¹⁶, dann wird auf einen Nutzerkreis rekurriert, der im notwendigen Umfang gar nicht existiert.

Diese Hinweise sind nicht als Plädoyer für die Nicht-Förderung vorhandener, bislang nicht genutzter Potentiale zu verstehen. Sie verdeutlichen jedoch die Bedingungen, die für eine effiziente Nutzung solcher Potentiale zu schaffen sind. Sichtet man die bisher in diesem Zusammenhang installierten Maßnahmen, dann erscheinen sie eher als Stückwerk denn als integrierte Strategie. Weder die Forschungspersonal-Zuwachsförderung oder die Maßnahmen zur Förderung der Auftragsforschung (sowohl Ost-Ost wie auch Ost-West) noch die Unterstützung von technologieorientierten Unternehmensgründungen haben bisher die erhoffte Wirkung gezeigt bzw. die erwartete Initialzündung ausgelöst.¹⁷ Ein integratives wirtschafts- bzw. wissenschaftspolitisches Strukturprogramm Wirtschaft bzw. auch Wissenschaft-Wirtschaft, das, in Anbetracht mangelnder Effizienz globaler Konzepte, auf regionale Bezüge abhebt, wäre einzufordern.

¹⁴ Vgl. OVER/WINKLER 1989, S.179.

¹⁵ Vgl. NASCHOLD Nov. 1991, S.4.

¹⁶ BLK - 'Umsetzungsbericht', S.28.

¹⁷ Vgl. zu den Maßnahmen zusammenfassend: BMFT: 'Deutsche Einheit', 1991, S.31ff., weiter DSS: Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen 1991; DSS: Beteiligungskapital für junge Technologieunternehmen 1990.

Literatur

Wissenschaftsrat: Stellungnahmen

- Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin - Allgemeiner Teil. Düsseldorf: Wissenschaftsrat 5.7.1991. (Drs. 320/91.) (Ohne Empfehlungen zu den Einrichtungen im Bereich Agrarwissenschaften.)
- Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin - Allgemeiner Teil. Köln: Wissenschaftsrat 27.9.1991. (Drs. 400/91.) (Zitiert als: 'Allgemeine Stellungnahmen').
- Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern und in Berlin - Sektion Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Mainz: Wissenschaftsrat 19.2.1991. (Drs. 93/91.)
- Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR in den Fachgebieten Mathematik, Informatik, Automatisierung und Mechanik. Mainz: Wissenschaftsrat 13.3.1991. (Drs. 92/91.)
- Stellungnahme zur Aufnahme von Serviceeinrichtungen für die Forschung aus den neuen Ländern und aus Berlin in die Blaue Liste. Köln: Wissenschaftsrat 11.6.1991. (Drs. 301/91.)
- Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR im Bereich Geo- und Kosmoswissenschaften. Düsseldorf: Wissenschaftsrat 5.7.1991. (Drs. 324/91.)
- Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Bauakademie der DDR. Düsseldorf: Wissenschaftsrat 5.7.1991. (Drs. 330/91.)
- Stellungnahme zu den Forschungs- und Editionsabteilungen der Akademie der Künste zu Berlin. Düsseldorf: Wissenschaftsrat 5.7.1991. (Drs. 333/91.)
- Stellungnahme zu den Instituten des Forschungsbereichs Physik, zum Einstein-Laboratorium für Theoretische Physik und zum Zentrum für wissenschaftlichen Gerätebau der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR. Düsseldorf: Wissenschaftsrat 5.7.1991. (Drs. 329/91.)
- Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR im Fachgebiet Chemie. Düsseldorf: Wissenschaftsrat 5.7.1991. (Drs. 340/91.)
- Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der ehemaligen DDR im Bereich 'Biowissenschaften und Medizin'. Düsseldorf: Wissenschaftsrat 5.7.1991. (Drs. 335/91.)

- Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften. Düsseldorf: Wissenschaftsrat 5.7.1991. (Drs. 334/91.)
- Umweltforschung in den neuen Ländern. Zwischenbericht und erste Empfehlungen. Düsseldorf: Wissenschaftsrat 5.7.1991. (Drs. 321/91.)
- Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Bereich Agrarwissenschaften - Teil I und II. Köln: Wissenschaftsrat 27.9.1991. (Drs. 396/91.)
- Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Bereich Agrarwissenschaften - Teil III.1. Köln: Wissenschaftsrat 27.9.1991. (Drs. 397/91.)
- Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Bereich Agrarwissenschaften - Teil III.2. Köln: Wissenschaftsrat 27.9.1991. (Drs. 398/91.)
- Stellungnahme zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR im Bereich Agrarwissenschaften - Teil III.3.-5. Köln: Wissenschaftsrat 27.9.1991. (Drs. 399/91.)

Weitere Literatur:

- AIF-Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen e.V., Außenstelle Berlin: Institutionen industrienaher Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern. Bearbeitungsstand: 10.1.1991. Berlin: AIF 1991.
- AIF-Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen e.V.: Die AIF und die neuen Bundesländer. Eine Zwischenbilanz. Stand: November 1991. Berlin; Köln: AIF 1991.
- AIF-Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen e.V., Außenstelle Berlin: Selbständige wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern. Stand: 01.01.1992. Berlin: AIF 1992.
- AIF-Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen e.V., Außenstelle Berlin: Wirtschaftsnahe Forschung in den neuen Bundesländern, insbesondere in selbständigen FuE-Einrichtungen. (Beitrag zur Studie des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung: "Wirtschaftsnahe Forschung in der BRD unter besonderer Berücksichtigung struktureller Anpassungen in den neuen Bundesländern" im Auftrag des BMWi). Berlin: AIF-Außenstelle o.J. (1992) (mimeo).
- AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN: Kurzcharakteristik der Institute und Einrichtungen sowie konzeptionelle Vorstellungen für deren Entwicklung und Zuordnung. 2 Bde. Berlin: AdW Juni 1990.
- ARBEITSGEMEINSCHAFT DER GROSSFORSCHUNGSEINRICHTUNGEN: Memorandum zu den Perspektiven der Großforschungseinrichtungen im vereinigten Deutschland. In: IGW-report, 1992, Heft 2.
- BAUAKADEMIE (Hg.): Konzept zur zukünftigen Arbeit der Institute der Bauakademie. Berlin: Bauakademie o.J. (Januar 1991).

- BECHER, Gerhard u.a.: Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft der DDR. Situationsanalyse im Juli/August 1990 und Beschreibung möglicher Veränderungen. Studie im Auftrag des BMFT. Karlsruhe; Basel; Berlin 1990.
- BECHER, Gerhard: Forschung und Entwicklung (F&E) in den neuen Bundesländern 1989 bis 1991. In: BURRICHTER, C.; FÖRTSCH, E. (Hg.): Fusion der Wissenschaftssysteme, Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. Erlangen 1991, S.49-53.
- BERLIN, Abgeordnetenhaus, 12. Wahlperiode: Vorlage zur Beschlußfassung über Neugestaltung der Wissenschaftslandschaft Berlins in Auswirkung des Artikels 38 Einigungsvertrag. Berlin: Abgeordnetenhaus, September 1991. (Drucksache 12/634).
- BIGL, F.: Forschung und technologische Entwicklung in Ostdeutschland. Stellungnahme zu Themen der öffentlichen Anhörung im Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages am 25.09.91. Bonn: BT-Ausschuß 24.09.1991. (mimeo)
- BLK siehe: BUND-LÄNDER-KOMMISSION für Bildungsplanung und Forschungsförderung.
- BMFT siehe: BUNDESMINISTER FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE.
- BROCKE, Rudolf H.; FÖRTSCH, E.: Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern. 1989-1991. Ausgangsbedingungen und Integrationswege in das gesamtdeutsche Wissenschafts- und Forschungssystem. Stuttgart 1991.
- 'BT-Ausschuß/Anhörung' siehe DEUTSCHER BUNDESTAG, 12. Wahlperiode, Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung 1991.
- BUND DEMOKRATISCHER WISSENSCHAFTLERINNEN UND WISSENSCHAFTLER (BdWi) - Bundesvorstand: Von der Evaluation zur Absorption. Zur aktuellen hochschul- und wissenschaftspolitischen Situation in den neuen Bundesländern. Ein Diskussionspapier des Bundesvorstandes des BdWi in 18 Punkten. November 1990. In: Forum Wissenschaft 7/1990, Nr.4, S.II-XV.
- BUND-LÄNDER-ARBEITSGRUPPE ZUR BILDUNGS- UND FORSCHUNGSPOLITIK: Bericht der Arbeitsgruppe. Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den neuen Ländern und im Ostteil Berlins (Auszug). Bonn: BLK, 15. März 1991. (mimeo)
- BUND-LÄNDER-ARBEITSGRUPPE ZUR BILDUNGS- UND FORSCHUNGSPOLITIK: Hinweise und Informationen zur Antragstellung und zum Antragsverfahren (im Rahmen des Hochschulerneuerungsprogramms) Stand: Juli 1991. Bonn: BLK 1991.
- BUND-LÄNDER-KOMMISSION für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Bericht des Bundes und der Länder sowie des Landes Berlin zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates gem. Art. 38 des Einigungsvertrages (EV). Bonn: BLK 15.1.1992. (mimeo) (Zitiert als BLK - 'Umsetzungsbericht').

- BUND-LÄNDER-KOMMISSION für Bildungsplanung und Forschungsförderung (Hg.): Einrichtungen der Blauen Liste. Adressenliste. (Stand: 3. Februar 1992). Bonn: BLK Februar 1992.
- BUNDESMINISTER FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (Hg.): Die Messung wissenschaftlicher und technischer Tätigkeiten. Allgemeine Richtlinien für statistische Übersichten in Forschung und experimenteller Entwicklung. Bonn: BMFT 1982. ('Frascati-Handbuch' 1980⁴. Urheber: OECD).
- BUNDESMINISTER FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (Hg.): Beteiligungskapital für junge Technologieunternehmen. Modellversuch 1989 bis 1994. Bonn: BMFT 1990, 2. Aufl.
- BUNDESMINISTER FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE: Pressemitteilung. Bonn: BMFT 3.7.1990.
- BUNDESMINISTER FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (Hg.): Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen 1989. Neue Auflage 1991, ergänzt um einen Anhang zur Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen in den neuen Bundesländern und Ost-Berlin. Bonn: BMFT 1991, 3. erw. Aufl.
- BUNDESMINISTER FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (Hg.): Deutsche Einheit in Forschung und Technologie. Stand November 1991. Bonn: BMFT November 1991. (Zitiert als BMFT: 'Deutsche Einheit').
- BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN INDUSTRIE (BDI): Forschung und Technologie in den neuen Bundesländern. Stellungnahme des BDI anlässlich einer Anhörung des Bundestags-Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung am 25. September 1991. Köln: BDI 1991. (mimeo).
- BURRICHTER, Clemens: Auf dem Weg zur deutsch-deutschen Wissenschaftsunion. Anmerkungen zum Fusionsprozeß der Wissenschaften in Deutschland. Unv. Ms. o.J. (März 1990).
- BURRICHTER, Clemens: Forschung und technologische Entwicklung in Ostdeutschland. Zu Bilanz und Perspektiven. In: IGW-Report 1992, H.1, S.9-18.
- BURRICHTER, Clemens: Zwischenbilanz. Der Fusionsprozeß der Wissenschaften in Deutschland. -Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven-. In: BURRICHTER, Clemens; FÖRTSCH, Eckart (Hg.): Fusion der Wissenschaftssysteme. XIX. Erlanger Werkstattgespräch. Erlangen: Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) 1991, S.9-20.
- BURRICHTER, Clemens; FÖRTSCH, Eckart (Hg.): Fusion der Wissenschaftssysteme. Erfahrungen, Ergebnisse, Perspektiven. XIX. Erlanger Werkstattgespräch. Bonn 7. bis 9. November 1990. Erlangen: Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) 1991.

- DEUTSCHER BUNDESTAG, 12. Wahlperiode, Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung: Öffentliche Anhörung zum Thema: "Forschung und technologische Entwicklung in den neuen Bundesländern" am 25.09.1991. Stenographisches Protokoll (unkorrigiert) der 10. Sitzung des Ausschusses. Bonn: BT-Ausschuß 1991. (Protokoll Nr.10.) (Zitiert als 'BT-Ausschuß/Anhörung').
- 'Deutsche Einheit' siehe: BUNDESMINISTER FÜR FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (Hg.): Deutsche Einheit in Forschung und Technologie. Bonn Nov.1991.
- DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW); MESKE, W.; SCHRAUBER, H.: FuE-Personal im Beitrittsgebiet. Daten, präsentiert auf dem Workshop 'Perspektiven von Technologiediffusion und Produktivitätsentwicklung in den neuen Bundesländern'. Berlin: DIW 25.02.1991.
- DIW siehe: DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG.
- DOHNKE, Dieter; GROSS, Gabriele; MELIS, Charles; REDIES, Gerd: Beschäftigungsperspektiven für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie weitere in FuE Beschäftigte im Bereich der außeruniversitären Forschung der neuen Bundesländer unter den Bedingungen der Veränderungen des Wissenschaftssystems in Deutschland. Unv. Ms. zu einer Pilotstudie. Arbeitsbezeichnung: 'Veränderung des Wissenschaftssystems/ Beschäftigungsperspektiven für Wissenschaftler'. Berlin: WZB, o.J. (1992) (mimeo).
- Einigungsvertrag siehe: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik.
- FISCHER, Bernd-Reiner: Bildung und Wissenschaft im Einigungsprozeß. In: JESSE, Eckhard; MITTER, Armin (Hg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Bonn 1992, S.336-364.
- FLASSBECK, Heiner; SCHEREMET, Wolfgang: Wirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung. In: JESSE, Eckhard; MITTER, Armin (Hg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Bonn 1992, S.279-304.
- FORSCHUNGSAGENTUR BERLIN: Zur Personalsituation in Forschung und Entwicklung in den neuen Bundesländern im Zeitraum von 1989 bis zum Sommer 1991. Berlin, Sept.1991. In: 'BT-Ausschuß/Anhörung'.
- FORSCHUNGSVERBUND BERLIN e.V.: Forschungsverbund Berlin e.V. Entwicklung und Stand. Vorlage zur Vorstandssitzung am 24. Jan. 1992 zu TOP 2. Berlin: Forschungsverbund o.J. (1992) (mimeo).
- FRAUNHOFER-INSTITUT FÜR ARBEITSWIRTSCHAFT UND ORGANISATION: IAO-Studie. F&E - heute. Industrielle Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. München 1990.
- HEISE, Arne; ZIEGLER, Astrid: Struktur- und Industriepolitik in den ostdeutschen Bundesländern. In: WSI 45/1992,9, S.544-555.

- INSTITUT FÜR GESELLSCHAFT UND WISSENSCHAFT (IGW) an der Universität Erlangen: Materialsammlung zur öffentlichen Anhörung am 25.09.1991: Forschung und technologische Entwicklung in Ostdeutschland. In: Deutscher Bundestag, 12. Wahlperiode, Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung: Öffentliche Anhörung zum Thema: "Forschung und technologische Entwicklung in den neuen Bundesländern" am 25.09.1991. Bonn: BT-Ausschuß 1991.
- JESSE, Eckhard; MITTER, Armin (Hg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Bonn 1992.
- KLEMM, Klaus; BÖTTCHER, Wolfgang; WEEGEN, Michael: Bildungsplanung in den neuen Bundesländern. Entwicklungstrends, Perspektiven und Vergleiche. Weinheim, München 1992.
- KNOERICH, Volker: Die gesamtdeutsche Forschungspolitik aus der Sicht des BMFT. In: BURRICHTER, Clemens; FÖRTSCH, Eckart (Hg.): Fusion der Wissenschaftssysteme. XIX. Erlanger Werkstattgespräch. Erlangen: Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) 1991, S.87-90.
- KRULL, Wilhelm: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung in den neuen Ländern. In: Alexander von Humboldt-Stiftung (Hg.): Mitteilungen AvH-Magazin Nr.57, Juli 1991, S.31-42.
- KRULL, Wilhelm: Perspektiven für Forschung und Wissenschaft in den neuen Ländern. In: FUTURA, Informationen aus dem Boehringer Ingelheim Fonds 3/1991, S.16-25.
- MAX-PLANCK-GESELLSCHAFT, Pressereferat: Die Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Bundesländern. In: HSW - Das Hochschulwesen 40/1992,1, S.40-42.
- MESKE, Werner: Gewonnene Einheit und schon vergebene Chance? In: 'Utopie kreativ' Heft 14, Oktober 1991, S.45-52.
- NASCHOLD, Frieder: Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Berlin. Berlin: WZB o.J.(1991) (mimeo).
- NOLTE, Dirk: Ankünfte zwischen Privatisierung und Sanierung - Zwei Jahre Treuhandpolitik. In: WSI 45/1992,9, S.554-563.
- OVER, Albert; WINKLER, Helmut: 'Brain Drain': Erscheinungsform internationaler Migration oder entwicklungspolitisches Problem? In: KÜPER, Wolfgang (Hg.): Hochschulkooperation und Wissenstransfer. Grundlagen, Erfahrungen und Perspektiven der Wissenschaftsförderung. Frankfurt 1989, S. 169-191.
- SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST, Abteilung Forschung: Überführung der Forschungseinrichtungen der Akademie der Wissenschaften und der Bauakademie nach Artikel 38 Einigungsvertrag. Schreiben an den Deutschen Bundestag, Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung zur Vorbereitung der Anhörung am 25.09.1991. Dresden: Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst 22.9.1991.
- SCHNEIDER, Roland: Vom Aufbruch zum Abbau von Innovationspotentialen: Zur Neuformierung des Forschungs- und Wissenschaftssystems der ehemaligen DDR. In: WSI-Mitteilungen 44/1991,11, S.691-702.

- STATISTISCHES AMT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN: Öffentliche Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. 1980-1989. Luxemburg 1990.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hg.): Statistisches Jahrbuch 1991. Wiesbaden 1991.
- STOEHR, Jochen: Die Regelungen in Artikel 38 des Einigungsvertrages. In: BURRICHTER, Clemens; FÖRTSCH, Eckart (Hg.): Fusion der Wissenschaftssysteme. XIX. Erlanger Werkstattgespräch. Erlangen: Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (IGW) 1991, S.91-94.
- STROTHMANN, Karl-Heinz: Gutachten. Empfehlungen zur Zukunft der Bauakademie. Berlin: FU Februar 1991.
- SV-WISSENSCHAFTSSTATISTIK GmbH; STIFTERVERBAND FÜR DIE DEUTSCHE WISSENSCHAFT (Hg.): Forschung und Entwicklung in der DDR. Daten aus der Wissenschaftsstatistik 1971-1989. Essen: SV-Wissenschaftsstatistik Mai 1990.
- 'Umsetzungsbericht' Siehe: BUND-LÄNDER-KOMMISSION für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Bericht des Bundes und der Länder sowie des Landes Berlin zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates gem. Art. 38 des Einigungsvertrages (EV). Bonn: BLK 15.1. 1992. (Zitiert als: BLK - 'Umsetzungsbericht').
- Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über ein gemeinsames Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in dem Teil Berlins, in dem das Grundgesetz bisher nicht galt vom 11. Juli 1991.
- Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertrag - v. 31.8.1991. BGBl 1990 II, S.1360.
- VOSS, Rainer; HARTMANN, Frank: Bio- und Gentechnologie der neuen Bundesländer im Umbruch: Entwicklungsperspektiven sowie arbeitnehmer- und umweltbezogene Auswirkungen. -Forschungsbericht-. Berlin Juli 1991.
- WISSENSCHAFTSRAT: Stellungnahmen siehe oben.
- 'WR-PERSPEKTIVEN' siehe: Wissenschaftsrat: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit.
- WISSENSCHAFTSRAT: Perspektiven für Wissenschaft und Forschung auf dem Weg zur deutschen Einheit. Zwölf Empfehlungen. Berlin 6.7.1990. Köln: Wissenschaftsrat 1990. (Drs. 9847/90.) (Zitiert als: 'WR: Perspektiven').
- WISSENSCHAFTSRAT: Sieben Forderungen für die Neuordnung der Hochschul- und Forschungslandschaft. Erklärung der Wissenschaftlichen Kommission zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates durch Bund und Länder. Pressemitteilung. Köln: Wissenschaftsrat 27. Januar 1992.
- WISSENSCHAFTSRAT: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren. Köln: WR 1989.

WÜPPER, Thomas: Deutsche Einheit - Ernüchternde Wende ins wirtschaftliche Abseits. In: Frankfurter Rundschau v. 2./3. Oktober 1992, Nr.230, S.13.

Anhang

Übersichten zu ausgewählten Instituten

Übersicht 7: Historisches Institut

Stellen-Empfehlungen

Empfehlungen

Vorheriger Zustand

Name der Institution/Einrichtung

Institut für deutsche Geschichte (IdG), Berlin¹

wiss. Aufgabenstellung der Einrichtung, Charakterisierung

- Zentrale Forschungseinrichtung zur deutschen Geschichte, Kulturgeschichte und Volkskunde für die Zeit des Hochmittelalters bis zur Gegenwart in der ehemaligen DDR.
- Umfangreichste historische Forschungseinrichtung im deutschen Sprachraum;
- Grundlagenforschung; Erarbeitung von Gesamtdarstellungen; Quelleneditionen, Editionen von Briefsammlungen etc.; Herausgabe von Periodika;
- Angliederung von Bibliotheks- und Archivbeständen, von bibliographischen und Editionsvorhaben, Regionale Außenstellen. Außenstellen der Bibliothek in Dresden, Leipzig und Rostock.

Forschungsadressaten

- historische Grundlagenforschung;
- (Auftrags-) Arbeiten aus aktuell-politischem bzw. kulturpolitischem Anlaß.
- Wissenstransfer zu Hochschulen über bibliographische Arbeiten u. Serviceleistungen, durch gemeinsame Quelleneditionen, Tagungen u. Konferenzen, Lehraufträge in begrenztem Umfang.

Beurteilung (-skriterien) durch WR

- Einerseits konnten Forschungsthemen selbständig entwickelt und in die zentrale Planung eingebracht werden, andererseits hatte sich das IdG, insbesondere in den Arbeiten zur neueren Geschichte, den wissenschaftspolitischen Leitlinien eines sozialistischen Geschichtsbildes zu stellen;
- Letzteres führte zu einseitigen Urteilen bis hin zu Fehlinterpretationen;
- Dennoch konnten in "nahezu allen Bereichen Erkenntnisfortschritte erzielt werden, insbesondere in Bezug auf empirische Kenntniserweiterung und die Analyse von Teilproblemen";
- "Auch zur deutschen Geschichte hat die DDR-Wissenschaft Ergebnisse vorgelegt, die Anerkennung fanden".
- "Das Institut als organisatorische Klammer ganz heterogener Einzelprojekte wird aufgelöst"
- Überleitung der leistungsfähigen Arbeitsgruppen und Einzelmitarbeiter in neue Funktionszusammenhänge, insbesondere an Hochschulen: Die Ausgliederung weiter Teile der Geschichtswissenschaft aus den Hochschulen ist nicht weiter wünschenswert.

wiss. Arbeits- und Aufgabengebiete

- Nach einer Umstrukturierung des Instituts werden folgende Forschungsbereiche bzw. -projekte beschrieben:

¹ Bis 1989: Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR

1. Forschungen und Editionen zur dtischen Geschichte des Hochmittelalters bis zum Anfang d. 20. Jhdts;
- 1.a Königtum, Fürsten, Städte unter Friedrich III
- 1.b Dtsche Stadtgeschichte im MA
- 1.c Frauenalltag in spät-ma Städten
- 1.d Reformationsgeschichtl. Forschungen
- 1.e Vergleich Bürgerum-Staat in Brandenburg-Preußen, Österreich, Kursachsen (1763-1806/15)
- 1.f Politisierung als Teilprozess d. Entstehung d. Bürgerl. Gesellschaft
- 1.g Staat u. Gesellschaft in Preußen-Dtschland z.Zt.d. Industrialisierung

- Weiterführung als Regestenedition der Urkunden u. Briefe Friedrich III
- Förderungswürdig; Fortführung an einer Universität über HEP2
- Förderungswürdig; Fortführung an einer Universität über HEP
- Förderungswürdig; Fortführung an einer Universität über HEP, evtl. Halle-Wittenberg
- Förderungswürdig; Fortführung an einer Universität über HEP, evtl. Potsdam bzw. Frankfurt/O.
- Fortführung als 'Bürgerum zwischen Revolution und Restauration'; Ansiedlung an auszubauendem Schwerpunkt d. Hist. Kommission zu Berlin
- Weiterführung als Edition d. Protokolle d. Preuß. Staatsministeriums

- An eine AdW (vorzugsw. Berlin)
- An Universität über HEP, in Zus.arbeit mit bezügl. Forsch.einrichtungen
- An Universität über HEP
- An Universität über HEP
- An Universität über HEP
- Hist.Komm.Berlin
- An eine AdW (vorzugsw. Berlin) bzw. an Hist. Komm. Berlin

o. Pers.angaben

2. Zeitgesch. Forschungen, Schwerpunkte Deutsche Sozialgeschichte ab 1918 u. Herrschaftsstrukturen u. pol. Verhalten in Diktatur u. Demokratie;

- 2.a Sozialpolitik, Mentalitäten, Sozialisations- u. Alltagserfahrungen seit 1918
- 2.b Soz.gesch. deutscher Industriearbeiter seit 1918

- Fortführung als 'Lausitzer Industriearbeiter an Universität (evtl. in Verbindung mit vorgeschlagenem Zentrum f. zeit-hist.Studien) über HEP
- Fortführung als 'Sozialgeschichte dtischer Industriearbeiter' an vorgeschlagenem Zentrum f. zeithist.Studien in Potsdam.

- An Universität über HEP
- An neu einzur. Zentr.

2 Wiss.

3 Wiss.

- 2.c Staat, Wirtschaft, Gesellschaft in Dtschl. seit 1. WK

- Zusammen mit 2.e: Konzentration auf die Geschichte d. 2. WK u.d.dtschen Besatzung, an Universität (Berlin, Potsdam, Frankfurt/O.) über HEP

- Mit 2.e über HEP an Univ.

insg. 3-4 Wiss.

- 2.d Deutscher Widerstand gegen NS

- Fortführung an vorgeschlagenem Zentrum f. zeithist. Studien in Potsdam als Drittmittelprojekt, wobei Leiter über HEP an der Lehre mitarbeiten soll

- An neu einzur. Zentr.

o. Pers.angaben

- 2.e Vergleich Geschichte d. NS-Okkupationspolitik

- Zusammen mit 2.c: Konzentration auf die Geschichte d. 2. WK u.d.dtschen Besatzung, an Universität (Berlin, Potsdam, Frankfurt/O.) über HEP

- Mit 2.c über HEP an Univ.

insg. 3-4 Wiss.

- 2.f Dtschl.unter alliierter Verwaltung

- 2.g Pol. Machtverhältn.u. ges. Konflikte in SBZ u. DDR

3. Geschichtstheoretische und -methodologische sowie bibliographische Arbeiten.

- 3.a Die Entwicklg d. theor. u. methodol. Grundlagen der Gesch.wissenschaft

- Teil-Fortführung in vorgeschlagenem Zentrum für Wissenschaftsgeschichte u. -theorie
- Univ. Halle und Humboldt Univ. jeweils ein Wiss.
- Weiterführen der Jahresberichte

- An neu einzur. Zentr.

3 Wiss.

- 3.b Jahresberichte f. Dtsche Geschichte

- An Universität
- An eine AdW (vorzugsw. Berlin) bzw. an Berl.Staatsbibl.

- 2 Wiss.

o. Pers.angaben

- 2 HEP: Hochschülerneuerungsprogramm;

<u>Vorheriger Zustand</u>	<u>Empfehlungen</u>	<u>Stellen-Empfehlungen</u>
4.a Forsch.z.Gesch.d.Berliner Akad.der Wissenschaften und Tschirnhaus Edition	- Weiterführen	- An eine AdW (vorzugsw. Berlin) o. Pers.angaben
4.b A.-v.-Humboldt-Forschungen	- Weiterführen	- An eine AdW (vorzugsw. Berlin) o. Pers.angaben
4.c MGH Constitutiones et acta publica imperatorum et regum (bis 1378)	- Weiterführen	- An eine AdW (vorzugsw. Berlin) o. Pers.angaben
4.d Hist. Forsch.z.Volkskunde u.Kulturgesch. d. Großstadt (Ende 19.Jh. u. 20.Jh.)	- Projekte 4.d bis 4.i "unbedingt" fortführen bei angemessener Regionalisierung - Humboldt- oder Freie Universität Berlin	- An Uni. zus.mit 4.e und 4.i ins. ca. 5 Wiss.
4.e zeitgesch.Forsch. z.Volkskunde u.Kulturgesch.d.Großstadt in DDR	- Humboldt- oder Freie Universität Berlin	- An Uni. zus.mit 4.d und 4.i ins. ca. 5 Wiss.
4.f Lebensverhältnisse () regional spez. Sozialschichten u. Berufsgruppen in Mecklenburg u. Vorpommern	- Universität Rostock oder Greifswald	- An Uni. zus.mit 4.g ins. ca. 3-4 Wiss.
4.g () Reglementierung u. Konfliktbewältigung in Nachkriegs-DDR, Raum Mecklenburg-Vorpommern	- Universität Rostock oder Greifswald	- An Uni. zus.mit 4.f ins. ca. 3-4 Wiss.
4.h Lebensverhältnisse () regional spez. Sozialschichten u. Berufsgruppen in Sachsen (16.Jh. bis Gegenwart)	- Universität Dresden oder Leipzig	- An Uni. ca.3-4 Wiss.
4.i Volkskundliche Einzelforschungen	- Humboldt- oder Freie Universität Berlin	- An Uni. zus.mit 4.d und 4.e ins. ca. 5 Wiss. 2 Wiss.
4.j Sozialisation im Nationalsoz.und i.d. DDR	- Fortführung auf Zeit am Zentrum f. zeit-hist. Studien	
Anderes	- Einzelförderung an Uni. über HEP, an neue Zentren oder über Stipendien	ca. 10 Wiss.

Personalsbilanz

2. Halbjahr 1990:	- An eine AdW	15 Wiss.
Planstellen:	238 - An Uni	25-30 Wiss.
Wissenschaftl.:	144 (dav. ausdr. über HEP: 12-15)	
	- An neue Zentren	mind. 6 Wiss.
Davon besetzt m. Wissenschaftl.:	140 - An hist. Komm. Berlin	mind. 3 Wiss.
	- An versch. Einr.	ca. 10 Wiss.
In Planung des IdG - Wiss.:		793

In IdG bisher	140 Wiss.
Umsetzung empf.	59-64 Wiss. 4
Negativbilanz	76-81 Wiss. 5

- 3 Nur für einen "Kern" Dauerstellen;
- 4 Lt. WR abschließend: "ca. 60 Stellen, die Mehrheit davon zeitlich befristet."
- 5 Geht man von den Planungen des Instituts selbst aus - 79 Wissenschaftler - ergäbe sich eine negative Bilanz von 15-20 Wissenschaftlern.

Übersicht 8: Sozialwissenschaftliches Institut

Stellen-Empfehlungen

Empfehlungen

Vorheriger Zustand

Name der Institution/Einrichtung

Institut für Soziologie und Sozialpolitik - ISS -, Berlin

wiss. Aufgabenstellung der Einrichtung, Charakterisierung

- Führendes Sozialforschungsinstitut der DDR; gegr. 1978;
- Analysen sozialer Probleme aufgrund technischer Veränderungen;
- Aufgabe: "... durch Verbindung v. soziologischer, demographischer und sozialpolitischer Forschung Grundlagen f. die Partei- u. Staatsführung zu erarbeiten"; Forschungsprofil mußte sich in bestehende Arbeitsteilungen von Parteieinrichtungen ein- und den Vorgaben zentraler Planung unterordnen.

Forschungsadressaten

- Forschungseinrichtung mit Anwendungsorientierung; Verhältnis zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung: 50% : 50%;
- Staat und Partei; ab 1986 verstärkt auch: Bezahlte Auftragsforschung für internationale Organisationen, Kombinate, Betriebe, Ministerien;
- An universitärer Ausbildung nur marginal über einzelne Personen beteiligt; Promotionen

Beurteilung (-skriterien) durch WR

- "Eine Reihe von Arbeiten läßt methodische Kompetenz, solide fachliche Kenntnisse und empirische Detailarbeit erkennen";
- Aufgabenstellungen des ISS waren "in hohem Maße" "systemlegitimierend";

- Orientierung der zukünftigen Arbeit (nach der Wende) weniger an disziplinärer Entwicklung als an erwartetem Bedarf an sozialwiss. Wissen zur Unterstützung politiknaher Entscheidungen.

- Mangelnde Kohärenz der Forschungsplanung; "Notwendigkeit der Durchmischung mit qualifizierten westdeutschen Wissenschaftlern".

- Der WR "kann eine Weiterführung des ISS nicht empfehlen".

wiss. Arbeits- und Aufgabenbereiche

- Nach Revision z.Zt. der Begutachtung insgesamt sechs Forschungsschwerpunkte mit 23 Projekten.

1. Soziologische Forschung
 - 1.a Wirtschaftl. Entwickl. u. sozialer Strukturwandel 6 Wiss.
 - 1.b Macht u. Demokratisierung d. pol. Systems 6 Wiss.
 - 1.c Transformation v. soz. Bewußtsein u. individ. Handlungsstrategien 8 Wiss.
2. Sozialpolitische Forschung
 - 2.a Analyse soz. Lagen soz. Gruppen 15 Wiss.
 - 2.b Soz. Dimension v. Arbeitsmarkt u. Beschäftigung 4 Wiss.
 - 2.c Soz. Gleichstellung d. Geschlechter 3 Wiss.
 - 2.d Lebensbedingungen älterer Menschen 2 Wiss.

<u>Vorheriger Zustand</u>	<u>Empfehlungen</u>	<u>Stellen-Empfehlungen</u>
---------------------------	---------------------	-----------------------------

2.e Kommune als soziale Gemeinschaft	8 Wiss.	
2.f Sozialindikatoren/-statistik	3 Wiss. - Arbeiten sollten fortgeführt werden	- Anbindung möglichst an Wissenschaftszentrum Berlin -WZB- (Blaue Liste) 3 Wiss.
3. Familiensoz. Forschung	5 Wiss.	
4. Demographische Forsch.	9 Wiss. - "Interessante und sehr umfangreiche Fragestellungen"	- Nach Mgl. Übernahme in Bundesinst. f. Bevölkerungsforsch., Wiesbaden 5 Wiss.
4.a Zu erwartende Strukturverschiebungen;		
4.b Altern der Bev. im Rahmen sich rasch ändernder soz. Bedingungen, der		
4.c Wandel ihrer natürl. u. räumlichen Reproduktion sowie		
4.d sich daraus ergebende soz., ökonom. u. demograph. Konsequenzen.		
5. Soziökolog. Forsch.	4 Wiss. - Wissenschaftl. mit nat.wiss. Ausbildung und zusätzl. Kenntnissen emp. Sozialforschung: Werden "benötigt" zur Erforsch. ökol. relevanter Einstellungen u. Verhaltensweisen.	- Zusammen mit Abt. "Energie u. Umweltökonomie" d. ZfW für zunächst 3 Jahre Anbindung an Förderung von Arbeitsgruppen. Nach Einrichtung d. empfohlenen "Institut f. emp. Wirtschaftsforschung" Prüfung auf dortige Anbindung. (Blaue Liste) 4 Wiss.

6. Emp.-meth. Forschung		
6.a Methodik/ Projektbetreuung	4 Wiss.	- "... angesichts der schwierigen Bedingungen für empirische Sozialforschung in der ehemaligen DDR einen beachtlichen Standard erreicht."
6.b Meinungsforschung/ Feldabteilung	7 Wiss.	
6.c Stat. Datenanalyse	5 Wiss.	
7. Andere Wissenschaftler:		
8. Vorhandene Datenbestände		
Personalbilanz:		
Urspr. Mitarbeiterzahl:	120	- An Insitut f. empirische Wirtschaftsforschung 4 Wiss.
1.7.1990 ³ :	104	
Planstellen:	70	
Wissenschaftl.:	40	
		- An ZUMA 4 Wiss.
		- An WZB 3 Wiss.
		- "Rekrutierungspotential, das geeignet ist, im Rahmen der vorgeschl. Kommission für die Erforschung des sozialen u. politischen Wandels i.d. neuen Bundesländern" mitzuarbeiten". Ca. 10 Wiss.
		- An Zentralarchiv f. emp. Sozialforschung' Uni. Köln. o. Ang.

Anhang

- 1 Siehe nächste Übersicht, Übersicht 9
- 2 Zentrum f. Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim.
- 3 Für die zukünftige Arbeit hatte das ISS ein Personalvolumen von 30 wiss. und 15 wiss.-techn. Mitarbeitern geplant; Finanzierung mindestens zur Hälfte aus Drittmitteln.

- An Bl f. Bev.wiss. 5 Wiss.
- An Komm.z.Erf.so. ca. 10 Wiss.
(Dort insgesamt: 50
Planstellen: 40)
Wissenschaftl.:

- kein Nachweis in Einzel-
empfehlungen, aber auf-
geleistet in Allgem. Empl.:
Förderung v. Gruppen u.
Einzelwiss.

4 Wiss.

In ISS bisher: 70 Wiss.
Umsetzung empf.: 30 Wiss.
Negativbilanz 40 Wiss.

Übersicht 9: Wirtschaftswissenschaftliches Institut

Stellen-Empfehlungen

Empfehlungen

Vorheriger Zustand

Name der Institution/Einrichtung

Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften - ZIW -, Berlin

wiss. Aufgabenstellung der Einrichtung, Charakterisierung

- Analyse und Prognose volkswirtschaftl. Wachstums- u. Strukturprozesse der DDR, incl. Technologie-, Energie-, Arbeitskräfte- u. Umweltenwicklung;
 - Internationale Arbeitsteilung u. Handel;
 - Geschichte ökonomischen Denkens;
 - Seit Herbst 1989 Umstrukturierung; Neue Themenschwerpunkte und Ziele: Ökonomische Entwicklungsprobleme der ehemaligen DDR und Osteuropas; Probleme der Transformation von Plan- auf Marktwirtschaft; Ziel: Wirtschaftsforschungsinstitut nach Vorbild der bestehenden 5 Institute i.d. alten Bundesländern.
- Forschungsadressaten**
- Staat, Wissenschaft; ein "bedeutender Teil" der Ergebnisse ohne weitere Publikation unmittelbar an staatl. bzw. wiss. Einrichtungen;
 - Hochschullehre.
- Vorschlag des Institutes:**
- Konjunktur- und Strukturberichterstattung, Schwerpunkt: Neue Bundesländer. Öffentl. getragenes Institut.

Beurteilung (-skriterien) durch WR

- heterogene Qualität in der Arbeit der einzelnen Abteilungen u. Forschungsgruppen;
- Anerkennung der zu einer Umstrukturierung erbrachten Leistungen, jedoch strukturell noch nicht ausgereift. Konkrete Projektarbeit unter neuen Schwerpunkten zum Teil noch nicht überzeugend;
- Institut ist insgesamt den Aufgaben eines von ihm vorgesehenen und auch vom WR empfohlenen Instituts f. empirische Wirtschaftsforschung nicht gewachsen; nur Teile sollen dorthin überführt werden.

wiss. Arbeits- und Aufgabenbereiche

(Nach Umstrukturierung):

1. Energie und Umwelt
2. Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

- Institut sollte aufgelöst werden; die Bemühungen um Umstrukturierung werden zwar anerkannt, dennoch sei das Institut als Ganzes mit den Aufgaben eines Wirtschaftsforschungsinstitutes überfordert. Nur Teile sollten in ein neu zu gründendes "Institut für empirische Wirtschaftsforschung" überführt werden.

- "Die geplanten Projekte sind zum Teil vielversprechend" (Integration der Gruppe "Soziökologische Forschung" (Leiter + 3 Wiss.) aus ISS (siehe Übersicht 8) in diese Arbeitszusammenhänge);

- "Wichtige und aktuelle Fragestellungen ... die in Kooperation mit dem Institut f. Arbeitsmarkt- u. Berufsforschung der Bundesanstalt f. Arbeit in Nürnberg bearbeitet werden"

Anhang

5 Wiss.

4 Wiss.

Vorheriger ZustandEmpfehlungenStellen-Empfehlungen

- Bis sich das neue Wirtschaftsforschungsinstitut etabliert hat, sollen die Wissenschaftler aus 1. und 2. über die Förderung von Arbeitsgruppen und in Anlehnung an DIW finanziert werden.
- Die Gruppen sollten sich nach Abschluß ihrer bereits begonnenen Projekte für neues Institut "bewerben" und dort Kerne neuer Abteilungen bilden.
- Wirtschaftswissenschaftler aus ZIW bilden für neu einzurichtendes Institut f. emp. Wirtschaftsforschung "gute Rekrutierungsgrundlage".

3. Wachstums- und Strukturforschung
 - ... vielfältig und von unterschiedlicher Qualität ...
 4. Europäische Wirtschaftsforschung (Osteuropa)
 - ... vielfältig und von unterschiedlicher Qualität ...
 5. Ordnungspolitik
 6. Datensystem
 - ... vielfältig und von unterschiedlicher Qualität ...
- Wiss. sollten Anträge zur Förderung v. Einzelprojekten stellen;
- Wiss. sollten Anträge zur Förderung v. Einzelprojekten stellen;
- Wiss. sollten Anträge zur Förderung v. Einzelprojekten stellen;
- Für die Förderung von Projekten aus den Bereichen 3, 4 und 6 sollen Einzelfördermittel bereitgestellt werden für ca. 10 Wiss.

Personalsbilanz:

- Ende 1989:
Planstellen:
Wissenschaftl.
- 1.8.1990:
Planstellen:
Wissenschaftl.:
- Nach Vorschlag des Institutes selbst:
Reduzierung auf

- An Institut f. empirische Wirtschaftsforschung	9 Wiss.
164 (Darin insgesamt: Planstellen: 70)	
132 Wissenschaftl.:	40)
95 - Einzelförderung	10 Wiss.

70

In ZIW bisher: 95 Wiss.
Umsetzung empf. 2.: 19 Wiss.
Negativbilanz 76 Wiss.

1 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (West)

2 Hinzu kämen Wissenschaftler, die sich für neues Institut bewerben - ZIW "gute Rekrutierungsbasis".

Übersicht 10: Institut für Informatik

Vorheriger Zustand

Empfehlungen

Stellen-Empfehlungen

Name der Institution/Einrichtung
Institut für Informatik und Rechen Technik -IRR-, Berlin

wiss. Aufgabenstellung der Einrichtung, Charakterisierung

- Grundlagenfragen der Rechnerkommunikation;
- Entwicklung v. Methoden und Verfahren zur breiten Nutzung v. Informationsverarbeitungssystemen;
- Bereitstellung v. Großrechnerkapazitäten f. Einrichtungen der AdW.

Forschungsadressaten

- ca. 45% Forschungsarbeiten
- 1989: ca. 70% Auftragsforschung

Beurteilung (-skriterien) durch WR

- Sowohl im Bereich der Grundlagen- als auch der angewandten Forschung qualifizierte Arbeiten, -> die auch "unter den veränderten Rahmenbedingungen aktuell sind und forciert werden sollten".
- Überwiegend gute Fachkenntnisse besonders unter den jüngeren Mitarbeitern.
- Industrie- und produktnahe Entwicklungsarbeiten - bis hin zur Eigenherstellung von Gerätschaften, um den durch das Embargo vorliegenden Abstand in Informationstechnologien, insbesondere auch im Bereich Telekommunikation, nicht allzu groß werden zu lassen. -> "Solche Arbeiten sind unter den veränderten Bedingungen obsolet."

- Anteil originärer Forschungsarbeiten bei solchen (s.o.) Projekten gering
- Bei o.a. Arbeiten werden international übliche Standards weitgehend nicht erreicht.
- Fachlich sehr heterogen;
- keine übergreifenden Arbeitszusammenhänge zwischen Bereichen und Gruppen.

- Institut sollte in der bestehenden Form nicht fortgeführt werden;
- Fortführung der als qualitativ gut eingeschätzten Arbeiten in anderer Form.

- Konkrete Empfehlung: Eingliederung von Arbeitsgruppen in neu zu errichtendes Fraunhofer Institut für Informationstechnische Systeme, Werkzeuge und Methoden, Berlin-Adlershof.

wiss. Arbeits- und Aufgabenbereiche

- | | | |
|--------------------------|---|---|
| 1. Rechnerarchitektur: | 34 Wiss. 1 | |
| 1.a. Programmiersysteme: | 7 Wiss. - sollte weiterhin gefördert werden | - in u.U. einzurichtende GMD-Arbeitsgruppe(n) ² an Uni- versität im Raum Berlin/ Brandenburg |
| 1.b. Betriebssysteme: | 7 Wiss. - Weiterförderung nicht empfohlen | 7 Wiss. |
| 1.c. Rechnerstrukturen: | 9 Wiss. - Weiterförderung nicht empfohlen | |

Anhang

1 Das für den gesamten Arbeitsbereich angegebene wissenschaftliche Personal ist nicht in jedem Fall identisch mit der Summe der darunter subsumierten Personalstärken der Einzelgruppen. Dieser Teil des Personals ist zentral zugeordnet.

2 GMD: Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, St. Augustin b. Bonn.

<u>Vorheriger Zustand</u>	<u>Empfehlungen</u>	<u>Stellen-Empfehlungen</u>
1.d Modellierung u.Optimierung	7 Wiss. - nach Möglichkeit Hochschule	- in u. U. einzurichtende GMD-Arbeitsgruppe(n) an Universität im Raum Berlin Brandenburg
2. Rechnerkommunikation:	19 Wiss.	7 Wiss.
2.a Gruppenunterstützung	6 Wiss. - "Qualifikation d. Mitarbeiter würde Angleichung im Bereich der Grundlagenforschung rechtfertigen."	- in u. U. einzurichtende GMD-Arbeitsgruppe(n) an Universität im Raum Berlin Brandenburg
2.b Innovative Infrastruktur	10 Wiss. - Prüfung auf Anbindung an Disches Forschungsnetz Berlin (DFN), wenn nicht, sollten die Mitarbeiter eine Weiterarbeit in der Industrie anstreben."	- Prüfung auf Anbindung DFN
2.c Lokale Netze (f.AdW-Institute)	2 Wiss. - Arbeiten nicht weiterverfolgen, gehören in Bereich zentraler Infrastruktur v. Forschungseinrichtungen	6 Wiss. 10 Wiss.
3. Produktdaten	29 Wiss. - Für die eher grundlagenorientierten Arbeiten der beiden nachfolgenden Gruppen wäre -abhängig von der individuellen Qualifikation - die Weiterarbeit an einer entsprechenden außeruniversitären Forschungseinrichtung oder einer Hochschule sachgerechter."	
3.a Datenbanken	14 Wiss. - anwendungsorientierte Arbeiten: Eingliederung in "geeignete Arbeitszusammenhänge" im Bereich anwendungsorientierter Informatorforschung.	- neue Fh-Einrichtung f. informationstechn. Systeme, Werkzeuge u. Methoden
3.b Produktdatenmodelle	15 Wiss. - Konzentration auf anwendungsorientierte Informatorforschung und Eingliederung in "geeignete Arbeitszusammenhänge" in diesem Bereich.	- Prüfung ob Arbeiten in Ergänzung bestehender Arbeits Schwerpunkte in an Unt. Rosstock u.U. einzurichtender FhG-Arbeitsgruppe "Computergraphik u. Visualisierungstechnik" fortgeführt werden können.
4. Systemanalyse	23 Wiss.	15 Wiss.
4.a Dynamische Netze	7 Wiss. - "Die qualifizierten Arbeiten ... können einen sinnvollen Bestandteil der öffentlich geförderten, angewandten Forschung bilden."	
4.b Peristatik	4 Wiss. - Zusammen mit Wissenschaftlern anderer Einrichtungen wurde DFG-Antrag gestellt. Ansiedlung solcher Arbeiten im Rahmen der Medizintechnik.	- z.B. Herzzentrum, Berlin
4.c Thermofluiddynamik	3 Wiss. - "Die Arbeiten sind ebenso wie die Mitarbeiter als qualifiziert anzusehen." Fortführung jedoch nur, wenn als integrierer Bestandteil in übergeordnetem Arbeitszusammenhang.	- neue Fh-Einrichtung f. informationstechn. Systeme, Werkzeuge u. Methoden
4.d Elektronenoptik	5 Wiss. - bisher vollständig durch Auftragsforschung aus Industrie finanziert. Weiterführung entweder in Einrichtung d. angewandten Forschung oder in Industrie.	- neue Fh-Einrichtung f. informationstechn. Systeme, Werkzeuge u. Methoden
4.e Schulinformatik	4 Wiss. - sollten in einem solchen Rahmen (Informatik) nicht fortgeführt werden.	
5. Systementwicklung (nach Weggang von 2)	3 Wiss. - "Für eine Fortführung dieser qualifizierten Arbeiten ist eine Eingliederung in einen größeren Forschungszusammenhang erforderlich."	- neue Fh-Einrichtung f. informationstechn. Systeme, Werkzeuge u. Methoden
6. Weitere vier, teils mit Leitungs-, teils mit Forschungsarbeiten beauftragte Wiss.	- Qualifizierte Arbeiten, keine unmittelbaren Empfehlungen	3 Wiss.
7. Im nichtwiss. Bereich	120 Mitarb.	

Anhang

Vorheriger Zustand

Empfehlungen

Stellen-Empfehlungen

Personalbilanz:

- Von Juni bis Okt. 1990 haben ca. 40% der Wiss. das IFR verlassen und vornehmlich Verträge mit Firmen in den westl. Bundesländern geschlossen.³

- 1.10.1990 (Begrüchtung):

Planstellen:	268	- An neues FhI für Informationstechnische Systeme, Werkzeuge und Methoden, Berlin-Adlershof	25 Wiss.
Wissenschaftl.:	112	- An u.U. neue FhG-Arbeitsgruppe 'Computergraphik' an Universität Rostock	15 Wiss.
Nicht-Wiss.:	156	- Angliederung an GMD	20 Wiss.
		- An DFN	10 Wiss.
		- An Herzzentrum Berlin	4 Wiss.

In IFR bisher: 112 Wiss.
 Umsetzung empf.⁴ 74 Wiss.
 Negativbilanz: 38 Wiss.

³ WR, S.18, Fn 1

⁴ zum Teil vage.

Übersicht 11: Institut für Automatisierung

Vorheriger Zustand

Empfehlungen

Stellen-Empfehlung

Name der Institution/Einrichtung

Institut für Automatisierung -IfA-, Berlin

Wiss. Aufgabenstellung der Einrichtung, Charakterisierung

- Aufgabe: "die Grundlagen- und angewandte Forschung auf dem Gebiet der Prozeß- und Fertigungsautomatisierung zu beschleunigen und Beiträge zu rechnerintegrierten Automatisierungskomponenten für unterschiedliche technologische Prozesse der Industrie zu schaffen"¹.
- In ehem. DDR wohl wichtigstes Institut f. industr. Automatisierung in prozeßnaher Ebene.

Forschungsdressaten

- Industrielle Fertigungsbetriebe (Nachentwicklung westlicher Technologien)
- Grundlagenforschung, wenn auch durch wirtschaftl. Notwendigkeiten i.d. ehemaligen DDR eingeschränkt.

Beurteilung (-skriterien) durch WR

- Erarbeitung wesentlicher wissenschaftlicher - Die betreffenden Mitarbeiter sollten ihre Ergebnisse durch qualifizierte u. leistungsfähige Mitarbeiter Tätigkeiten fortsetzen.
- Im Bereich der ehem. DDR einziges AdW- - Solche Arbeiten werden für die wirtschaftliche Entwicklung i.d. NBL von größter Bedeutung sein.
- IfA geprägt durch Nachentwicklung westl. Technologien - zu Lasten innovativer Forschungen;

- Zu geringe Orientierung der verschiedenen Bereiche und Gruppen an einem übergreifenden Forschungsthema;
- Ein Großteil der Forschungen in den einzelnen Bereichen u. Gruppen steht unverbunden nebeneinander.

- Institut sollte in der bestehenden Form nicht fortgeführt werden;
- Eingliederung der als qualitativ gut bewerteten Arbeiten in neue Arbeitszusammenhänge.

Wiss. Arbeits- und Aufgabenbereiche

1. Steuerungssysteme:	15 Wiss.		
1.a Wissensbasierte Methoden in der Prozeßsteuerung	10 Wiss.		
1.aa Echtzeitdiagnose und Prozeßsteuerung	5 Wiss.	- International intensiv bearbeitetes Gebiet wird qualifiziert aufgenommen und bearbeitet: Arbeiten sollten weitergeführt werden.	- in neues 'FhI für informations-techn. Systeme, Werkzeuge u. Methoden', Berlin-Adlershof.
1.ab Meßwertinterpretation	2 Wiss.	- Hoher Anspruch der Gruppe verbunden mit deutlicher Anwendungsorientierung: Arbeiten sollten im Bereich der angewandten Forschung fortgesetzt werden.	- in neues 'FhI für informations-techn. Systeme, Werkzeuge, u. Methoden', Berlin-Adlershof
1.ac Mensch-Maschine-Kommunikation	3 Wiss.	- Qualifizierte Entwicklungsarbeiten, die in entsprechendem Rahmen weitergeführt werden sollten.	- in neues 'FhI für informations-techn. Systeme, Werkzeuge u. Methoden', Berlin-Adlershof

Anhang

¹ IfA: Tätigkeitsbericht 1990, S. 1; zitiert nach WR.

Vorheriger Zustand

Empfehlungen

Stellen-Empfehlungen

1b	Informalprobleme in der Automatisierung; (nach Fortgang von 2 Wiss.);	1 Wiss. - Sollte sich um Eingliederung in Arbeitssammenhänge der angewandten Forschung 'bernehmen'.	- nicht im Bereich öffentlich geförderter Forsch. fortführen	
1c	Technologietransfer	4 Wiss. - konkrete Entwicklungsarbeiten; als 'nicht-wissenschaftl.' Tätigkeit besser in der Wirtschaft ansiedeln.	- nicht im Bereich öffentlich geförderter Forsch. fortführen	
2	Diagnose mechanischer Fertigungsprozesse	8 Wiss. - In den beiden Gruppen: Grundlagenforschung von guter bis sehr guter Qualität. Um forschungspolitisch wettbewerbsfähig zu sein, Zusammenführung mit anwendungsorientierten Arbeitszusammenhängen	- In u. U. neu einzurichtende FhG-Einrichtung für Fertigungstechnik in Chemnitz: Fortführung der Grundlagenforsch. zusammen mit den eher anwendungsorientierten Arbeitern des Instituts f. Mechanik (Chemnitz).	8 Wiss.
2a	Prozeldiagnose und Maschinendynamik	5 Wiss.	
2b	Fertigungsmeßtechnik	3 Wiss.	
3	Echtzeitsignalverarbeitung	30 Wiss. - Durchweg positive Bewertung der Arbeiten und Mitarbeiter. Hoher Anteil an Entwicklungsarbeiten; in den Forschungsarbeiten wenig kohärent; nicht weiterführen in bestehender Form.	- nicht im Bereich öffentlich geförderter Forschung fortführen	
3a	Digitale Signalverarbeitung	10 Wiss. - Nicht weiterfördern, da hier Entwicklungsnachbauten, die durch veränderte Bedingungen überholt sind bzw. dem Forschungsstand nicht entsprechen. Für die Qualifikationen der Mitarbeiter wahrscheinlich Interesse in der Industrie.	- nicht im Bereich öffentlich geförderter Forschung fortführen	
3b	Digitalelektronik	8 Wiss. - Interessante und wirtschaftlich relevante Arbeiten auf hohem Niveau. Fortführung der Arbeiten im Bereich industrieller F&E. Einzelne Wiss. kämen auch als Hochschullehrer in Betracht.	- nicht im Bereich öffentlich geförderter Forschung fortführen	
3c	Echtzeitsoftware	8 Wiss. - Qualifizierte angewandte Forschung; in einer Einrichtung der Luft- und Raumfahrttechnik weiterführen. Wenn nicht, dürften die qualifizierten Mitarbeiter auf Interesse in Industrie stoßen.	- Prüfung von FhG u. DLR ² , ob nicht in eine ihrer Einrichtungen zu integrieren	8 Wiss.
3d	Echtzeitsteuerung und adaptive Regelung	4 Wiss. - Fortgeschrittene Arbeiten; Fortführung, wenn theoretische Komponente durch Eingliederung in umlassendere Arbeitszusammenhänge gestärkt werden kann.	- in neues 'FhI für informationstechnische Systeme, Werkzeuge und Methoden', Berlin-Adlershof.	4 Wiss.
4	Robotik u. flexible Automatisierung	28 Wiss. - große wiss.-techn. Aktualität, gute fachliche Qualität, ausgewogenes Verhältnis v. Grundlagen u. angewandter Forschung. "Der Kernbereich der Arbeiten sollte weiterhin öffentlich gefördert werden."	- (mit Ausnahme von 4.d.) Angliederung an bestehendes FhI f. Produktionsanlagen u. Konstruktionstechnik	25 Wiss.
4a	Steuers- u. Simulationsverfahren	10 Wiss. - Arbeiten durchweg qualifiziert und sollten fortgeführt werden.	
4b	Sensorintegration und -datenverarbeitung	10 Wiss. - Qualifizierte Arbeiten; sollten fortgeführt werden.	
4c	Spez. Sensorik/ Applikation	5 Wiss. - Gutes, auch praxisorientiertes Know-How; die Arbeiten sollten fortgeführt werden.	
4d	Versuchsfeld	3 Wiss. - Entwicklung v. Applikationslösungen zusammen mit Industrie, Präsentationen, Schulungen; nicht fortführen.	- nicht im Bereich öffentl. geförderter Forsch. fortführen	

Vorheriger Zustand

Empfehlungen

Stellen-Empfehlungen

Personalsbilanz:

Planstellen:
Wissenschafli.:
bzw. lt. Empf.

125 - An neues 'Fhl für infor-
mationstechnische Systeme,
87 Werkzeuge und Methoden',
81 Berlin-Adlerstorf
(Darin ins. Planstell. 130)

14 Wiss.

- An besteh. Fhl f.
Produktionsanlagen u.
Konstruktionstechnik

25 Wiss.

- An neu einzunchtende
Fhg-Einrichtung für Fer-
tigungstechnik in Chemnitz:

8 Wiss.

- An FHE oder DLR

8 Wiss.

In I/A bisher: 87 Wiss.
Umsetzung empf.: 55 Wiss.
Negativbilanz: 32 Wiss. 3

3 Die Zahlen müssen als Annäherung gelten, da zwar Aussagen über die Personalstärke der neuen Einrichtungen angegeben werden (wobei Wissenschaftler aber nicht gesondert ausgewiesen sind), nicht jedoch konkrete Umsetzungen im einzelnen aus allen Arbeitsbereichen vermerkt sind.

Übersicht 12: Zentralinstitut für Kernforschung

Vorheriger Zustand

Empfehlungen

Stellen-Empfehlung

Name der Institution/Einrichtung

Zentralinstitut für Kernforschung -ZIK-, Rossendorf

wiss. Aufgabenstellung der Einrichtung, Charakterisierung

- Bearbeitung der reaktorphysikalischen und materialwissenschaftlichen Fragen, die sich beim Ausbau der Kernenergie stellen;
- Grundlagenorientierte Arbeiten auf dem Gebiet der Kernphysik und Beiträge zur Nutzung der Kernenergie.

Forschungsschwerpunkte

- Versorgung des medizinischen und industriellen Sektors in der DDR mit radioaktiven Isotopen
- sowie der Habilitierproduzenten in der DDR mit Feinkeramiken;
- Herstellung entsprechender wissenschaftlicher Geräte für RGW-Staaten.

Beurteilung (-skriterien) durch WR

- Im ZIK wurden wissenschaftlich anerkannte, teilweise international beachtete Forschungsergebnisse erzielt. Dies gilt insbesondere für Arbeitsgruppen aus der
- Kernphysik
- Materialforschung mit Ionenstrahlen;
- radiopharmazeutische Chemie;
- Radiochemie;

- aus der materialbezogenen und nuklearen Sicherheitsforschung;

- Materialforschung mit Neutronen;

- Abteilungen für die Entwicklung und Serienfertigung meß- u. labortechnischer Geräte.

wiss. Arbeits- und Aufgabenbereiche

1. Kern- u. Festkörperphysik ¹ :	195/129	- (privatwirtschaftliche) Ausgründung der Bereiche Geräte- bzw. Präparateentwicklung und -herstellung;	In neu zu schaffendem B.L.I. (siehe links) als Träger Einrichtung:	50/25 Wiss.
2. Reaktorphysik	125/ 88		- Kernphysik	60/30 Wiss.
3. Kernbrennstoffe	207/21	- Schaffung einer vom Bund getragenen Einrichtung für Forschungsarbeiten am RFR-Reaktor; Wegen offener Fragen der Genehmigungsfähigkeit und zu erwartender Kosten Gründungszeitpunkt offen;	- Ionenstrahlphysik	30/15 Wiss.
4. Radioaktive Isotope	66/33		- Bioorganische u. radiopharmazeutische Chemie	30/15 Wiss.
5. Großgeräte	150/ 48		- Neutronenstreuung	10/7 Wiss.
6. Forschungstechnik	275/ 70		- Sicherheitsforschung	70/30 Wiss.
7. Sicherheit	70/ 20	- Gründung eines B.L.I. als Träger einrichtung für die (reaktorunabhängigen) Bereiche:	- Radiochemie	30/15 Wiss.
8. Rechenzentrum	35/ 11		- Werkstoffprüfung	50/15 Wiss.
9. Infrastruktur	238	- Kern- und Schwerionenphysik;	- Infrastruktur	200/
		- Materialforschung;		
		- Sicherheitsforschung;		
		- Bioorganische u. radiopharmazeutische Chemie;	Die empfohlene Einrichtung f.d. unmittelbar reaktorgebundenen Forschungsarbeiten	80-100 Stell.
		- Radiochemie.		

Anhang

In ZIK bisher: 1.450/537
 Umsetzung empf.: 580-600/137
 Negativbilanz: 850-870/400

¹ Die mit Quersrich abgetrennten Zahlenangaben nennen, im Gegensatz zu den anderen Darstellungen, nicht Wissenschaftler, sondern Beschäftigte mit Hochschulabschluss.

Übersicht 13: Institut für Biochemie d. Pflanzen

Vorheriger Zustand

Empfehlungen

Stellen-Empfehlung

Name der Institution/Einrichtung

Institut für Biochemie der Pflanzen -IBP-, Halle

Wiss. Aufgabenstellung der Einrichtung, Charakterisierung

- Verbindung ökologischer und biotechnologischer Aspekte der pflanzlichen Grundlagenforschung mit methodischen Neuentwicklungen

Forschungsdressaten

- Chemische und biologische Grundlagenforschung in den Bereichen Ökologie und Biotechnologie

Beurteilung (-skriterien) durch WR

- herausragende Stellung unter den Instituten der ehemaligen DDR
- von hohem internationalen Ansehen
- Wegen überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlich-wissenschaftspolitischen Interesses: Fortführung als Institut der Blauen Liste
- Älteren Wissenschaftlern sollen neue Perspektiven im Institut eröffnet werden;
- Hinzugewinnung jüngerer Mitarbeiter durch Anbindung an Martin-Luther-Universität, Halle;

wiss. Arbeits- und Aufgabenbereiche

1. Stoffforschung: 38/20 Wiss. - Weltweit hervorragender Ruf
2. Hormonforschung 50/27 Wiss. - Interessante Neuentdeckungen; zukünftige Erweiterung der Themenstellungen empfohlen
3. Naturstoffchemie 40/20 Wiss. - Integraler Bestandteil des interdisziplinär arbeitenden Instituts; Integration soll intensiviert werden.

- keine Spezifikation der Personalzahlen für die einzelnen Arbeitsbereiche
- Für das neue Institut werden 130 Stellen mit 50 Wissenschaftlern empfohlen, davon als Planstellen 90/30, Drittmittelstellen 40/20.
- Letztere sollen zuerst Übergangsweise für drei bis fünf Jahren aus Institutsmitteln finanziert werden

In IBP bisher: 162/67 Wiss.
Umsetzung empf.: 130/50 Wiss.
Negativbilanz: 32/17 Wiss.

Anhang